Nr. 218 Dienstag, den 20. September 1910 17. Jahrgang

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Leipzig finden am 27. Oktober statt.

•

Der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg erledigte gestern den Vorstands- und Kassenbericht und nahm die Referate über die Maifeier und den Internationalen Kongreß entgegen. Heute hielt Bebel das Referat über den badischen Disziplinbruch.

•

Die englischen Baumwollindustriellen drohen die Aussperrung von 150 000 Arbeitern an, wodurch weitere 350 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden.

•

Der Wiener Hofschauspieler Josef Kainz ist heute früh gestorben.

In Paris trat der internationale Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammen.

•

Präsident Taft erklärte in einer Rede, er werde vom Kongreß Mittel zur Befestigung des Panamakanals und zur Verstärkung der Flotte fordern.

## Die sächsische Gewerbeinspektion 1909.

Leipzig, 20. September.

I.

Was lange währt, wird gut! Wenn man dieses Sprichwort auf den neuesten Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1909 anwenden wollte, müßte man wohl zu dem Schluß kommen, daß er mustergültig ausgefallen wäre und die Berichte aller übrigen Bundesstaaten weit in den Schatten gestellt hätte. Denn während der preußische und die süddeutschen Berichte schon wieder fast der Vergessenheit verfallen sind, übergibt das sächsische Ministerium des Innern erst jetzt die bekannten blauen Bände der Oeffentlichkeit zur Information und Beurteilung. Woran diese bedeutende Verspätung liegt, die den Wert der Berichte erheblich herabsetzt, ist uns unverständlich, denn um es gleich vorauszusagen: der Jahresbericht für 1909 ist trotz seines späten Erscheinens gegenüber seinen Vorgängern eher schlechter denn besser ausgefallen. Was von jeher an den sächsischen Berichten ausgesetzt werden mußte: ihre sozialpolitische Dürftigkeit, das Fehlen eingehender Betrachtungen und Untersuchungen über die Lage der der Gewerbeinspektion unterstellten Arbeiter, der völlige Verzicht auf die Andeutung auch nur eines Gedankens, der zeigte, daß die Inspektionsbeamten den Verhältnissen, über die zu wachen und zu urteilen sie berufen sind, innerlich nahestehen — alles das gilt für den jetzt vorliegenden Bericht in noch viel höherem Maße. Dieselben hier erwähnten Ausstellungen waren bei der Beratung des Etatkapitels Gewerbe- und Dampfkesselaufsicht auch in der Finanzdeputation A im vorigen Landtag gemacht worden. In dem schriftlich erstatteten Bericht der Deputation heißt es darüber:

Den größten Raum in der kommissarischen Beratung nahmen die Erörterungen über die Abfassung der Gewerbeinspektionsberichte ein. Von mehreren Seiten wurde der trockene Ton sowie die unzureichenden sozialen und sozialstatistischen Angaben in den Berichten beklagt und im Gegensatz hierzu auf die Berichte der süddeutschen Gewerbeinspektionsbeamten hingewiesen, die von einem erheblich höheren sozialpolitischen Verständnis zeugten. Insbesondere wurde das Fehlen von Untersuchungen über die Lebenslage bestimmter Arbeiterkategorien, wie sie in süddeutschen Berichten von Zeit zu Zeit zu finden sind, sowie die ungenauen und unzureichenden Angaben über Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, wirtschaftliche Kämpfe, Lohnbewegungen, Tarifgemeinschaften usw. bemängelt. Die amtliche Streikstatistik sei zurzeit gänzlich unbrauchbar; es würde zu begrüßen sein, wenn die sächsische Regierung im Bundesrat darauf hinwirken wollte, daß diese Statistik in Zukunft auf Grund der Mitteilungen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und unter eventueller Mitwirkung der Gewerbeinspektoren bearbeitet würde.

Auch eine Reihe andrer Forderungen, die mehr auf die technische Ausgestaltung der Berichte hinausgingen, wurden in der Deputation geltend gemacht und im Plenum wiederholt. Es ist nun zuzugeben, daß auch die süddeutschen, vor allem die badischen Berichte heute nicht mehr auf derselben Höhe stehen, auf der sie noch vor wenigen Jahren standen. Aber im Vergleich zu den fast nur aus Zahlen bestehenden sächsischen Berichten stehen sie doch immer noch turmhoch; ist ihr sozialpolitischer Wert gesunken, dann der der sächsischen noch viel mehr. Das mag zum guten Teil auf die heftigen Angriffe der nationalliberalen Vertreter des sächsischen industriellen Unternehmertums zurückzuführen sein, die zusammen mit den konservativen Feinden eines durchgreifenden Arbeiterschutzes ja fast anderthalb Jahrzehnt lang den Landtag unbeschränkt beherrschten. Wir erinnern hier nur an die Debatten in der Zweiten Kammer vor 2½ Jahren, wo von den Merkel, Langhammer und Genossen den Gewerbeinspektoren rundweg das Recht bestritten wurde, in ihren Berichten ein Urteil über das Verhältnis der Löhne zu den Lebensmittelpreisen abzugeben. Und daß diese Angriffe nicht ohne Erfolg geblieben sind, zeigte ja mit aller Deutlichkeit der kürzlich in der Presse besprochene Erlaß des preußischen Handelsministers, worin den Gewerbeaufsichtsbeamten im einzelnen vorgeschrieben wurde, worüber und wie sie berichten dürfen und was sie bei ihrer Berichterstattung zu unterlassen haben. Da der Abfassung der Inspektionsberichte für ganz Deutschland einheitliche, im Bundesrat vereinbarte Regeln zugrunde liegen, kann man annehmen, daß sie in Zukunft einen noch uniformeren und langweiligeren Charakter tragen werden, worauf dann die Frage aufzuwerfen wäre, ob es sich nicht überhaupt empfehlen würde, auf die Herausgabe selbständiger Berichte ganz zu verzichten und die Zahlentabellen einfach als Anhang zu den statistischen Jahrbüchern der einzelnen Bundesstaaten herauszugeben.

Der Gewerbeaufsicht unterstellt waren im Jahre 1909 27 524 Betriebe mit 697 862 Arbeitern gegen 26 271 Betriebe mit 692 895 Arbeitern im Jahre 1908. Revidiert wurden 20 600 Anlagen mit 622 471 Arbeitern, das sind 74,8 resp. 89,2 Prozent. Da eine Reihe Betriebe mehrmals revidiert wurden, ist die Gesamtzahl der vorgenommenen Revisionen höher, als die der revidierten Anlagen; sie beträgt 26 640, und zwar wurden einmal revidiert 18 552, zweimal 2648, drei- und mehrmals 693 Betriebe. Es wurden also nur drei Viertel aller Betriebe ein- oder mehrmals im Jahre von den Beamten besucht. Die nicht revidierten Anlagen waren meist Kleinbetriebe, was sich daraus ergibt, daß in den rund 75 Prozent der besuchten Betriebe rund 90 Prozent aller der Gewerbeaufsicht unterstehenden Arbeiter beschäftigt waren. Aber diese Tatsache verbessert das Bild nicht, da erfahrungsgemäß die Kleinbetriebe im Punkte Arbeiterschutz in der Regel mehr zu wünschen übrig lassen, als die Großbetriebe. Es muß deshalb mit aller Energie darauf gedrungen werden, daß jeder Betrieb mindestens einmal im Jahre revidiert wird. Es ist nicht einzusehen, warum nicht das, was in einigen Inspektionsbezirken schon heute durchgeführt ist, nicht auch in den andern Bezirken möglich sein soll. So wurden 1909 im Inspektionsbezirk Bautzen 88,5 der Anlagen mit 99 Prozent der beschäftigten Arbeiter revidiert, im Bezirk Annaberg 99,5 resp. 99,9 Prozent, in Chemnitz I 87,4 resp. 98,5, in Döbeln 88,4 resp. 98,2, in Wurzen 92,9 resp. 99,3 und in Plauen 92,3 resp. 98,7 Prozent. Dagegen blieben die Bezirke Dresden II mit 37,0 der Anlagen und 63,3 Prozent der Arbeiter, Meißen mit 61,5 resp. 85,4, Leipzig mit 54,2 resp. 73,7 und Auerbach mit 55,0 resp. 76,0 Prozent weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Für den erst 1908 geschaffenen Bezirk Dresden II ist allerdings im April d. J. ein weiterer Assistent angestellt worden, so daß sich das Verhältnis künftig günstiger gestalten dürfte, aber auch eine Reihe andrer Bezirke bedürfen, wie vorstehend gezeigt, dringend einer Vermehrung ihres Beamtenpersonals. Und nicht minder dringend ist die Vermehrung des weiblichen Aufsichtspersonals. Von den am 1. Mai 1909 in der sächsischen Industrie beschäftigten, der Gewerbeaufsicht unterstellten 697 862 Arbeitern waren nur 421 232 männliche Erwachsene; ihnen standen gegenüber 219 005 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 55 403 Jugendliche

## Feuilleton.

### Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

61] Nachdruck verboten.

Sein zweiter Aufenthalt in Brixen war noch mit einer wichtigen Angelegenheit verbunden. Er wurde von seiner Frau Lina Senn, geborenen Raffeiner, auf dem Brixener Bezirksgericht gerichtlich geschieden. Aus dem Verschulden der Frau. Das Kind wurde ihm zugesprochen. Vor der Kirche jedoch blieb die Lina seine Frau. Der Staat hatte ihn wohl geschieden. Deswegen war es ihm aber trotzdem verwehrt, eine in Oesterreich gültige neue Ehe zu schließen. Zu der gerichtlichen Scheidung hatte Christian Thaler den Franz gedrängt.

Es war im Advent, als der Franz eines Tages ein Telegramm des alten Christian Thaler erhielt, daß sein Vater schwer erkrankt sei und er sofort abreisen möge, wenn er ihn noch lebend sehen wolle.

Spät nachmittags hatten die Angerer Mädeln Michael Senn bewußtlos im Wohnzimmer gefunden. Dort saß er gewöhnlich in einer Sofaecke und hielt eine Zeitung oder ein Buch in der Hand, als ob er lesen würde. Er brütete aber die meiste Zeit nur so vor sich hin. Selten sprach er ein Wort.

Mathilde und Agnes fanden ihn, wie er auf das Sofa zurückgesunken war, steif und unbeweglich, den Kopf müde nach vor geneigt, die Augen geschlossen. Ein schwerer Schlaganfall hatte den alten Mann getroffen.

Nach einigen Stunden erlangte Michel Senn das Bewußtsein wieder. Er konnte alle erkennen, die um sein Bett herumstanden. Das Rosele, die Agnes, die Mathilde und den alten Christian Thaler. Nur reden und bewegen konnte er sich nicht. Der alte Mann war gelähmt und hilfloser als ein Kind.

Michael Senn bewohnte das kleine Zimmer, das einst der Bergrätin als Schlafzimmer gedient hatte. Es stieß knapp an das Wohnzimmer und hatte wie dieses die Aussicht auf die Mauern der gegenüberliegenden Pfarrkirche. Still und lautlos gingen die Angerer Mädeln in dem kleinen Raum ab und zu. Eigne Töchter hätten den alten Mann nicht treuer pflegen können.

Unverzüglich war Franz an das Krankenlager seines sterbenden Vaters geeilt. Denn daß Michael Senn sterben müsse, das wußten sie alle. Der Arzt hatte es schon gestern abend draußen am Korridor zu der Agnes gesagt. Nach menschlicher Berechnung bestehe wenig Aussicht auf eine Genesung des alten Mannes. Sie wußten und fühlten es alle, daß es nun zu Ende ging mit Michael Senn. Der Pater Remigius Kröll war gleich in aller Frühe zu dem Sterbenden gekommen und hatte ihm die letzte Beichte abgenommen. Mit schwerer, stockender Stimme, Wort für Wort herauspressend, vermochte er wieder zu sprechen. Im Laufe der Nacht hatte er die Fähigkeit der Sprache teilweise wiedererlangt.

Nun stand Franz an dem Lager seines greisen Vaters. Der alte Senn sah nach dem Bilde der schmerzhaften Mutter Gottes, das noch immer, wie zu Lebzeiten der Bergrätin, über dem Bette hing. Dann warf er manchmal einen kurzen Blick auf Franz, der tief erschüttert neben seinem Bette stand. Der Schmerz des Sohnes schien den alten Mann in der innersten Seele zu erregen.

Christian Thaler erriet die Qual des Sterbenden und versuchte Franz von dem Bette fortzuziehen. „Franz", mahnte er leise. „Komm' weg! Es regt den Vater z'viel auf."

„Komm', Papa, lieber Papa —" bat das Rosele leise. „Schau', der arme Großpapa kann sich nit rühren, nit einmal —"

„Pst! Rosele!" machte die Mathilde mit ernster Miene und deutete mit den Augen auf den alten Senn. Michael Senn war sehr unruhig geworden. Rastlos sah er von dem einen zum andern.

„Luft!" preßte er endlich mit aller Anstrengung hervor. Agnes eilte zu ihm hin und hob den Polster, auf dem der Kopf des Sterbenden schwer und unbeholfen lag, in die Höhe. „Luft!" keuchte Michael Senn noch einmal.

Mathilde öffnete beide Fensterflügel und ließ die eisig kalte Winterluft in das Zimmer strömen. Ein fröstelnder Schauer durchfuhr alle, die in dem Zimmer waren.

Michael Senn saß nun, von Agnes gestützt, in halb aufrechter Haltung. „I stirb!" keuchte er nach Atem ringend. „I stirb!"

„Vater!" Franz stützte gemeinsam mit Agnes den greisen Mann. Er schluchzte unterdrückt in sich hinein. Das Rosele kniete neben dem Bett und hatte die kleinen Hände gefaltet.

Müde ließ sich jetzt Michael Senn etwas nach rückwärts sinken. Ein friedvoller Ausdruck kam über die gerade früher vor Qual verzerrten Züge. „I stirb gern —" sagte er langsam und leise. Es klang nicht mehr so mühsam herausgepreßt. „Sie haben mich nit strafen wollen die Richter —" Sein Kopf zitterte leise. „I geh' zu unserm Herrn — dem ewigen Richter —"

Der alte Mann schwieg. Eine gelbe Blässe breitete sich über seine Stirn, die kalter Schweiß bedeckte. Durch das offene Fenster blies der schneidende Wind. Es hatte leicht zu schneien begonnen. Ein paar glitzernde Flocken tanzten in das Zimmer. Die Mathilde entzündete eine dicke Wachskerze und kniete sich zu Häupten des Bettes nieder.

„Heilige Mutter Gottes, steh' uns bei in unsrer letzten Not!" betete sie laut.

Immer tiefer bedeckte die fahle Blässe das Gesicht Michael Senns.

„Sie — steht schon — bei — mir —" sagte der alte Mann kaum hörbar. „Sie bringt — mich — zu unserm Herrn — dem ewigen — Richter — der mich richten wird — nach — seiner — Gerechtigkeit!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

beiderlei Geschlechts und 2222 Kinder unter 14 Jahren. Da den 5 weiblichen Beamten — von 1909 ab sind es 6 — auch noch die Ueberwachung des Kinderschutzgesetzes obliegt, ist es klar, daß ihr Arbeitsgebiet außerordentlich groß und eine Vermehrung ihrer Zahl notwendig ist.

Die Forderung nach einer Vermehrung der Assistentinnen muß auch deswegen energisch erhoben werden, weil die Zahl der weiblichen Arbeiter viel schneller wächst, als die der männlichen. Diese Erscheinung hat sich besonders deutlich in den letzten Krisenjahren gezeigt. Während nämlich von 1906 auf 1907, also noch in der Hochkonjunktur, die Zahl der männlichen Arbeiter um 7,7 Prozent, die der weiblichen dagegen nur um 4 Prozent stieg, änderte sich dieses Verhältnis in den folgenden beiden Krisenjahren vollständig. Von 1907 auf 1908 wuchs die Zahl der männlichen Beschäftigten über 16 Jahre nur um 0,7, die der weiblichen dagegen um 2,2 Prozent, und von 1908 auf 1909 gingen die männlichen Arbeiter gar um 0,5 Prozent zurück, während die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre um 2,9 Prozent zunahm. Die Gesamtarbeiterzahl bewegte sich in derselben Zeit wie folgt: von 1906 auf 1907 stieg sie um 41 293 oder 6,4 Prozent, im folgenden Jahre um 7518 oder 1,1 Prozent und von 1908 auf 1909 um 4967 oder 0,7 Prozent. Aus diesen Zahlen sprechen mit greifbarer Deutlichkeit die Wirkungen der Wirtschaftskrise. Industrie und Gewerbe vermochten nicht mehr in demselben Tempo wie in früheren Jahren die zunehmenden Arbeitskräfte zu absorbieren, die Arbeitslosigkeit nahm ungeheure Dimensionen an. Und auf der andern Seite wurden die Wirkungen der Krise noch dadurch verschärft, daß die Unternehmer die teure männliche Arbeitskraft durch die billigere weibliche und jugendliche zu ersetzen bemüht waren. Es ist kein Wunder, daß selbst die sächsischen Gewerbeinspektionsberichte trotz ihrer fast absoluten Beschränkung auf Zahlenmaterial an diesen Krisenerscheinungen nicht stillschweigend vorübergehen konnten.

## Verbandstag der Gewerbegerichte Deutschlands.

th. Köln, 10. September.

Ueber die Statuten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts berichtet Stadtrat Glücksmann-Nixdorf. Diese Statuten lassen, wie der Redner ausführt, eine Buntscheckigkeit der Organisation erkennen, die in der Sache nicht im mindesten berechtigt ist. Die Aufgabe der Statuten werde bleiben, die Norm für die Wahl der Beisitzer zu schaffen, das Verhältniswahlrecht obligatorisch zu machen und die Grundlage einer Instanz für Gutachten und Anträge herzustellen. Auch der Aufbau allgemeiner Arbeitsgerichte werde Gegenstand der Statuten sein. Die Aussprache über diesen Punkt ergab nichts wesentliches.

Es folgt die Verhandlung über die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit, wofür drei Referenten bestellt sind. Magistratsrat Wölbling-Berlin hebt hervor, daß der gewerbliche Akkordvertrag (auch Gedinge genannt) einer baldigen Regelung bedarf; für eine solche lägen auch schon brauchbare Vorarbeiten vor. Diese Regelung sei indes nicht von einer Revision des ganzen gewerblichen Arbeitsvertrages abhängig zu machen, weil dadurch die dringende Sache des Akkordvertrages verzögert würde. Das Zurückbehaltungsrecht sei eine selbständige Frage; es sei aussichtslos, es zuungunsten der Arbeiter zu verschärfen, vielmehr müsse die Lohnsicherung ausgebaut werden. Die mit dem Akkordkolonnensystem verbundenen schweren Mißstände seien im Interesse aller redlichen Unternehmer und Arbeiter zu beseitigen. — Baugewerksmeister Hoemann-Köln behandelt die Frage vom Unternehmerstandpunkt. Die Akkordarbeit ist für ihn die ideale Lohnform; eine Abschaffung würde das Ende der Industrie bedeuten. Sie bringt den Grundsatz zur Geltung: Wie die Arbeit, so der Lohn. Da sie für den Unternehmer die Aufsicht überflüssig macht, so können deren Kosten für die Erhöhung der Arbeitslöhne verwendet werden. Die Besorgnis, daß der Unternehmer danach trachte, die Akkordsätze bei einer gewissen Verdienststhöhe herabzusetzen, sei grundlos. Wenn auch nicht geleugnet werden könne, daß die Akkordarbeit die Gefahren vermehre, so falle dieser Umstand doch nicht so ins Gewicht, um die Abschaffung der Akkordarbeit als notwendig erscheinen zu lassen. Gewisse Mißstände, wie das Zwischenmeistersystem, müßten beseitigt werden. Auch sei die gesetzliche Regelung des Akkordvertrages geboten. Selbstverständlich hafte der Arbeiter mit seinem Lohn für die gewissenhafte Erfüllung des Akkords; das Einbehaltungsrecht am Lohne müsse dem Unternehmer erhalten bleiben.

Arbeitersekretär Wissel-Berlin erklärt einleitend, daß im Gewerbe des Vorredners die Akkordarbeit sich nicht eingebürgert habe, infolgedessen könne Hoemann nicht über die Erfahrung verfügen wie die Arbeiter, die genau wüßten, daß bei einer gewissen Höhe des Verdienstes durch Akkordarbeit so sicher wie das Amen in der Kirche die Herabsetzung der Akkordsätze erfolge. Der Redner konstatiert mit Genugtuung, daß die beiden Referenten vor ihm seiner Ueberzeugung sind, daß der Akkordvertrag kein Werkvertrag sei; denn sei der Akkordvertrag ein Dienstvertrag, könne der Arbeiter nicht ohne weiteres für den Erfolg der Arbeit haftbar gemacht werden. Er wendet sich gegen dreierlei Auffassungen: 1. daß die Forderung auf Zahlung des Akkordlohnes abhängig gemacht werden soll von dem Erfolge der Arbeit; 2. daß die im allgemeinen bestehenden Kündigungsvorschriften bei Akkordarbeit anders zu gestalten sind; 3. daß bei Gruppenakkord den Kolonnenmitgliedern nur ein gemeinschaftlicher Lohnanspruch zukommen soll. Zu der Praxis der Lohnkürzung im Schadensfalle bemerkt der Redner: Jeder hafte für den Schaden, den er einem andern zufüge; von dieser Schadensersatzpflicht sei auch der Arbeiter nicht ausgenommen. Aber es widerspreche doch der gesamten das Lohnverhältnis beherrschenden sozialpolitischen Auffassung, den Lohn des Arbeiters geringer sein zu lassen, wenn er in Akkord arbeitet, als wie er beim Zeitlohn sein würde. Füge der Arbeiter dem Unternehmer durch mangelhafte Leistung einen Schaden zu, dann möge der Unternehmer den Weg der Zivilklage beschreiten, statt selbstherrlich sich am Arbeitslohn schadlos zu halten. Wer den Vorteil aus der Beschäftigung andrer ziehe, müsse auch das Risiko des daraus entstehenden Schadens tragen.

An der ausgedehnten Debatte beteiligte sich eine Reihe von Gewerbegerichtsvorsitzenden und eine Anzahl von Arbeiter- und Angestelltenvertretern, darunter von den Hirsch-Dunckerschen Abgeordneter Goldschmidt, von den Christlichen Maurer Backer-Berlin und von den freien Gewerkschaften Alwin Körsten-Berlin. Körsten nennt es eine Art Faustrecht, wenn der Unternehmer einfach den Lohn des Arbeiters kürze, statt zum Gericht zu gehen und dort unter Zuziehung von Sachverständigen seinen Schadenanspruch geltend zu machen. Im übrigen wolle er bemerken, daß man auf Arbeiterseite in letzter Zeit der Akkordarbeit mehr zugetan sei, weil durch Tarifvertrag die Mindestsätze festgelegt werden könnten. — Ein Handlungsgehilfenvertreter aus Berlin will die Heimarbeit von der gesetzlichen Regelung der Akkordarbeit ausgenommen und das Zwischenmeistersystem in der Heimarbeit erhalten wissen; ein Gewerbegerichtsvorsitzender aus Blankenburg weist unter dem Beifall eines großen Teils der Versammlung derartige Forderungen zurück. In ihrem Schlußwort stellen die Referenten ihre Uebereinstimmung darin fest, daß die Akkordarbeit kein Werkvertrag und daß die gesetzliche Regelung des Akkordvertrages geboten sei.

Zu dem Punkt: Gesetzliche Regelung der Tarifverträge sind ebenfalls drei Referenten bestellt. Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. fordert die gesetzliche Regelung der Tarifverträge als eine der nächsten Aufgaben der Sozialgesetzgebung. Der Ausgangspunkt müsse der Grundsatz der Tariffreiheit sein, wonach dem Tarifvertrag nur angehören, die sich ihm freiwillig unterworfen haben (Verbände oder Einzelpersonen). Die Folgen der Verletzung des Arbeitstarifvertrags, als welche Ausstoßung und Buße bei Friedensbruch, Ordnungsstrafe und Verwaltungszwang bei Ungehorsam in Betracht kommen, seien ausdrücklich zu normieren. Der Arbeitsvertrag bedürfe einer eigenen Verwaltung und Gerichtsbarkeit. — Döblin-Berlin, Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, erklärt die Tarifverträge als ein Gebot der Kulturentwicklung. Leider könnten in Deutschland noch viele Unternehmer nicht einsehen, daß der Arbeiter, wie das sonst beim Austausch der Güter der Fall sei, das Recht habe, beim Verkauf seines Gutes, der Arbeitskraft, mitzureden. Zur Förderung der Tarifgemeinschaften sei notwendig: die Schaffung eines freien Koalitionsrechtes, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, gesetzliche Regelung der Tarifverträge mit Bindung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. — Dr. Mielenz-Berlin, Generalsekretär des Verbandes der Baugeschäfte für Berlin und Umgegend, vermag die Notwendigkeit des gesetzlichen Vorgehens nicht einzusehen, namentlich sei für das Baugewerbe die Frage nicht dringend. Man möge zunächst auf die Beseitigung der Hindernisse wirken, die dem Zustandekommen von Tarifverträgen entgegenständen. Vor allem Dingen komme es auf beiderseits starke Organisationen an, da nur dann Tarifverträge möglich seien: hierzu empfehle sich der Ausbau des Koalitionsrechtes und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Eine Diskussion über diesen Punkt findet nicht statt.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der „Freund Heinrich-Brief".

Während der Agitation zu den Knappschaftsältestenwahlen im Ruhrgebiet hat der „Freund Heinrich-Brief", der angeblich dem christlichen Gewerkverein auf „durchaus ehrliche Weise" zugegangen sein soll, eine hervorragende Rolle gespielt. Schon als der Brief bekannt wurde, ist er, auch von der Leipziger Volkszeitung, sofort als grobe Fälschung gekennzeichnet worden, weil er zufällig alles enthielt, was der Gewerkvereinsleitung nach Lage der Verhältnisse in den Kram paßte. Nach der Veröffentlichung des „Heinrich-Briefes" gingen die Vorstandsmitglieder des Verbandes, Husemann und Waldhecker, zum Hauptbureau des Gewerkvereins und forderten die Vorlegung des Briefes, um den Schreiber zu ermitteln. Die Gewerkvereinsleitung weigerte sich jedoch, den Brief vorzulegen. Warum? Nur dadurch konnte doch der Briefschreiber noch vor der Wahl ermittelt werden! Die Gewerkvereinsleitung verhinderte so jede Aufklärung vor der Wahl! War das ehrlich, anständig, christlich? Der Bergknappe aber hatte geschrieben:

Auf durchaus ehrliche Weise ging dem christlichen Gewerkverein folgender Brief eines führenden Mitgliedes des alten Verbandes an einen andern Verbandsführer zu, der für Dortmund ganz besonders interessant ist.

Es konnte sich nach diesen Ausführungen doch nur um einen Verbandsführer aus Dortmund handeln, wie ja auch der Brief aus Dortmund datiert war. Darum legten Husemann und Waldhecker der Gewerkschaftsleitung Handschriften aller führenden Verbändler aus Dortmund vor, die den Vornamen Heinrich tragen. Die Gewerkvereinsleitung mußte zugeben, daß keiner von diesen den Heinrich-Brief geschrieben habe. Warum weigerte sich die Gewerkvereinsleitung nun trotzdem, den Brief vorzulegen? Warum wurde der Brief nicht, wie gefordert, sofort im Faksimile veröffentlicht, damit eine Nachprüfung möglich war? Die Gewerkvereinsleitung sucht dieses mehr als sonderbare Verhalten durch eine Erklärung zu rechtfertigen, worin sie unter anderm sagt: „Für uns war hierbei entscheidend, nicht nur den Schreiber und Adressaten des Briefes genau und zweifelsfrei festzustellen, sondern auch die Aussicht zu behalten, die sieben andern Personen zu fassen, von denen der Briefschreiber spricht. Durch vorzeitige und ungeeignete Bekanntgabe des Briefschreibers hätte dieses aber vereitelt werden können." Nach dieser Erklärung kannte die Gewerkvereinsleitung also weder den Schreiber noch den Adressaten des Heinrich-Briefes. Nach diesen Ausführungen des Bergknappen aber mußte angenommen werden, daß der Schreiber doch bekannt war, wie konnte sonst behauptet werden, es sei ein Verbandsführer. Man mußte sogar annehmen, daß Briefschreiber und Adressat der Gewerkvereinsleitung bekannt waren.

Das Faksimile des Briefes veröffentlichte der Bergknappe erst in seiner Nummer vom 17. September, er machte damit jede Aufklärung vor der Wahl unmöglich. Die Gewerkvereinsleitung gab trotzdem am Tage der Wahl ein Flugblatt heraus, in dem es hieß:

Briefschreiber gefunden! Am 15. September erklärte ein früherer Arbeitskamerad des Verbandsbeamten Aufderstraße, als ihm ein Abdruck des Gewissen „Heinrich" gezeigt wurde, er erkenne in der Schrift bestimmt die Handschrift seines früheren Arbeitskameraden und späteren Verbandsbeamten Heinrich Aufderstraße. Diese Behauptung wiederholte er auch am folgenden Tage.

Dieses Flugblatt war verantwortlich gezeichnet von Heinrich Imbusch. Trotzdem Aufderstraße sofort alles tat, um einen Widerruf durch Imbusch herbeizuführen, und ihm bewies, daß er der Schreiber nicht sei, weigerte sich Imbusch, zu widerrufen. So springen diese Leute mit der Ehre ihrer Mitmenschen um. Die Verbandsleitung konnte im letzten Augenblick den Schpindel nicht mehr aufdecken, darauf aber kam es der Gewerkvereinsleitung an. Einigen Parteiblättern gelang es trotzdem, das Faksimile des „Heinrich-Briefes" und das eines Briefes des Gewerk-

---

„Herr, richte mich nicht nach deiner Gerechtigkeit, sondern nach deiner Barmherzigkeit!" betete Mathilde laut.

„Nach — deiner —" lispelte Michael Senn gebrochen. Dann erzitterte der mächtige Körper des alten Mannes im letzten Krampf. Ein letztes Zucken. Ein leises Stöhnen. Schwer wie Blei sank Michael Senn in die Arme der still vor sich hin weinenden Agnes.

Der alte Michael Senn war zu seinem ewigen Richter gegangen.

*

Zwei Tage später begruben sie den alten Senn. Es war ein kleiner, stiller Leichenzug. Man hatte ja den alten Senn fast nie mehr gesehen und fast vergessen, daß er noch lebte.

Gegen Abend, als es schon dunkelte, ging Franz, begleitet von Agnes und dem Rosele, noch einmal zu dem Grabe des Vaters, der unter den Arkaden des Brixener Friedhofs zur ewigen Ruhe gebettet worden war. Dort lag das Familiengrab der Senn, wo auch Frau Therese Senn bestattet war.

Heute nacht mußte Franz noch nach München abreisen. Nun stand er an dem mit Blumen reich geschmückten Grabhügel. Sein Kind hielt er an der Hand.

Die letzten zwei Tage zogen wieder an ihm vorüber. Er sah den Vater auf der Bahre liegen. Feierlich, im tiefen, ewigen Frieden. So war er zu seinem Richter heimgegangen, unzufrieden mit den Richtern auf Erden.

Franz fühlte es, daß der Tote, zu dem er so lange den Weg nicht gefunden und dann wieder verloren hatte, erst jetzt recht lebendig für ihn wurde. Michael Senn stieg für den Sohn aus dem Grab. Ueberragend groß in seiner Liebe, felsenfest in seiner Treue. Und der Sohn fühlte es, daß dieser Mann, dem er im Leben schwer unrecht getan, ihn fürderhin begleiten würde. Nicht als ein schrecklicher Schatten, mit stummem Vorwurf in den toten Augen. Nein, als ein Schirmherr, zu dem er aufblicken würde in Verehrung und Dankbarkeit Zeit seines Lebens. Er wußte es nun, daß die Gestalt seines Vaters immer mächtiger an seiner Seite erwachsen, daß sie ihn unzertrennlich begleiten würde. In seinen Schmerz mischte sich ein erhabenes Glücksempfinden, wie es nur dem beschieden ist, der etwas Großes errungen hat. Und er hatte jetzt über den Tod hinweg für immer den Weg zu seinem Vater gefunden.

Noch eins aber sprach das stille, feierliche, friedvolle Antlitz Michael Senns zu dem Sohn, ehe sich der Sargdeckel für immer über dem Heimgegangenen schloß. Er sprach in seinem ewigen Frieden von einer andern, höheren Welt, hoch und weit, unendlich weit über der Enge der alten Bischofstadt. Von einer Welt, wohin kein noch so mächtiger Schall der Glocken mehr drang, kein Orgelton und kein Weihrauch. Von einer Welt mit ewigen, unabänderlichen Gesetzen, die ganz anders waren, als die Satzungen hienieden . . .

„Agnes —" bat Franz traurig, als er am Grabe seines Vaters stand. „Gelt, du behaltest mir's Rosele? Ich

Agnes reichte Franz Senn stumm die Hand. „Ich will eine Mutter sein zu dein' Kind, solang' ich leb' —" sagte sie einfach. Das Rosele schaute mit ihren großen, blauen Augen fragend von dem einen zum andern.

„Tante Agnes, warum geh'n wir nit mit dem Papa nach München?" fragte sie.

„Das geht nit!" erwiderte Agnes. Ihr Herz klopfte in wilden Schlägen. „Ich muß dableiben. Das weißt ja."

„Dableiben?" meinte das Kind traurig. „Der Großpapa ist ja tot. Da können wir doch zu meinem Papa ziehen."

Agnes sagte kein Wort mehr. Schweigend gingen die drei langsam durch die Arkaden des Friedhofs. Es war schon fast dunkel geworden. Außerhalb des Friedhofs, dort, wo das große Kruzifix emporragte, vor dem ein kleines, rotes Oellämpchen brannte, blieb Franz stehen.

„Agnes, wenn ich dich darum bitt', daß du mich nit mehr allein durch's Leben ziehen laßt —" sagte Franz leise.

Mit schnellen Schritten ging Agnes voran. Sie traten auf die Straße und schlugen den Weg über den Graben ein. Das Rosele hielt sich ganz dicht neben Agnes. Nicht ein Mensch begegnete ihnen in den stillen Gassen.

„Sei nit bös —" sagte Franz so leise, daß ihn nur das Mädchen verstehen konnte. „Wir zwei gehören halt doch zusammen. Wir hätten schon längst zusammengehört, wenn wir den Mut dazu aufgebracht hätten. Wir haben ihn halt nit g'habt. Wir haben g'folgt und gekuscht. Und was war der Lohn dafür? Daß wir immer noch mehr geknechtet worden sein! Und was war das End'? Daß mein armer Vater vor G'richt kommen ist. Daß unser altes Haus zusammengebrochen ist! Das war der Lohn für allen Gehorsam! Trotzdem sein wir schier zu Tod g'hetzt worden! Trotzdem haben wir unsre Heimat verloren! Trotzdem und grad' weil wir uns nit zu mucksen getraut haben gegen die G'setz' und Sitten der Heimat! Jetzt lass' ich mich aber nimmer hetzen und knechten, Agnes. Jetzt will ich los von dem Bann, der unser Haus, unser Glück, unser Leben zerstört hat, der mein' armen, alten Vater ins Grab bracht hat!"

Franz sprach leise, in tiefer Leidenschaft und innerer Empörung. Agnes hielt die Augen zu Boden gesenkt. Jähe Blässe und helle Röte wechselten in ihrem Gesicht. Ihre Pulse jagten wie in wildem Fieber, und ihre Hände glühten.

„Z'grund g'richtet haben's uns! Elend z'grund g'richtet! Zum Lohn dafür, daß wir immer brav g'folgt haben! Und alles im Namen Gottes, des ewigen Richters, zu dem mein armer Vater gegangen ist. Und ich glaub's nimmer, Agnes, daß das Gott recht sein kann. Der ewige Richter ist ganz anders, als ihn die Menschen malen. Agnes —" bat er leise, „wenn du mich noch gern hast, komm' mit mir — fort von da — in a freieres Land, wo du mein rechtmäßiges Weib werden kannst — vor Gott und der Welt. Freilich ohne den Segen der Kirche. Aber war das a Segen? Wohin sein wir mit dem Segen kommen?"

Agnes war noch immer stumm geblieben. Sie kämpfte einen schweren Kampf. Den Kampf zwischen ihrer Liebe und dem tiefen religiösen Gefühl, in dem sie erzogen wurde.

„Sie haben uns alles g'nommen, Agnes —" sprach Franz leise. „Heimat und Haus — ja bei einem Haar die Ehr'! Sollen wir uns auch das letzte Stückel Hoffnung, das letzte Stückel Glück nehmen lassen — das ja uns g'hört — auf das sie kein Recht haben — Willst du kommen, Agnes? Mit dem Rosele? Soll ich ganz allein bleiben in der Fremd', solang' ich leb' —"

„Nein, Franz —" sagte Agnes weich. „Ich glaub' — ich kann's über mich bringen — ich komm'."

„Ich dank' dir!" sprach Franz mit einem tiefen Atemzug.

Fest klammerte sich das Kind an die Hand der Mädchens, das nun seine Mutter werden sollte.

Dann gingen alle drei schweigend weiter nach dem stillen Haus am Pfarrplatz, wo Michael Senn seine letzte Heimstatt gefunden hatte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

vereinsführers Hüskes zu veröffentlichen. Ein von einem Schreibsachverständigen abgefaßtes Gutachten kommt bei der Vergleichung des Heinrich-Briefes mit dem Briefe des christlichen Sekretärs Franz Hüskes-Dortmund zu dem Ergebnis, daß beide Schreiber sehr verwandte Schriftzüge aufweisen, die im Heinrich-Briefe nur verstellt sind. Es kommt hinzu, daß Hüskes ein Schreiben an den Verbandsvertrauensmann Wächter richtete, in dem Hüskes um eine persönliche Zusammenkunft und Unterredung bittet. Was aber wollte Hüskes von Wächter? Eine Aufklärung zu dieser Heinrich-Brief-Affäre wird an Gerichtsstelle erwartet. Die Kraftprobe der vereinigten Gegner hat trotz der schimpflichen Kampfesmittel elend Schiffbruch gelitten. Diese Wahlen sollten ein Vorspiel sein zu den kommenden Reichstagswahlen; sie sind es geworden, aber nicht, wie es die Gegner wünschten.

## Leipzig und Umgebung.

### Zum Streik bei Canitz & Eckardt.

Die Faß- und Flaschenbierarbeiter von Leipzig und Umgegend ließen sich in einer am gestrigen Abend im Volkshaus zu Leipzig tagenden Versammlung Bericht über den Streik bei der Firma Canitz & Eckardt erstatten. Nachdem Kollege Schmidt in längeren Ausführungen die Ursache und den Stand des Streiks erläutert hatte, wurde in der anschließenden Diskussion von sämtlichen Rednern das Verhalten der Firma verurteilt und schärfere Maßnahmen gegen dieselbe gefordert. Hierauf gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 19. September im Volkshaus tagende Faß- und Flaschenbierarbeiter-Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der geplanten Einführung einer Arbeitsordnung für die bei der Firma Canitz & Eckardt beschäftigten Berufskollegen. Da diese Arbeitsordnung mehr einer Zuchthausordnung gleicht und jeder gerecht denkende Arbeiter ein derartiges Ansinnen mit Entrüstung ablehnen muß, so sprechen die Versammelten den Streikenden ihre vollste Sympathie aus. Die Anwesenden verurteilen weiter das Verhalten der Arbeitswilligen und erwarten, daß dieselben den um ihr Recht Kämpfenden sich anschließen. Die Verbandsleitung des Transportarbeiter-Verbandes wird beauftragt, über die strittigen Punkte mit der Firma nochmals in Verhandlung zu treten. Sollte wider Erwarten dieselbe abgelehnt werden, so erhält die Organisationsleitung den Auftrag, in geeigneter Weise die Zustände bei Canitz & Eckardt sowie die gehandhabten Praktiken mit ihren Produkten den Konsumenten bekannt zu geben."

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Leipzig.

•

### Zum Streik bei der Firma Körting & Mathiesen

ist zu berichten, daß der Kontorist Priemer sowie einige Handlungslehrlinge nach wie vor in Streikarbeit sich üben. Diesen nützlichen Elementen haben sich zugesellt: Gustav Nachtigall, wohnhaft Leutzsch, Lindenauer Straße 19, Georg Schröder, Leutzsch, Hauptstraße 64, II., und F. Holtmann, Leutzsch, Lindenauer Straße 31, II. Wie unangenehm der Firma der Streik ist, geht schon daraus hervor, daß versucht wurde, Metallarbeiter zur Streikarbeit nach dem Packraum zu kommandieren, was aber von den Metallarbeitern mit Entrüstung zurückgewiesen wurde.

Um Aufklärung über den Streik zu schaffen, haben die in Betracht kommenden Verbände für Mittwoch abend eine Versammlung nach dem Alten Gasthof in Leutzsch einberufen, zu der zahlreiches Erscheinen dringend nötig ist.

Die Streikleitung.

•

### Achtung, Klempner, Installateure!

Die Firma C. Burmester in Bergedorf-Hamburg ist gesperrt. Da vermutet wird, daß die Firma in Leipzig Arbeitswillige anwerben will, ersuchen wir vorstehende Notiz zu beachten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Leipzig.

## Deutsches Reich.

### Gelbe Bettelbriefe.

Die Gelben scheinen sich in einer gewaltigen Geldklemme zu befinden. Herr von Loebell, der General der gelben „Arbeiterbataillone," versendet nämlich mit der Schreibmaschine hergestellte und von ihm eigenhändig unterschriebene Bettelbriefe an die zahlungsfähigen Leute im Lande. Eines dieser Schreiben hat diesen Wortlaut:

Berlin, den ..... September 1910.

Hochgeehrter Herr!

Inliegend beehre ich mich, unseren Aufruf mit der ergebenen Bitte um gütige Bewilligung eines Beitrages zu überreichen.

Zur Festsetzung eines genauen Arbeitsplanes, wozu u. a. die dringend notwendige Anstellung nationaler Arbeitersekretäre sowie der Ausbau der nationalen Arbeiterpresse gehören, ist es für uns von größtem Wert, wenn uns Ihr gütiger Beitrag gleich für einige Jahre gesichert wird.

Der Erfolg unserer Tätigkeit hängt lediglich von der Höhe unserer Mittel ab, da die Sozialdemokratie über große Machtmittel verfügt. Ihre Jahreseinnahmen betragen mehr als 60 Millionen Mark. Annähernd 200 politische und gewerkschaftliche Blätter neben Millionen von Flugschriften predigen den Klassenhaß. 200 Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen wirken als Werbebureaus. Die Agitation wird geleitet von 49 Reichstagsabgeordneten, etwa 180 Landtagsabgeordneten und fast 7500 Mitgliedern deutscher Gemeindevertretungen. In den Angestellten der Krankenkassen, der Konsumvereine, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen der Sozialdemokratie Zehntausende von Agitatoren zur Verfügung.

Wir erhoffen daher von Ihrer patriotischen Opferwilligkeit eine wirksame Unterstützung unserer nationalen Aufgaben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) v. Loebell, Generalmajor z. D.
Vorsitzender des Förderungsausschusses.

Bei seinem schweißtriefenden Versuch, den deutschen Bourgeois vor der vermaledeiten Sozialdemokratie gruselig zu machen und in dem Zustande zitternder Angst ihnen die Verpflichtung von Beiträgen gleich auf mehrere Jahre abzupressen, ist es dem Oberstkommandierenden der „vaterländischen Arbeitervereine" auf einige kleine Schwindeleien mehr oder weniger offenbar nicht angekommen. Jedoch nehmen wir die wahrheitswidrigen Denunziationen der Krankenkassen- und Konsumvereinsangestellten als politische Agitatoren nicht so sehr tragisch.

•

### Streikende als lästige Ausländer.

In den schon 5 Wochen dauernden Streik der Tischler in Ziegenhals greift die Polizei in nicht mehr ungewohnter Weise ein. Sie läßt streikende Ausländer auf das Polizeikommissariat berufen und eröffnet ihnen, daß sie ausgewiesen werden, wenn sie nicht sofort die Arbeit in demselben Betriebe wieder aufnehmen, wo sie vor dem Streik gearbeitet haben.

So schützt die Polizei Unternehmerinteressen und die lieben Arbeitswilligen.

## Ausland.

### Drohende Riesenaussperrung in England.

Eine Massenversammlung von Mitgliedern des Verbandes der Baumwollspinnereibesitzer hat beschlossen, daß sämtliche dem Verbande angehörenden Spinnereien am 1. Oktober geschlossen werden sollen, falls bis zu diesem Termin die Streitigkeiten in der Spinnerei in Oldham, deren Arbeiter den gegenwärtigen Zwist verursacht haben, nicht beigelegt sind. Von der Aussperrung werden 700 Fabriken mit 150000 Arbeitern betroffen. Eine weitere Folge der Aussperrung wäre, daß 350000 Arbeiter verwandter Branchen zur unfreiwilligen Arbeitsniederlegung gezwungen würden.

# Sozialdemokratischer Parteitag zu Magdeburg.

(Fortsetzung aus der dritten Beilage.)

**Gewehr-Elberfeld:** Auch wir in Elberfeld hatten von dem Recht Gebrauch gemacht, jemanden zu wählen, dessen Anwesenheit auf dem Parteitag absolut notwendig war, nämlich den Genossen Kautsky. Stadthagen hat die Sache, die vorher auf den Kopf gestellt war, wieder auf die Füße gestellt. Die Mandatsprüfungskommission hat den Formalismus allzu sehr auf die Spitze getrieben. Die Kreiskonferenz hat die Genossin Luxemburg mit allen gegen zwei Stimmen aufgestellt. (Hört, hört!) 90 Prozent der abgegebenen Stimmen hat die Genossin Luxemberg erhalten, der Genosse Grütz 70 Prozent. Bei solcher Mehrheit kann davon keine Rede sein, daß diese Wahl nicht dem Empfinden der Mehrheit der Parteigenossen entspricht. Außerdem heißt es im niederrheinischen Statut ausdrücklich: „Es sind die Genossen an diese Vorschläge nicht gebunden, sie können auch andern wahlberechtigten Genossen ihre Stimme geben." (Lebhaftes Hört, hört!) So muß man zu dem Resultat kommen, daß die Wahlen gültig sind. (Beifall.)

**Limbertz-Essen:** Es liegt weder ein realer noch ein formaler Grund zur Kassation der Mandate vor. (Zustimmung.)

**Dittmann-Solingen:** Die Genossin Luxemburg hat überhaupt nicht gewußt, daß die Genossen die Absicht hatten, sie zum Parteitag zu delegieren. Sie hat keine einzige Zeile in der Sache gewechselt. (Hört, hört!) Gewehr hat aus eignem Antriebe den Vorschlag auf der Parteikonferenz gemacht, weil die Anschauungen des Kreises im wesentlichen übereinstimmen mit denen der Genossin Luxemburg, weil der Kreis die Anwesenheit der Genossin Luxemburg auf dem Parteitag für notwendig hielt und weil er es sich zur Ehre anrechnet, hier durch die Genossin Luxemburg vertreten zu sein. Eine Kreiskonferenz muß das Recht haben, die Vorschläge der Ortsgruppen zu ergänzen, sonst könnte es dazu kommen, daß gar keine Vorschläge vorhanden sind. Bei der großen Mehrheit, die sie erhalten haben, würde die Kassierung dieser Mandate direkt eine Vergewaltigung der Wähler dieses Kreises bedeuten. (Sehr richtig!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

**Fischer-Hannover** erklärt in seinem Schlußwort: Die Kommission hatte nichts gegen die betreffenden Genossen persönlich. Wir haben uns nur auf das gestützt, was im Wahlprotest enthalten war. Wir waren der Meinung, daß die Parteigenossen es nicht verstehen würden, wenn man anders, als im Statut festgelegt ist, handeln würde. Bei andern Gelegenheiten fußt man ja immer auf dem Statut, auf dem Buchstaben sogar. (Sehr gut!) Aber man kann auch anders. Nicht einzelne Parteigenossen, sondern Ortsgruppen haben Protest eingelegt mit der Erklärung, daß sie persönlich nichts gegen die Kandidaten haben, aber eine prinzipielle Entscheidung darüber wünschen, ob die Kreisgeneralversammlung über dem Statut steht. Zum mindesten möchten wir den Genossen anheim geben, das Statut zu ändern, damit solche Differenzen in Zukunft nicht mehr vorkommen können.

Vorsitzender **Dietz** läßt über den Antrag der Mandatsprüfungskommission abstimmen und erklärt auf den Ruf: Gegenprobe: Das ist ist die Minderheit, das sieht doch fast ein Blinder.

Damit sind die beiden Mandate der Genossin Luxemburg und des Genossen Grütz für gültig erklärt. Die übrigen nicht angefochtenen Mandate wurden ebenfalls für gültig erklärt.

Schluß 6¾ Uhr.

### Telephonische Meldung der Leipziger Volkszeitung.

**Magdeburg, 20. September.** Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung. Verhandelt wird über die **Budgetfrage** und das Verhalten der Badenser. Zur Resolution des Vorstandes und der Kontrollkommission ist ein verschärfendes Amendement eingegangen, das erklärt, daß die Parteigenossen, die der Resolution des Vorstandes zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Der Parteitag beschließt auf Antrag Keil-Stuttgart, daß die badischen Genossen das Recht zur Stellung eines Korreferenten erhalten und sowohl nach Bebels Referat, wie nach dem Schluß der Diskussion unbeschränkte Redezeit erhalten. **Bebel** hält das Referat. Es liegt nicht nur ein Disziplinbruch, sondern ein Bruch mit grundsätzlichen Parteianschauungen vor. (Zustimmung.) Die Beschlüsse müssen gehalten werden, sonst ist das Parteileben unmöglich. Man kann für Aufhebung unbequemer Beschlüsse agitieren, aber solange ein Beschluß besteht, muß er gehalten werden, das ist kein Kadavergehorsam. (Zustimmung.)

Die Erklärung der 66 äußerte nur eine Ansicht der süddeutschen Genossen. Gegen bloße Ansichten brauchten wir nicht Stellung zu nehmen, nur gegen die Tat nehmen wir Stellung. In der Nürnberger Debatte sind noch schärfere Gegenansichten geäußert worden. Ein Kadavergehorsam herrscht eben nicht in der Partei, sondern volle Redefreiheit. Wenn in der Armee solcher Kadavergehorsam herrschte, wo bliebe da die Armee im bürgerlichen Sinne? (Zustimmung und Heiterkeit.) Früher waren die Bayern und auch Genosse Keil gegen die Budgetbewilligung. Jetzt ist den Badensern die Erleuchtung durch Kolb gekommen, der sich scharf gegen die ganze Taktik der Parteimehrheit wendet. Es wäre schon Zeit, unsre Taktik zu besprechen, aber ich will die Debatte nicht wegen der bevorstehenden Wahlen darauf ausdehnen. Erspart bleibt uns diese Debatte nicht, wo sich schon agrarische Tendenzen bemerkbar machen. Gerade die jetzige Zeit unsres Aufschwungs zeigt, daß unsre 48jährige Taktik die rechte ist. (Stürmischer Beifall.) Wenn Minister Bodman die Sozialdemokratie nicht für gleichberechtigt erklärt, so hat er von seinem Standpunkt aus recht. (Frank ruft dazwischen: Unerhört!) Bebel: das ist gar nicht unerhört!

Frank hat gesagt, Bodmann sei eine komplizierte Natur. Nach meiner Ansicht ist er das nicht. Für mich ist Frank kompliziert. **Er war mein Liebling, mein Benjamin, er hat meine Hoffnungen betrogen.** Ich kann seine Sprünge nicht verstehen. (Heiterkeit.) Jedenfalls waren die badischen Abgeordneten keine Staatsmänner. Umgefallen ist nicht Bodmann, sondern die badischen Genossen. (Zustimmung.) Schon Kaiser Wilhelm I. hat einen berechtigten Kern in der Sozialdemokratie anerkannt. Bismarck hat die Sozialdemokratie die Urheberin der deutschen Sozialpolitik genannt. Das ist mehr, als Bodmann gesagt hat. Berechtigte Opposition erreicht oft mehr als positive Arbeit. Von einer Negation der Partei ohne weiteres zu sprechen, kann gar keine Rede sein. Die Partei hat oft positiv und sehr wohltätig gewirkt. Alle unsre Erfolge sind durch unsre bewährte alte Taktik errungen worden. Da schreien die Badener nach Aenderung der Taktik, da sollen wir uns mit den Nationalliberalen verbünden, mit unsern Todfeinden. Ihr konntet ruhig gegen das Budget stimmen.

Im neuen Deutschland hat noch keine noch so sehr verfolgte bürgerliche Partei gegen das Budget gestimmt. (Beifall.) Der Großherzog von Baden war stets feindlich gegen die Sozialdemokratie gesinnt, trotzdem haben Frank und Kolb ihn zu Grabe geleitet; umgekehrt wär's nicht geschehen. Das allgemeine Wahlrecht ist in Baden und Bayern leicht errungen worden, in Preußen ist das ein andres Ding. Das Wahlrecht in Preußen kostet Arbeit, kostet Schweiß, das kostet vielleicht noch mehr. (Zustimmung.) Die Badener haben von Preußen keine Ahnung, das ist ihre einzige Entschuldigung. Bei dem badischen Block hat nur die Sozialdemokratie Opfer gebracht. Wenn Links mit Rechts sich verbindet, dann verliert immer Links, denn dabei müssen Grundsätze leiden. In Baden herrscht größtes Elend unter den Tabakarbeitern, die badische Regierung tut jedoch nichts, dieses von ihr verschuldete Elend zu lindern. Aber die Sozialdemokraten stellen ihr ein Vertrauensvotum aus. Es ist himmelschreiend. (Großer Beifall.) Die Parteigenossen müssen wachen, daß die Führer keinen Schaden anrichten, sie müssen Mißtrauen hegen gegen ihre Führer und gegen ihre Redakteure. (Lebhafte Zustimmung.) Manche Blätter sind skandalös redigiert. (Widerspruch.) Es wird in und außer Ilion gesündigt, aber mehr außer Ilion. Vom Block Bassermann bis Bebel will Bassermann nichts wissen, auch Bebel nicht. (Heiterkeit.)

**Bebel** behandelt dann weiter die Aufhebung des St. Gallener Beschlusses durch den Parteivorstand. Es ist ein Unterschied, ob ein Beschluß ad hoc gefaßt wird oder ob es sich um eine dauernde Sache handelt. Es handelt sich hier um ganz verschiedene Dinge. Damals stand ein taktischer Beschluß in Frage, hier ein prinzipieller Beschluß. Den Disziplinbruch der Badener darf die Partei nicht dulden. Gemeine Parteigenossen werden ausgeschlossen, weil sie nicht öffentlich für uns gewählt haben. Viele rufen auch hier nach Ausschluß. Ich war eine Zeitlang auch dafür, ich bin aber davon abgekommen. Aber kommt es wieder vor, dann gibt es keine Gnade. Verräter sind die badischen Genossen nicht, deshalb bin ich auch gegen das verschärfende Amendement. Wiederholt sich der Disziplinbruch aber, dann Ausschluß, mag es sein, wer will. Der Parteitag muß die oberste Instanz in allen prinzipiellen und taktischen Fragen bleiben, da die deutsche Partei eine einheitliche Partei ist, sonst macht jeder, was er will und die Partei geht zugrunde. (Zustimmung.) Abscheulich ist das Verhalten der badischen gegen die Genossin Luxemburg und gegen Pannekoek, die als Ausländer direkt denunziert werden. Faule Kompromisse sind unstatthaft, denn die Klassengegensätze verschärfen sich immer mehr. Seitensprünge können wir nicht brauchen, die Hofgängerei verbitten wir uns. (Beifall.) Wer nicht geschlossen mitgehen will, geht hinaus. (Beifall.) Es wird ein Veilchen im Verborgenen bleiben. Die Führer dürfen nur im Einverständnis mit der Gesamtpartei wirken, sie sollen mehr die Geschobenen sein. Jetzt heißt es geschlossen marschieren, Vorwärts durch und durch! (Brausender Beifall.)

Nach Bebels zweistündiger Rede spricht **Frank.** Soweit ein Angeklagter mit seinem Ankläger zufrieden sein kann, sind wir Badenser zufrieden. Bebel sprach mit einer gewissen Zärtlichkeit bei aller sachlichen Schärfe, er hat unsre persönliche Ehre unangetastet gelassen. Er erkennt an, daß wir die Partei nicht schädigen wollten.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Berlin,** 20. September. Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus teilt mit, daß die Einfuhr des Berliner Tageblatts nach Rußland verboten worden sei. Das Blatt selbst bemerkt dazu, daß ihm ein solches Verbot bisher nicht angekündigt worden sei.

**Köln,** 19. September. Hier fand eine Sitzung des Vorstandes der nationalliberalen Partei Rheinlands statt, in der über die Stellungnahme der nationalliberalen Partei zur Fortschrittspartei bei den kommenden Reichstagswahlen Beschluß gefaßt werden sollte. Die Beratungen wurden streng vertraulich geführt. Demnächst soll eine weitere Sitzung stattfinden. Es verlautet, man habe sich grundsätzlich dahin ausgesprochen, daß bei den kommenden Wahlen ein Paktieren der beiden Parteien im Rheinland stattfinden soll.

**Madrid,** 20. September. Der Ministerrat beschloß in seiner gestrigen Abendsitzung, die Wiedereröffnung des Parlaments auf den 6. Oktober festzusetzen. Der Finanzminister erörterte den außerordentlichen Etat und erklärte, daß **eine Anleihe von 1½ Milliarden** erforderlich sein werde, wovon 100 Millionen auf die Marine, 180 auf die öffentlichen Arbeiten, 750 auf das Heer, 340 auf das Innere und 22 auf Justiz und Unterricht entfallen würden.

**Athen,** 20. September. Nach langer Verhandlung nahm die Nationalversammlung den Antrag auf Leistung des Verfassungseides an und behielt sich die Besprechung über die Qualifikation der Nationalversammlung als konstituierende oder revisionistische Versammlung bis nach Bildung des Bureaus für die Eidesleistung vor.

## Versammlungskalender.

Dienstag: **Radizpuß-Hilfsarbeiter.** Besprechung. Volkshaus. Abends 6 Uhr.
**Kellnerlehrlinge.** Versammlung. Stadt Altenburg. Abends 7 Uhr.
**XII. Kreis.** Mitgliederversammlung. Volkshaus. Abends ½9 Uhr.
Mittwoch: **Metallarbeiter.** Generalversammlung. Volkshaus. Abds. ½9 Uhr.
**Zimmerer.** Mitgliederversammlung. Volkshaus. Abends 8 Uhr.
**Steinsetzer.** Mitgliederversammlung. Volkshaus. Abends 7 Uhr.
**Steinarbeiter.** Versammlung. Volkshaus. Abends 6 Uhr.
**Eythra.** Oeffentl. Einwohner-Versammlung. Reichsadler. Abends ½9 Uhr

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Max v. Lojewski in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

## 1000 Mark Belohnung.

Verschwunden ist seit 15. d. M. aus Graudenz die nervenkranke **Frau Rektor Julie Müller,** 55 Jahre alt und aus Lautenburg gebürtig. Die Dame hat am 16. d. M. von hier aus Briefe in ihre Heimat gesendet, in denen sie davon spricht, daß sie sich ein Leid anzutun beabsichtige.

Die Vermißte ist von mittlerer Größe, hat leicht ergrautes Haar und trug bei ihrer Entfernung schwarzen Strohhut mit halblangem Schleier, grauen Sommermantel, braunwollenes Kostüm und schwarze Chevreauxschuhe.

Außerdem führte sie eine braune Handtasche mit wertvollen Schmucksachen und Geld bei sich.

Auf die Auffindung der Dame, falls sie noch am Leben ist, sind von den Verwandten 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Mitteilung erbeten von der hiesigen Kriminalpolizei.

Leipzig, den 19. September 1910.

VIIb 3939. **Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**

## Verband der Steinsetzer

**und Berufsgenossen Deutschlands. — Filiale Leipzig.**

**Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr**

### Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus,** Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung: 1. Bericht des Schlichtungsausschusses. 2. Bericht von der Konferenz in Halle. 3. Mitteilungen des Vorstandes.

Nur Zutritt gegen Mitgliedsbuch und Arbeitsberechtigungskarte.

17505*] **Der Vorstand.**

## Zimmerer.

**Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr**

### Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus,** Zeitzer Strasse 32.

Tagesordnung: 1. **Die Gewerkschaften im Emanzipationskampfe der Arbeiter.** Referent: **Aug. Lüttich, Leipzig.** 2. Mitteilungen. [17609

Recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

**Der Vorstand.**

**Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**

# Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

## Donnerstag, den 29. September 1910

abends 8 Uhr

# Ordentliche Generalversammlung

## in Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Richtigsprechung des Rechnungs-Abschlusses über das Jahr 1909/1910.
2. Wahl von 9 Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren: Arno Berthel, W. Gericke, K. Hentschel, Carl Koppe, Karl Krüger, Karl Lamprecht, Hermann Richter, Hermann Rösch und Franz Röschel.
3. Etwaige Anträge nach § 13 der Statuten.

**Der Eintritt kann nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der blauen Karte erfolgen.**

Die geehrten Mitglieder werden hierdurch zu recht zahlreichem Besuche eingeladen.

**Leipzig-Plagwitz,** den 15. September 1910.

**Der Vorstand.**

**K. Arnold. H. Thieme.**

17627]

## Tapeten-

**Neuheiten** [*

unerschöpfliche Auswahl.

**Reste u. ältere Bestände**

verkaufe enorm billig aus.

**Jos. Schäfer, Burgstr. 26**

## Möbel

in nur solider Ausführung empfiehlt [16089*

**Hermann Dietrich**

**L.-Lindenau,** Merseb. Str. 83.

Neues **Pflaumenmus**

Pfund 28 ₰, in bekannt feiner Qualität empfiehlt

**Hermann Hörig**

*4480] Windmühlenstr. 42.

**Waren-Versteigerung**

**Morgen vormittag 10 Uhr**

L.-Co., Biedermannstr. 42, pt.

**= Fortsetzung =**

Siehe Inserat vom Sonnabend.

**Georg Albrecht** Versteig. u. Taxat. Tel. 12556. Zentralstr. 5.

Suche Abnehmer (bes. Kantinen) f.

**Blut- u. Leberwurst**

**à Ztr. 60 Mk.**

**Presskopf ff. 75 Mk.**

Off. u. **N. 62** a. d. Exp. d. Blatt.

**Alle Herren** können sich hochelег. u. sehr billig kleiden. Kaum g. wenig gt. Anz., Frack., Hos., Herbst- u. Wint.-Palet., Gesellsch.-Anz. auch leihw.

**Monatsgarderobe Schaul**

**Grosse** (nicht kleine) **Fleischergasse** Nr. **10**

(Nicht verwechseln!) Goldne Krone, im Hause der städt. Speiseanstalt.

## Steinarbeiter.

**Mittwoch, den 21. September, abends 6 Uhr**

### Versammlung im Volkshaus.

T.-O.: 1. Bericht von der Aussperrung. 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Lokalverwaltung.**

## Reichshallen

Grosses Theater-, Ball- u. Gesellschafts-Etablissement, L.-Volkmarsdorf, Elisabethstr. 3-7.

Strassenbahn-Verbindung: 4 und 5, V, S und K.

**Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr**

**Gr. Instrumental- u. Gesangs-Konzert (Bennewitz-Sänger).**

Hierauf: **Wiener Ball!** Treffpunkt des schneidigen Damenflors.

## Schlosskeller

**Anerkannt elegant., bestbesuchtestes Ball-Etablissement des Stadtviertels.** [17615

**Morgen Mittwoch,** abends 8 Uhr

**Humor. Soiree des Eugen-Waldow-Ensembles.**

Erstklassiges Familien-Programm: Hierauf: **Kavalier-Ball.**

## Wasserfall

Katharinenstr 13-17. A. Mackrodt. T. 4782.

**Tägl. grosse Doppel-Konzerte der Tamburitza-Kapelle**

Direktion Dolina

u. **Gesangs-Konzert** der beliebten **Kanarienvögel.** 12 schicke Damen.

## Deutsches Haus

**L.-Lindenau, am Markt.** Tel. 3934.

**Jahrmarkts-Programm.**

Morgen Mittwoch, von vorm. 11—1 Uhr

**Matinee der Krystallpalast-Sänger.**

Nachmittags von 5—7 Uhr **Konzert der Krystallpalast-Sänger.**

Hierauf: **Grosser Ball.**

Donnerstag von 8—10 Uhr **Humoristisches Konzert und Ball.**

17607]

## Neugebauer

akad. geb. (nicht approb.) Praktik. (fr. an Dr. W. Schwabes Poliki.), behand. n. homöopth. u. Lichtheilverf.

**Geschlechts-, Haut-,**

Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleid., Influenza, Rheumat. Ischias, Gicht, Wasserbrüche. — **Neu!** Spezial-Lichtbehandl. von Frauenleiden, besond. Weißfluß. Langjähr. Erfahrg., vorz. Erfolge.

**Klostergasse 2/4,** Fahrstuhl im Hause.

**Sprechzeit:** 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

**Elektr. Lichtbäder,** 8-12, 2-9, Sonnt. 9-1.

Damen wochentags 10-12, 3-6.

**Leipziger Buchdruckerei A.G.**

= Abteilung Buchhandlung =

**Leipzig,** Tauchaer Str. 19/21

empfiehlt

**Die Kartoffel-Küche.**

**248 Rezepte zur Bereitung von Kartoffelspeisen.**

Erprobt und herausgegeben von **Sophie Roberts** Verfasserin des „Praktischen Koch- u. Wirtschaftsbuches".

**Preis 40 Pfg.**

Für die zahlreichen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange unsers lieben Entschlafenen, des Gastwirts [17640

## Herrn Arthur Herberg

sagen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Leipzig, den 17. September 1910.

**Hedwig Herberg**

im Namen der Hinterbliebenen.

### Familienanzeigen.

Uns. Versammlungs-Boost Paul Lehmann, Rest. Burgkeller, Plgw., z. s. 33. Geburtstage die best. Glückwünsche. **Die Stöhrschen Spinner.**

**Dank.** Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme beim Hinscheiden unserer guten Mutter, Frau [17648

**Marie verw. Barthen**

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Knautkleeberg, den 19. September 1910.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenschmuck beim Tode und Begräbnis unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders

## Alfred Arnhold

sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, sowie seinen lieben Mitschülern und Mitarbeitern der Firma Meier & Weichelt herzlichen Dank.

Großzschocher-Windorf, den 19. September 1910.

Die trauernden Hinterbliebenen

17653] **Familie Robert Arnhold.**

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Gastwirts

**Herrn August Woschik**

sage ich allen hierdurch meinen herzlichsten Dank. [17622

Leipzig-Lindenau, den 19. September 1910.

**Klara Woschik**

zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

### Zentralverband der Schmiede (Zahlstelle Leipzig).

Am Sonnabend starb unser langjähriges Mitglied, der Schmied [17608

**Karl Ebert**

im Alter von 43 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Die Ortsverwaltung.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle, Südfriedhof, aus statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Politische Uebersicht.

**Der Separatismus nach Kopenhagen.**

Aus Oesterreich wird uns geschrieben: Die tschechische Sozialdemokratie ist in den letzten Jahren sehr in die Breite gegangen. Sie hat insbesondere bei den Wahlen im Jahre 1907 Bevölkerungsschichten mit fortgerissen, die im deutschen Oesterreich die Sozialdemokratie erbittert bekämpften: Intellektuelle, kleinbürgerliche und bäuerliche Elemente. Während nämlich die deutschen Arbeiter in Oesterreich seit jeher international gesinnt sind und durch ihre Immunität gegen die nationalistische Demagogie die Kleinbürger bis zur Tobsucht reizen, hat sich die tschechische Arbeiterschaft dem Einfluß der nationalistischen Ideologie nie ganz zu entziehen vermocht. Das hat natürlich gute Gründe, aber leider keine guten Folgen. Deutsche Kapitalisten waren es, die den tschechischen Proletariern die Reize der kapitalistischen Produktionsweise kennen lehrten, deutsche oder wenigstens für deutsch gehaltene Bureaukraten, die die ersten Regungen seines Klassenbewußtseins erstickten. Was Wunder, daß in seinem Kopf die Vorstellung deutsch die Nebenvorstellungen Ausbeutung und Unterdrückung auslöste?, daß die nationalistische Denkweise über ihn mehr Macht bekam, als über seinen durch zufällige historische Umstände nicht mystifizierten deutschen Klassengenossen?, daß er den Fetisch Nation mit andern Augen ansah, als dieser? Die Ungunst der Verhältnisse hat es dem tschechischen Arbeiter unendlich schwer gemacht, zu erkennen, daß sich hinter jedem sogenannten nationalen Interesse ein bürgerliches Interesse versteckt, und darum ist das Verhältnis des Tschechischbürgerlichen zur tschechischen Sozialdemokratie ein wesentlich andres, als das der Deutschbürgerlichen zur deutschen Sozialdemokratie. Der deutsche Spießer verflucht den deutschen Arbeiter als Verräter an der Nation, ein großer Teil des tschechischen Spießertums aber erwartet gerade von den tschechischen Arbeitern den energischsten Kampf für die angeblich allen Klassen der tschechischen Nation gemeinsamen, nationalen Interessen. Daraus erklärt sich der gewaltige Sieg, den die tschechische Sozialdemokratie bei den Wahlen im Jahre 1907 erfochten hat, daraus erklärt sich aber auch der Separatismus. Es ist unserer tschechischen Bruderpartei nicht gelungen, sich ihre neuen Anhänger zu assimilieren, vielmehr sind diese auf dem besten Weg, die Partei sich zu assimilieren. Im Laufe der letzten Jahre sind in der tschechischen Partei Anschauungen eingerissen, die man unter halbwegs klassenbewußten Proletariern für unmöglich halten sollte. Die bürgerliche Auffassung, daß die verschiedenen Klassen einer Nation eine Interessengemeinschaft bilden und sich darum gegen die andern Nationen zusammenschließen müssen, wurde durch die wunderlichsten Interpretationskünste mit dem „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" in Einklang gebracht. Da und dort ist unter Verzicht auf solche Rabulistik einfach die nationalistische Parole „Souj k svemu" (Jeder zu den Seinigen) ausgegeben worden. Manche Parteiblätter haben die Arbeiter aufgefordert, um bei Tschechen zu kaufen und ihre Spargroschen nur in tschechischen Geldinstituten anzulegen. Tschechischen Genossen, die ihre Kinder in deutsche Schulen schickten, konnte es passieren, daß sie — von Sozialisten, nicht etwa von übergeschnappten chauvinistischen Spießbürgern — als Renegaten förmlich geächtet wurden. Usw. usw. Man kann ruhig behaupten: noch nie sind in einer proletarischen Partei so krasse bürgerliche Vorurteile nicht bloß verteidigt, sondern sogar herausfordernd als radikalster Sozialismus ausgegeben worden, wie jetzt in der tschechischen Sozialdemokratie.

Von all dem ist aber in Kopenhagen nicht die Rede gewesen. Dort wurde nur über eine einzelne Erscheinung in der separatistischen Bewegung, über die Stellung des Separatismus zur Gewerkschaftsorganisation, verhandelt. Man hat es vermieden, ihn dem Kongreß in seiner ganzen Schönheit zu zeigen. Ob diese Rücksicht wohl angebracht war, soll hier nicht untersucht werden. Soviel ist gewiß, daß sie auf die Separatisten keinen Eindruck gemacht hat. Auch die einstimmige Ablehnung des gewerkschaftlichen „Autonomismus" durch die Internationale ist an dessen Wortführern spurlos vorübergegangen. Es hat natürlich niemand erwartet, daß die Leute, die als Separatisten nach Kopenhagen kamen, als Zentralisten von dort heimkehren würden. Aber man durfte hoffen, daß das einstimmige Votum des Kongresses die Separatisten bestimmen würde, sich die Sache, über die die ganze Internationale andrer Meinung ist als sie, noch einmal gründlich zu überlegen. Diese Hoffnung scheint sich jedoch leider als eitel erweisen zu wollen. Schon der Artikel, den das Pravo Lidu, das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie, am Tage nach der Entscheidung des Kongresses brachte, ließ nichts Gutes erwarten. Da hieß es u. a.: „Wir wollen nicht heute, unter dem ersten Eindruck, schon schreiben, was für einen Einfluß der Kopenhagener Beschluß auf unsre inneren Parteiverhältnisse ausüben wird. Die weitere Taktik zu bestimmen wird Sache der kompetenten Korporationen der tschechischen Partei und der tschechischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sein. Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir dabei nicht beeinflußt werden von dem — wir müssen so sagen — anekelnden Macchiavellismus der Arbeiterzeitung, deren Redaktion nach dem unqualifizierbaren systematischen Besudeln und Verdächtigen Zuhause und in der Fremde — einem Besudeln und Verdächtigen, das für die Verhandlungen in Kopenhagen Stimmung machen sollte — plötzlich gestern, nach der Abstimmung, einen ganz andern, heuchlerisch-brüderlichen Ton gegen uns angeschlagen hat." Das klang nicht sehr versöhnlich, doch brauchte man es — war's doch in der ersten Aufregung geschrieben — noch nicht tragisch zu nehmen. Aber seither ist es viel schlimmer gekommen. Das Pravo Lidu hat die Bestimmung der weiteren Taktik durch die zuständigen Korporationen nicht abgewartet und hetzt nach wie vor, ja ärger als bisher gegen den Zentralismus. Es schämt sich nicht einmal, dieselben geistigen Waffen gegen die deutschen Genossen zu führen, mit denen bis heute nur die schmutzigste Bourgeoispresse gegen die Sozialdemokratie gekämpft hat: die Waffen der perfidesten Lüge und Verleumdung. Die tschechischen Zentralisten werden natürlich als gekaufte Subjekte hingestellt. Am wütendsten wird Genosse Adler angegriffen. Der Separatismus ist nämlich auch in seiner Geschichtsauffassung schon ganz bürgerlich. Er betrachtet die geschichtlichen Ereignisse als Werk einzelner großer Männer resp. — soweit die Weltgeschichte ihm unsympathisch ist — großen Spitzbuben. Natürlich! Wie sollte der Separatismus die Haltung der Zentralisten aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Proletariats begreifen? Es ist bequemer und zweckmäßiger, sie aus dem — Ehrgeiz Viktor Adlers zu erklären. Noch schlimmer als das Pravo Lidu treibt's die Provinzpresse. Und natürlich wird den Worten durch Taten der erforderliche Nachdruck verliehen. In Prag haben vor ein paar Tagen Separatisten eine Gewerkschaftsversammlung gesprengt und am Sonntag ist in Böhmisch-Trübau ein neuer separatistischer Verband gegründet worden.

Es ist nur selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen der Optimisten, die noch auf eine baldige Einigung zu hoffen wagen, immer weniger werden.

## Deutsches Reich

**Ein Stoßseufzer.**

Die Junker sind höchst unzufrieden mit ihrer Regierung. In der neuesten Wochenrundschau der Kreuzzeitung wird Herrn Bethmann-Hollweg in sehr ungnädigem Ton der Text gelesen, weil er, anstatt nun endlich einmal den „Hetzereien" der Linksparteien über die sogenannte Reichsfinanzreform entgegenzutreten und die großen Verdienste der Schnapsblockpatrioten um das teure Vaterland gebührend zu rühmen, seine Tage untätig auf seinem Schlosse Hohenfinow verträumt. Daß die „tiefe Zerklüftung" der bürgerlichen Parteien eingetreten ist, die die notwendige Sammlung aller Staatserhaltenden gegen den Umsturz so außerordentlich erschwert, ist ausschließlich die Schuld der Unentschlossenheit und sträflichen Gleichgültigkeit der Regierung — so versichert das Leiborgan der Junker, und da muß es schon so sein. Aber auch noch andre schlimme Folgen hat dieses Verhalten. Mit trauerumflorter Stimme verkündet die ostelbische Pythia das über unser Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte hereingebrochene Unheil:

Mit außerordentlicher Sorge aber betrachten nicht nur weite konservative Kreise, sondern alle staatserhaltenden Elemente die wachsende Dreistigkeit, mit der die Sozialdemokraten sich gegen Gesetze und behördliche Anordnungen auflehnen (im Original gesperrt. D. Red.) und mit der sie ihren Monarchenhaß in öffentlichen Versammlungen kundgeben. Auch das ist ein Punkt, bei dem sich jegliche Schwäche und Nachgiebigkeit leitender Regierungsstellen bitter rächt. Ein „Recht" nach dem andern „erobern" sich die Sozialdemokraten und mit jedem durch Nachgiebigkeit und Gehenlassen erzielten Erfolge wächst deren Machtbewußtsein und deren Kampfeslust. So haben die Sozialdemokraten das „Recht auf die Straße" „erobert", dann haben sie sich „Wahlspaziergänge" erzwungen und durchgesetzt, daß die Polizeibehörden im allgemeinen widerspruchslos die Versammlungen der „Genossen" unter freiem Himmel gestatten. Neuerdings haben die Sozialdemokraten in Frankfurt a. M. sich das Recht genommen, auf einem „internationalen Meeting" trotz des Verbots den englischen Sozialisten Keir Hardie sich der englischen Sprache bedienen zu lassen, und der sattsam bekannte Lärmmacher im preußischen Abgeordnetenhause, „Genosse" Hoffmann, hat der Untersagung der hessischen Regierung Hohn sprechend in einer aus angeblich fünftausend Köpfen bestehenden Versammlung folgendem Antrage zu einstimmiger „jubelnder" Annahme verholfen:

„Trotz aller Russenverbote der hessischen Regierung nehmen die Versammelten sich aus eigener Macht das Recht, gegen den Aufenthalt des Zaren als des Repräsentanten aller Unkultur laut Protest zu erheben und zu diesem Protest das ganze freiheitlich gesinnte Volk Hessens aufzurufen."

Eine größere Mißachtung der staatlichen Autorität, eine frechere Verhöhnung der Staatsgewalt, als sie hier zutage getreten ist, kann man sich doch kaum denken. Solche Vorgänge sind wahrlich nicht geeignet, im Ausland das Ansehen des Deutschen Reiches, in dem ein fürstlicher und befreundeter Gast vor unflätigen Beschimpfungen nicht einmal geschützt ist, zu erhöhen.

Aber noch schlimmer ist es, daß durch solche „sozialrevolutionären Ausschreitungen" auch „das Ansehen der Staatsgewalt im Innern" in schwere Gefahr gerät. Konnte doch sogar bei der internationalen Kundgebung der Frankfurter Arbeiterschaft der österreichische Genosse Glöckel äußern: „Instrumente des Volkes wollen wir sein. Krieg dem Klerikalismus aller Konfessionen, Kampf dem Absolutismus vom Zaren bis zur redelustigen Romantik herunter!" Und dieser „österreichische Geiferer" wurde sogar noch überboten durch die Genossin Zetkin, die als Antwort des Volkes auf die jüngsten Staatsstreichgelüste die Forderung der Republik erhob! Kann man es da der wachsamen Orakelkünderin verdenken, wenn sie schließlich in die inhaltsschwere Klage ausbricht: „Es ist weit gekommen im Deutschen Reiche, daß die revolutionäre Partei dem Kaiser und König so etwas bieten darf. Und weit gekommen ist es auch mit dem Linksliberalismus, der einer solchen Partei Zutreiberdienste leistet und von ihr für den Gesamtliberalismus Heil erwartet."

In der Tat: es ist weit gekommen im heiligen deutschen Junkerreich. Die Reaktionäre, die gewohnt waren, das Volk zu hudeln und zu bütteln, für die das Volk nie etwas anderes war als das stets gefügige Lasttier, das ihnen die Scheuern mit Reichtümern füllte, sie stehen heute vor dem gähnenden Abgrunde und sehen ihr Ende heraufdämmern. Darum das Jammern nach der starken Hand der Regierung, die ihnen aus der Patsche heraushelfen soll, in die sie sich selbst hineingeritten haben. Sie vergessen dabei nur das eine: bei der Gestaltung seines Geschickes hat auch das Volk noch ein Wörtchen mitzureden, und das wird, trotz Regierungshilfe, sicher nicht zugunsten der schwarzblauen Junkerkumpanei ausfallen.

**Die neue Militärvorlage.**

In der bürgerlichen Presse wird ein Telegramm der Kölnischen Zeitung verbreitet, das anscheinend dazu dienen soll, die bereits fertiggestellte neue Militärvorlage in etwas besserem Lichte erscheinen zu lassen. Es wird behauptet, daß die Angaben über die Vorlage in vieler Beziehung durchaus unzutreffend seien. So soll es zurzeit als völlig ausgeschlossen gelten, daß bei den Trainbataillonen eine vierte Kompanie als Kraftwagenkompanie errichtet werden soll. Auch habe die Vorlage den Bundesrat noch nicht passiert und es sei deshalb verfrüht, schon jetzt sichere Angaben irgendwelcher Art zu machen.

Das Dementi ist sehr nichtssagend und sicher nicht mehr wert als alle derartigen offiziösen Abwiegelungsversuche. Man kann daraus höchstens schließen, daß die geplanten Mehrforderungen noch wesentlich größer sind als die von uns gestern zitierte Korrespondenz angab.

**Die Wahl in Frankfurt-Lebus.**

Das amtliche Resultat der Reichstagsersatzwahl im Kreise Frankfurt-Lebus liegt jetzt vor. Danach sind nach endgültiger Feststellung insgesamt 28 695 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten: Schuhmachermeister Faber-Frankfurt a. O. (Soz.) 14 319 Stimmen, Geh. Archivrat Winter-Magdeburg (nat.-lib.) 7754 Stimmen. Arbeitersekretär Dunkel-Berlin (kons.) 6595 Stimmen. Es ist mithin engere Wahl zwischen Faber und Winter erforderlich. Wahltermin ist bekanntlich der 28. September.

Das amtliche Wahlresultat stimmt fast völlig mit den von uns am Tage nach der Hauptwahl mitgeteilten Ziffern überein. Die beiden Gegner des sozialdemokratischen Kandidaten erhielten ganze 30 Stimmen mehr, als Genosse Faber, außerdem wurden 27 ungültige und zersplitterte Stimmen gezählt, die in den vorstehenden Angaben nicht mit enthalten sind. Zur absoluten Mehrheit fehlten dem Genossen Faber nur 31 Stimmen. Es muß und wird nun von unseren Genossen in den paar Tagen, die uns noch vom Stichwahltage trennen, alles aufgeboten werden, damit dieser zu einem neuen Siegestage für die Sozialdemokratie werde.

**Gelogen wie gedruckt.**

Durch die gesamte bürgerliche Presse geht eine Notiz, wonach der polnische Abgeordnete Korfanty in einer in Paulsdorf (Oberschl.) stattgefundenen Versammlung von anwesenden Sozialdemokraten niedergebrüllt und sogar mit dem Messer gestochen worden sei. **Die ganze Nachricht ist grober Schwindel** und soll nur den Zweck haben, das politische und wirtschaftliche Renommee des Demagogen Korfanty wieder etwas zu befestigen. Die Kattowitzer Zeitung, ein nationalliberales Blatt der Grubenbarone, das die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit in der häßlichsten Weise angreift, muß selbst zugeben, daß es keine Sozialdemokraten waren, die in Paulsdorf Korfanty niedergebrüllt und tätlich angegriffen hätten. Das Blatt schreibt wörtlich:

> Von unparteiischen und unbefangenen Zuhörern wird aufs Bestimmteste versichert, **daß der Lärm von denjenigen polnischen Arbeitern ausging, die ihm (Korfanty) 1903 zujubelten und seine Wähler waren.**

Den ihm angeblich beigebrachten Messerstich hat Korfanty glatterfunden, nur um sich bei seinen polnischen Wählern, die in Massen von ihm abrücken, in die Rolle des Märtyrers zu bringen.

**Berlin**, 20. September. Bei den im Jahre 1909 im Deutschen Reiche vorgekommenen **9 Dampfkesselexplosionen** wurden 5 Personen tödlich, 8 schwer und 23 leicht verletzt. Die einzelnen Explosionen sind in der Statistik des Deutschen Reiches eingehend beschrieben und zur Erläuterung sind 3 Tafeln, Zeichnungen und Lichtbilder beigefügt.

**Der Einsiedler von Hohenfinow in Berlin.** Wie der Lokalanzeiger erfährt, wurde in der gestrigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg tagenden Sitzung des Staatsministeriums die Frage der Fleischteuerung nicht besprochen.

Aber natürlich! Für die preußische Regierung existiert ja überhaupt keine Fleischnot. Warum sollte sie sich also mit der Angelegenheit noch extra befassen?

**Der württembergische Städtetag** wird auf Antrag mehrerer Städte in der nächsten Woche in Stuttgart zusammentreten. Zweck der Einberufung ist: Stellung zu nehmen zur Frage der Fleischteuerung.

**Wieder freigelassen.** Die beiden vor einigen Tagen in Moskau wegen Spionageverdachts in Haft genommenen deutschen Offiziere sind alsbald nach ihrer Festnahme wieder in Freiheit gesetzt worden.

**Kleine politische Nachrichten.** Bei der **Deputierten-Ersatzwahl** im Departement Nièvre (Frankreich) wurde im zweiten Wahlgang der Sozialistisch-Radikale Henxey mit 8014 gegen seinen gleichfalls sozialistisch-radikalen Gegenkandidaten Chandieux gewählt, der 7529 Stimmen erhielt. — Der **Internationale Arbeitslosigkeits-Kongreß** ist in der Pariser Sorbonne unter Vorsitz des Finanzministers Cochery eröffnet worden. Zahlreiche Länder haben Vertreter entsandt. — Die Meldung ausländischer Blätter über einen geheimen **türkisch-rumänischen Militärvertrag** wird von der halbamtlichen Independance Roumaine dementiert. — Das Reutersche Bureau in London meldet aus Pretoria, daß nach einer amtlichen Mitteilung Premierminister **Louis Botha** sich entschlossen hat, im Amte zu bleiben.

## Rußland.

**Väterchens Freunde.**

Aus Petersburg wird uns vom 14. September geschrieben: Vom Schwarzen Hundert fällt eine Säule nach der andern! Vor einem Jahre war es Dubrowin, der langjährige Präsident des Verbandes des russischen Volkes, der als Verbrecher entlarvt und kaltgestellt wurde. Jetzt scheint die Reihe an einen seiner Hauptkonkurrenten, an Wostorgow, gekommen zu sein. Als einer der schlimmsten Hetzer und Progromstifter bildete bis zuletzt dieser Geistliche den einflußreichsten Mittelpunkt für die Moskauer „echtrussischen" Organisationen und hatte bereits mehrmals Aspirationen auf den ehemaligen Posten Dubrowins. Man kennt ihn von dem einen Ende des Reiches bis zum andern, und erst vor kurzem hat er den Monarchistenkongreß leiten dürfen, obwohl schon damals seine verbrecherische Natur nicht unbekannt war, ja in diesem Moment ist er noch der Hauptmatador auf dem Irkutsker Missionskongreß. Jetzt kommt das Journal Satirikon und beschuldigt den frommen Mann, daß er sieben kleine Mädchen zugrunde gerichtet habe. Zweimal hat es seine Beschuldigung wiederholt, aber bislang kräht kein Hahn danach.

## Türkei.

**Eine Kirchenrevolte.**

**Konstantinopel**, 20. September. Die Provinzialmetropolten, die zu Abgeordneten der Nationalversammlung der ottomanischen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Griechen gewählt worden sind, sind mit der Haltung des Patriarchen unzufrieden und beabsichtigen seinen Sturz herbeizuführen. Sie protestierten beim gemischten Rat gegen die Vertagung der Nationalversammlung und wollen sich im Patriarchat versammeln.

## Nordamerika.

### Im Fahrwasser des Imperialismus.

**Beverly** (Massachusetts), 19. September. Präsident Taft hielt gestern abend vor seiner Abreise nach Cincinnati hier eine Rede, in der er ankündigte, er werde in einer Botschaft an den Kongreß im Dezember die Bewilligung von zwei Millionen Dollars zum Beginn des Baues von Befestigungen am Panamakanal empfehlen; auch werde er den Bau von zwei Dreadnoughts befürworten. Taft erklärte sodann, er glaube nicht, daß der Wunsch, Sparsamkeit zu üben, den Bau von zwei Dreadnoughts jährlich bis zur Eröffnung des Panamakanals hindern dürfte.

### Bestrafter Gauner.

**Neuyork**, 19. September. Der frühere Sekretär und Schatzmeister der American Sugar Refining Company, Charles R. Heike, wurde durch das Bundesgericht zu acht Monaten Zuchthaus und 5000 Dollars Strafe verurteilt, weil er die Regierung durch falsche Angaben über das Zuckergewicht betrogen hat.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Terrorismus bei der Eisenbahnverwaltung.

Vor kurzem berichteten wir von der Gründung einer Kirchbach-Stiftung, die anläßlich des Uebertritts des Präsidenten v. Kirchbach in den Ruhestand errichtet werden soll. Die Sammlungen haben an vielen Orten nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Auf dem Güterschuppen in Zittau war eine Zeichnungsliste in Umlauf gesetzt worden. Das Resultat war gleich Null. Die Arbeiter behielten ihre sauer verdienten Groschen für sich, sie konnten die Berechtigung für die Errichtung einer solchen Stiftung nicht einsehen. Damit war nun aber der Obergüterbodenvorsteher nicht einverstanden, und er gebrauchte nicht gerade zart gewählte Ausdrücke über die Zugeknöpftheit der Arbeiter. Er setzte daraufhin die Liste zum zweitenmal in Umlauf, und jetzt hatte er den Erfolg, daß wirklich einige Groschen gezeichnet wurden. Immerhin gab es doch noch einige, die Mut genug hatten, sich dem Drucke nicht zu fügen. Ob nun die Leute in die berühmten Vermerkstraflisten des Herrn Obergüterbodenvorstehers kommen werden?

Man sieht aber hier wieder, wie es gemacht wird. Die Vorgesetzten sind so geschult, daß sie sich ohne weiteres dazu hergeben, einen Druck auf die ihnen untergebenen Arbeiter und Beamten auszuüben.

### Eine ungesetzliche Bestimmung genehmigt.

-e- Der Gemeinderat zu Nottluff bei Chemnitz hat einen Nachtrag zum Steuerregulativ beschlossen, in dem eine Bestimmung aufgenommen wurde, die die Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, verpflichtet, diesen Arbeitern die fälligen Steuerbeträge vom Lohne in Abzug zu bringen. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft beschäftigte sich mit der Sache und genehmigte schließlich das Regulativ, obwohl der Berichterstatter und auch der Amtshauptmann diese Bestimmung für „nicht unbedenklich" bezeichneten. Es wurde aber auf die guten Erfahrungen hingewiesen, die mit dieser Bestimmung die Gemeinde Rabenstein gemacht habe, der sie auch genehmigt worden ist. Man habe die Bedenken, den Arbeitgebern eine Dienstleistung zuzumuten, zu der sie nicht verpflichtet sind, und die Lohnabzüge untersagenden Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmegesetzes überwunden. Diese Bestimmung stelle eigentlich nur eine Vereinbarung zwischen der Gemeinde, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern dar. Die Arbeitgeber treffe natürlich keine Haftpflicht. Die Arbeitnehmer gingen aber leichter an die Sache heran und sie wären froh, daß sie den Weg nach dem Gemeindeamte nicht zu gehen brauchten. Um die Steuergroschen der Arbeiter zu sichern, werden selbst gesetzwidrige Bestimmungen in Regulative eingearbeitet. Freilich, einem Rekurs gegenüber hält diese Bestimmung nicht stand, darüber war man sich auch im Bezirksausschuß klar.

### Zarte Rücksicht.

-e- Nicht geringes Aufsehen erregte es vor einigen Wochen, als der Gemeindevorstand Seydel in Einsiedel bei Chemnitz plötzlich sein Amt niederlegte. Freiwillig scheint es nicht geschehen zu sein, denn man munkelt allerlei. Jahrelang spielte Seydel im Bezirk keine kleine Rolle. Er war auch viele Jahre Prüfer der Bezirkskassenrechnung. In der letzten Bezirksausschußsitzung wurde sein Name wiederholt genannt. An seine Stelle wurde für die Ausschüsse zur Neuwahl von Schöffen und Geschworenen bei den Amtsgerichten Chemnitz, Limbach und Zwönitz ein anderer Herr vorgeschlagen; ebenso als Prüfer für die Bezirkskassenrechnung. Dabei wurde von Seydel nur gesagt, daß er durch Krankheit und nervöse Erregung diese Aemter nicht mehr habe ausüben können; außerdem sei er aus dem Bezirk verzogen. Die Krankheit Seydels muß jedoch recht merkwürdige Ursachen haben, sonst hätte er seinerzeit nicht so plötzlich sein Amt niedergelegt.

### Christliche Nächstenliebe.

Man schreibt uns:

Schwärzer als schwarz sind die beiden Geistlichen in Roßwein. Man höre, wie die würdigen Diener Christi in wahrhaft christlicher Nächstenliebe die „Sittlichkeit" zu heben bestrebt sind. Wird in Roßwein ein Mädchen von der Mutterschaft betroffen, so wird dieses Ereignis in den am Orte erscheinenden Zeitungen, die natürlich charakterlos genug sind, nach der Pfeife der frommen Herren zu tanzen, mit aller Breitspurigkeit bekanntgegeben. Die Namen der unehelichen Mütter werden voll ausgeschrieben. Passiert die ledige Mutterschaft einem Mädchen zum zweiten- oder drittenmal, so wird das mit chronistischer Gewissenhaftigkeit genauestens vermerkt. Indem man so die unehelichen Mütter an den Schandpfahl stellt, hofft man der Sittlichkeit einen guten Dienst zu tun.

Dieses pfäffische Rezept hat sich jedoch als völlig unwirksam erwiesen. Bisher hat man von einer „Besserung" der sittlichen Zustände nicht einen Hauch gespürt. Der einzige Erfolg der geistlichen Sittlichkeitsretterei ist, daß die unehelichen Mütter an den Pranger gestellt worden sind. Man sieht, wie völlig die Theorie von der christlichen Nächstenliebe im Gegensatz steht zu der praktischen Sittlichkeitsretterei der Geistlichkeit.

**Eine sozialdemokratische Landtagswählerversammlung** für den 44. ländlichen Wahlkreis fand am Sonntag in Schreiersgrün statt, die sich in der Hauptsache mit der Kandidatenaufstellung beschäftigte. Da der bisherige Kandidat, Gen. Irmscher-Zwickau, aus persönlichen Gründen es abgelehnt hatte, wieder zu kandidieren, wurde Genosse Parteisekretär Rich. Maier-Reichenbach als Kandidat vorgeschlagen und gewählt. Damit ist auch von sozialdemokratischer Seite die Wahlagitation in diesem Wahlkreise eingeleitet. Es sind bereits eine Anzahl von Wahlversammlungen in verschiedenen Orten des Wahlkreises angesetzt worden.

* * *

**Dresden.** Der Spar- und Bauverein ist im Begriff, im Osten eine umfangreiche Häusergruppe zu errichten. Am Sonnabend fand auf dem Bauplatze die feierliche Grundsteinlegung statt. Auf dem 8000 Quadratmeter umfassenden Raum sollen 12 Wohnhäuser mit 210 Wohnungen errichtet werden, vier Fünftel sämtlicher Wohnungen werden drei Räume umfassen, einzelne vier und fünf. Auf die Bewohnbarkeit der Küchen soll besonderes Gewicht gelegt werden. Läden, Restaurations- und Gesellschaftsräume sind nicht vorgesehen, dagegen ein Zentralbad und eine Waschanstalt mit besonderer Trockenanlage. Der Raum soll baulich nicht so weit ausgenutzt werden, wie es statthaft wäre, dafür sieht die Planung im Innern einen Ziergarten und einen Tummelplatz für Kinder vor. Die Landesversicherungsanstalt gibt das Baugeld bis zu vier Fünfteln des Wertes der Häusergruppe her.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** In Abwesenheit ihrer Mutter stürzte die sechsjährige Tochter des Arbeiters Müller in Zittau aus dem Fenster des 1. Stockwerks auf die Straße, wo sie mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Sie hatte sich auf einen Blumentopf gestützt und war samt den Blumen in die Tiefe gestürzt. — In Niederleutersdorf und Lindau bei Zittau grassiert seit Wochen die Scharlachepidemie. Im Laufe einer einzigen Woche sind die drei Kinder des Bergmannes Soberle in Lindau, zwei Knaben und ein Mädchen im Alter von 13, 11 und 7 Jahren, der Krankheit erlegen. Die Epidemie tritt in sehr gefährlichen Formen und schlimmen Komplikationen, wie Hirnhautentzündung und Nierenkrankheiten, auf. — In dem am König-Albert-Denkmal in Zittau gelegenen Zierbrunnen wurde die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Durch die Polizei wurde der Tote als der 20 Jahre alte aus Böhmen stammende Bäckergeselle Franz Holocek festgestellt. Er war arbeitslos, was ihn bewogen haben dürfte, den Tod zu suchen. — Der 23 Jahre alte Sohn des Rittergutsbesitzers Thost auf Schmochtitz bei Bautzen ging am Sonnabend nachmittag ins väterliche Revier auf die Jagd und wurde seitdem vermißt. Am Sonntag früh fand man ihn, nachdem man die ganze Nacht gesucht hatte, erschossen auf. Man nimmt an, daß er über eine Baumwurzel gestürzt ist, wobei sich das Gewehr entladen hat. — Der Obmann des Handlungsgehilfenverbandes in Meerane erstattete bei der Polizei Anzeige, daß ihm die Verbandskasse gestohlen worden sei. Die Untersuchung ergab, daß der Anzeigeerstatter selbst der Dieb war. — Auf der Chaussee im Dorfe Neumark bei Reichenbach scheute das Pferd des Gutsbesitzers Degelmann und warf das Geschirr, in dem sich dieser und sein 12 Jahre alter Knabe befanden, um. Beide stürzten aus dem Wagen. Der Knabe war sofort tot; der Vater wurde schwer verletzt — Ein Raubanfall wurde auf den Büchsenmacher Weidner in Plauen verübt. Der Mann saß in seiner Ladenstube, als ein etwa 35jähriger Mensch ins Zimmer trat, den 73jährigen Mann bei der Gurgel packte und zu Boden warf. Glücklicherweise besaß Weidner noch die Geistesgegenwart, auf den Fußboden zu pochen, ein Zeichen für seinen Lehrling. Dieser kam und der Eindringling entwich unerkannt. — Auf dem Haltepunkte Böhlitz-Roda bei Mutzschen wurde der 75jährige Glasermeister Pfütze aus Mutzschen von der Maschine des einfahrenden Oschatz-Nerchau-Trebsener Personenzuges zur Seite geschleudert und schwer verletzt.

## Aus den Nachbargebieten.

### Verzwicktes vom Reichsvereinsgesetz.

Die Strafkammer zu Halle a. S. hatte sich dieser Tage mit einer Angelegenheit des Reichsvereinsgesetzes zu beschäftigen. Als Einberufer einer Bergarbeiterversammlung, die am 22. Mai unter freiem Himmel im Hofe eines Grundstücks in Kanea stattfinden sollte, aber nicht stattgefunden hat, war Genosse Krause vom Amtsvorsteher in Dieskau mit einer Strafverfügung über 15 Mk. bedacht worden. Auf seinen Einspruch hob das Schöffengericht den Strafbefehl auf und sprach K. frei. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein, mit dem Antrage, die Strafverfügung des Amtsvorstehers zwar als ungesetzlich aufzuheben, aber den Angeklagten doch zu bestrafen. Er sei der Einberufer einer anmeldepflichtigen Versammlung, und da die Unterlassung ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz sei, wäre er zu bestrafen. Bei einem Vergehen sei schon der Versuch strafbar. Die Versammlung hätte zwar nicht stattgefunden, weil der in Aussicht genommene Redner das verhindert habe mit dem Hinweis, daß sie nicht stattfinden könne, weil die Anmeldung unterlassen worden sei, aber es liege doch ein Versuch des Angeklagten vor. Es handelte sich um ein Vergehen, mithin dürfte nicht der Amtsvorsteher (also die Polizeibehörde), sondern nur die Justizbehörde eingreifen.

Dazu sei bemerkt, daß die beiden Gendarmen, die die beabsichtigte Versammlung überwachen wollten, auch einer Ersatzversammlung beigewohnt haben, die später in Dieskau in einem Lokal stattfand. Da es sich hier um eine Versammlung handelte, die nach dem Vereinsgesetz nicht überwacht werden darf, protestierte der Leiter der Versammlung gegen die Anwesenheit der Gendarmen, aber diese blieben ruhig da, da sie Ordre hätten, die Versammlung zu überwachen. Ob die Ordre von derselben Stelle gekommen ist, die den ungesetzlichen Strafbefehl erlassen hatte, blieb dunkel.

Das Gericht hat in seinem Urteil angenommen, daß die Versammlung unter freiem Himmel nicht bloß beim Versuch geblieben ist, sondern bereits stattgefunden habe. Es hatte sich schon eine Anzahl Personen auf dem in der Einladung bezeichneten Versammlungsplatze eingefunden. Aber die Frage, ob der Angeklagte sich schuldig gemacht habe, konnte vom Gericht gar nicht geprüft werden, sondern es habe nur die Möglichkeit bestanden, den Strafbefehl aufzuheben, weil dieser unzulässig war. Der Amtsvorsteher war dazu nicht berechtigt, sondern das zuständige Amtsgericht. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

### Preußische Amtsvorsteher.

Die freien Gewerkschaften in Kayna bei Zeitz suchten vor einigen Tagen bei dem zuständigen Amtsvorsteher Schellenberg um Genehmigung eines Umzuges zum Gewerkschaftsfest nach. Die Erlaubnis wurde versagt mit der eigentümlichen Begründung, daß „kein Bedürfnis zur Veranstaltung des Umzuges vorliege". Das Fest könne doch gleich auf dem Festplatze seinen Anfang nehmen, es sei doch nicht, wenn ein Sozialdemokratischer Verein irgendwo entstehe, gleich ein Umzug und großer Radau (!) nötig. Höchstens Militär- und Schützenvereine veranstalteten derartige Umzüge. Derselbe Amtsvorsteher erklärte vor kurzem dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins in Nißma, der ebenfalls um die Genehmigung eines Umzuges nachgesucht hatte, daß der Verein viel zu klein sei (!), um einen Umzug veranstalten zu können. Der geplante Gewerkschaftsumzug dünkte dem schneidigen Amtsgewaltigen jedenfalls wieder zu groß.

Die Oeffentlichkeit hat sich schon des öfteren mit dem Herrn Amtsvorsteher beschäftigen müssen. Vor einigen Jahren, noch unter der Herrschaft des alten Vereinsgesetzes, erhielt der Einberufer einer Bauarbeiterversammlung die Versammlungsanmeldung mit folgender Randglosse zurück: „Polizeiliche Genehmigung verweigert, weil ich vermute, daß dadurch die Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter geschürt werden soll." Man sieht, nicht die Gesetze entscheiden, sondern die Amtsvorsteher.

**Halle a. S.** Wieder ist ein neuer Uebergriff der Polizei zu melden. In der letzten Monatsversammlung des Verbandes der Hausangestellten erschienen plötzlich zwei Polizeibeamte, um sie zu „überwachen". Um die Versammlung nicht zur Auflösung zu bringen, mußten es sich die Dienstmädchen gefallen lassen, unter starker polizeilicher Bewachung


**Vielen Kranken**

haben Hauskuren mit Lamscheider Stahlbrunnen vortreffliche Dienste geleistet.

„Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichsüchtigen Tochter und an einer kränklichen, schwachen Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Lamscheider Stahlbrunnen geworden." — „In meinem 61. Lebensjahre wurde mein Magen allmählich so schwach, daß ich nicht mehr die leichtesten Speisen verdauen konnte. Nebenbei quälten mich heftiges Aufstoßen, Rückenschmerzen, Kopfschmerzen. Durch Gebrauch des Lamscheider Stahlbrunnens wurde ich von allen diesen Leiden befreit." — „Nur Ihrem köstlichen Wasser verdanke ich meine Heilung." — „Nach Beendigung der Kur hat sie den alten Schaffensgeist wie früher." — „Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Badereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden sind."

Aus Schriften von Aerzten: „Ein ganz vorzügliches Eisenmanganmedikament ist das Lamscheider Wasser, die Lösungverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein." — „Das Wasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. **Die Patienten,** die es genommen haben, **haben sich stets wohlgefühlt,** haben es gern getrunken und haben **an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen,** so daß sie ihrem früheren Beruf bald wieder nachgehen konnten." — Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SO. 49.

**Kein Putzleder, Schwamm und Putzeimer mehr notwendig!**

Kein Fasern und kein Schmieren mehr
bei Anwendung des gesetzlich geschützten
**Fensterblank**

Fensterblank macht Scheiben und Spiegel verblüffend schnell und blitzblank sauber wie Krystall.

Fensterblank spart viel Zeit, Geld und Arbeit und ist daher unentbehrlich für jede Hausfrau.

Päckchen 10 Pfennig!

Fensterblank ist in Päckchen für ca. 50 Fenster reichend gepackt. Preis pro Päckchen 10 Pfennig.

Zu erhalten in allen Kolonialwaren- u. Drogen-Geschäften.
Alleinvertrieb:
Carl Andreas, Leipzig.

Fernsprecher 787.

**Fortbildungs-Kurse**
**für gewerbliche Arbeiterinnen u. Dienstboten.**
**Eingerichtet vom Leipziger Lehrerinnenverein.**
Der Unterricht findet statt:
L.-Lindenau, 10. Bezirks-Schule, Friesenstr. } Mittwoch u. Sonnabend
L.-Anger, 11. „ „ Martinstr. } von 6-9 Uhr abends.
L.-Gohlis, 20. Bez.-Schule, Pariser Str.: Freitag, v. 6-9 Uhr abends.
**Besprechung praktischer Lebensfragen. — Maschinennähen.**
**Anfertigung einfacher Kleider.**
An jedem Abend sind 10 Pfg. zu bezahlen. — Anmeldungen nehmen die leitenden Lehrerinnen entgegen. [17412*

**Dieskaustr. 25,** gegenüb. Hirzelstrasse
Herren-Strohhüte, Filzhüte, hart u. weich, Mützen, Schirme, Stöcke
Hosenträger, Krawatten, Wäsche.

**Achtung!**
**Viel seltene sozialistische Literatur liegt in alten Truhen usw. vergraben.**
Wir kaufen stets:
ältere sozialistische Bücher und Broschüren, alte Hefte der **Neuen Zeit** vom 1. bis 8. Jahrgang und vom 15. bis 18. Jahrgang.
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**
Abteilung Buchhandlung.


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ein Referat der Genossin Wackwitz-Dresden über die Frage: Wie verbessern die Dienstmädchen ihre Lage? anzuhören. Wie lange noch wird es die Polizei gegen das Gesetz so weiter treiben können?

**Erfurt.** In Sundhausen (Kreis Langensalza) ermordete der Landwirt Haßkerl seinen Schwiegervater, indem er ihm die Kehle durchschnitt. Der Täter wurde verhaftet.

**Görlitz.** In Schöneberg (Oberlausitz) wurde die 19jährige Tochter des Ziegeleibesitzers Schnabel tot aufgefunden. Vermutlich liegt Lustmord vor.

**Zeitz.** Aus bisher noch unbekannten Gründen erschoß der im Krankenhause beschäftigte 23jährige Heizer Adolf Hirt die Krankenschwester Gertrud Sonntag und suchte sich dann selbst zu entleiben; doch ist die Schußwunde, die er sich beibrachte, nicht lebensgefährlich.

# Aus der Umgebung.

**Borsdorf.** Verkehrsverbesserung. Auf Grund verschiedener Eingaben hat sich die Regierung bereit erklärt, den Bahnsteigtunnel, der gegenwärtig nur bis etwa zur Mitte des Bahngeländes geht, unter dem Bahngelände direkt nach dem Süden weiter zu führen, um dadurch einen angenehmen und bequemen Zugang vom Süden nach der Bahn und nach dem Süden von der Bahn zu schaffen, wenn ihr zu den auf 12 000 Mk. veranschlagten Herstellungskosten der Verlängerung ein Beitrag von 6000 Mk. zur Verfügung gestellt werde und die Gemeinde Borsdorf das Areal in ihrem Gemeindegebiete für den Zugang zum Tunnel erwerben würde. In Borsdorf sind bereits 3000 Mk. dazu gezeichnet, so daß es sich nur noch um die Aufbringung weiterer 3000 Mk. und den Arealerwerb handelt. Auch von den Gemeinden Zweenfurth, Hirschfeld und Wolfshain sind bereits angemessene Beiträge bewilligt worden, so daß die Gemeinde Borsdorf noch den fehlenden Betrag aufzubringen und das Areal zu erwerben hätte.

**Markranstädt.** Wohnungsstatistik. Der Stadtrat beabsichtigt, auch im Laufe dieses Jahres eine Wohnungsstatistik aufnehmen zu lassen. Die Fragebogen dazu sind von den Hausbesitzern, beziehungsweise deren Stellvertretern, nach dem Stande vom 1. Oktober 1910 auszufüllen. Eine Bezugnahme auf Angaben in früheren Wohnungsstatistikformularen ist nicht statthaft. Die Formulare sind vielmehr vollständig neu auszufüllen und bis spätestens bis 10. Oktober 1910 zurückzugeben.

**Wiederitzsch.** Aus dem Gemeinderat. Der Rekurs von Helmholz in der Schleusenangelegenheit ist vom Bezirksausschuß verworfen worden. — Die Verbindlichkeiten bezüglich Aufstellung eines Transformatorenhauses sind von der Amtshauptmannschaft der Gemeinde mitgeteilt worden. — Für die Aenderungen des Fußweges in der Kasernenstraße liegt eine Rechnung von 42.91 Mk. vor. — Dem Schutzmann Thiele wurden auf sein Gesuch 2 Tage Urlaub bewilligt. — Zugestimmt wurde einem Gesuch um Erlaß des 2. Termins der Gemeindeabgaben. — Das Ortsbaugesetz und die Bauvorschrift für die Albert-Oertel-Straße sind eingegangen. — Umlegungsgebühren für die Unterkunftshalle des Naturheilvereins werden nicht erhoben. — Ein Gesuch zur Gründung einer Gemeinde-Verbands-Sparkasse soll eingereicht werden. — Bekannt gegeben wurde, daß bei den Grundstücksveräußerungen von Schubert und Kuppe eine Wertzuwachssteuer nicht in Frage kommt. — Zur Chausierung der Gemeindestraßen soll ein Versuch mit Beuchaer Knack gemacht werden, da die Gemeinde zuletzt nicht zum besten bedient wurde. — Die Herren Sieler und Freiesleben haben sich zu einem Termine, in dem über die Einfriedigung ihrer Grundstücke verhandelt werden sollte, nicht eingefunden, obwohl ein Beamter der Amtshauptmannschaft anwesend war. — Der Termin, an dem die Rietschkengräben geräumt sein müssen, ist bis zum 1. Dezember d. Js. verlängert worden. — Sonntag, den 25. September, nachmittags um 2 Uhr, soll in Anwesenheit der Vertreter vom Feuerwehrverbande eine Feuerwehrprobe abgehalten werden. — Von der weitern Aufstellung von Gaslaternen in der Apitzschstraße wurde vorläufig abgesehen. — Da das An- und Abmelden der Ziehkinder sehr verspätet geschieht, öfter sogar ganz unterbleibt, soll eventuell eine Bestrafung eintreten. — Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern am Sedantage sowie am Tauchaer Jahrmarkt hat im Orte in einer Weise überhandgenommen, daß künftig mehr dagegen eingeschritten werden soll. — Eine Vereinigung Leipziger Bürger, die ein Werk herausgeben will, das die Heimatsliebe der Kinder wecken und jedem Kinde der Volksschule gratis gegeben werden soll, suchte um eine Geldunterstützung nach. Das Gesuch wurde abgelehnt. Eine bessere Ausgestaltung der hiesigen Schulbibliothek hält man für zweckmäßiger.

**Delitzsch.** Auch ein „Arbeiterfreund". Im hiesigen Tageblatt machte vor einigen Tagen ein Herr Th. Franke, der sich „Arbeitersekretär" nennt, durch ein Inserat auf das nationale Arbeitersekretariat in Eilenburg aufmerksam. In der letzten Sonntagsnummer des genannten Blattes setzt Herr Th. Franke seine Werbearbeit fort, indem er die Satzungen des „Nationalen Arbeiter- und Unterstützungs-Vereins für Eilenburg und Umgegend" veröffentlicht. Wenn man es auch nicht wüßte, schon ein Blick auf diese Satzungen zeigt, daß dieses Vereinchen ein Ableger des be—rühmten Reichsverbandes zur Verunglimpfung der Sozialdemokratie ist, in dessen Auftrag Herr Th. Franke sich vergeblich abmüht, die Arbeiter unter der Aufsicht des Unternehmertums mit nationalen Phrasen und Wohltätigkeitsspielereien zu verblöden. Der Hauptzweck der Tätigkeit des Herrn Franke ist „die Herbeiführung des sozialen Friedens mit den Arbeitgebern". Und zwar soll das erreicht werden durch „Pflege und Betätigung patriotischer Gesinnung, zum Schutze gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Organisation". Die Lage der Arbeiter soll dadurch „verbessert" werden, daß sie „die Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf als vernunftwidrig und unsittlich verabscheuen und die von der Sozialdemokratie und ihren Gesinnungsgenossen so oft lediglich im parteipolitischen Interesse angezettelten frivolen Streiks, durch die die Arbeiter mit ihren Familien in bitterste Not geraten," bekämpfen. Und um diesen „edlen" Zweck plausibel zu machen, wird dreist darauf losgeflunkert, die Interessen der Arbeiter und Unternehmer seien „überwiegend gleichlaufend". Das ist selbst für die sprichwörtlich gewordene Wahrheitsliebe der edlen Reichsverbandsgesellschaft ein bißchen stark, und es dürfte wohl kaum noch einen vernünftigen Arbeiter in Delitzsch geben, der auf diesen plumpen Unternehmertrik hereinfällt. Wenn Herr Franke aber trotzdem weiter das Bedürfnis fühlen sollte, die Delitzscher Arbeiterschaft anzuöden, werden wir noch etwas zu seiner Popularisierung beitragen.

# Gerichtssaal.

**Landgericht.**

**Sittlichkeitsverbrecher.** Wegen Vergehens gegen § 176,3 wurde der Arbeiter Friedrich Emil Franke aus Lindenau zu zehn Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

# Von Nah und Fern.

Schwierige Ballonlandung.

**Braunschweig,** 20. September. Am Sonntag vormittag ist hier mit dem Führer Dr. Curs und den Mitfahrern Dr. Drewes und Bergwerksdirektor Krisch der Ballon Braunschweig aufgestiegen, der gestern nachmittag 2 Uhr in der Letzlinger Heide in der Nähe des Dorfes Kröcher niederging. Infolge eines plötzlichen Windstoßes erhob sich der Ballon jedoch nochmals mit den Insassen und ging dann so heftig zur Erde nieder, daß die beiden Mitfahrer ernste Verletzungen erlitten. Dr. Drewes erlitt eine Verstauchung des Rückgrates; er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Bergwerksdirektor Krisch kam mit einer Fußverstauchung davon.

# Kleiner Anzeiger.


## Vermietungen.

**Westen.**

Lindenau, Schillingstr. 10, I. r., Wohnung zu vermieten. 240 M.

Böhlitz-Ehrenberg, Mühlenstr. 34, Wohn., 2 St., Ka., Kü., Stall, Gart. f. 240 M wegzugsh. z. 1. Okt. z. vm.

Lind., Güntherstr. 11, II. r., 1fenstr. Stube für 80 M per sofort zu verm.

Witwer s. l. Plgw. z. 24. 9. Schlafst., wo 2 Kind. v. 9 u. 11 J. mit wohn. k. Off. u. M. G. Fil. d. Bl. Lützner St. 41.

## Verkäufe und Käufe.

Langj. flottes Korbgeschäft m. Kundsch., Wohnung u. Werkst., w. Todesf. sof. bill. z. verk. Off. u. M. 61 a. d. Exped. d. Blatt.*

**1 Mand. Knickeier 65 Pfg.** Hainstrasse 19, Hof.

**100 getragene Uhren** von 5 M an verk. unter Garantie Uhrmacher Hille 16980*] Reichsstr. 19.

**Schuhwaren-Auktion.** Heute vorm. 10 Uhr Reichsstr. 26 (Laden). Herm. Hecht, Aukt. u. Taxator, Felixstr. 3. Tel. 9747.*

**Monats-Garderoben** sind v. bess. Leut., Millionären u. Studenten sehr wenig getr. nach Maß gearbeitete Sachen (auch für Starkbeleibte) * Mass-Anzüge 12, 16, 22, 28 Mass-Paletots 8, 10, 12, 18 Neue Garderobe sehr billig. Frack- u. Gesellschaftsanzüge sehr billig, auch leihweise. Dam.-Gard. zu sehr bill. Preis. Friedmann Tel. 14190 Nur Hainstr. 24, 1 Tr. Sonnab. bis 8 Uhr geschlossen.

Jackett-Anzüge v. 7.50 M an, Herbst- u. Wint.-Paletots v. 6 M an, Hosen v. 2 M an, ebenso mod. Dam.-Garderobe i. gr. Ausw. sind. Sie z. Schleuderpr. b. Kummer, Rauch. Steinweg 10, I.

**Monatsgarderobe** Neu eröffnet! v. Kavalieren, Herrschaften, nach Maß gearbeitet, wenig getragen, Paletots, Jackett-, Rock- u. Frack-Anzüge, alle Weiten, à 6, 10, 16, 22 M. Brühl 19, I.

**Jeder staunt!** v. Student., Kaval., Doktor. u. nur von bess. Herrsch. wen. getrag. Anzüg., engl. Stoffe, Maßarb., reinwoll. Sachen, welch. neu 80 bis 100 M gekost. hab., 8, 12, 15, 18, 22 M, einz. Hosen, Jacketts, Palet., Burschen- u. Knaben-Anzüge, eleg. Frack- u. Gehrock-Anzüge spottb., auch leihw. Kanner, nur Plauensche Str. 11, I. Nähe Brühl. *

**Damen-Monats-Garderobe** von Herrschaften wenig getragene einfache und elegante Kleider, Kostüme, Röcke, Jacketts bill. Ebel, Ranstädter Steinweg 13, I.*

**Achtung!** Nur v. feinst. Herrschaft., Millionär., Kavalieren, Studenten wenig getrag. Sachen, feinste Maßarbeit, rein. Wolle. Anzüge, die 70-100 M gekost., für 8, 12, 16, 24 M. Herbst- u. Winter-Paletots, teilw. auf Seide gearb. Hosen, Jacketts spottbillig. Elegant. Gesellschafts-Anzüge sehr billig auch leihweise. [* Mandel, Tauchaer St. 22, I.

**Günstiger Einkauf bietet sich für Jedermann während meines Saison-Räumungs-Verkaufs!**

Herren-Anzüge v. 5.00-20.50 M usw. Herren-Sommerüberzieher v. 4.50-19.75 M usw. Herren-Hosen v. 1.00-6.50 M usw. Burschen-Anzüge v. 4.75-14.50 M usw. Knaben-Anzüge v. 1.25-6.75 M usw. Frack- und Gesellschafts-Anzüge auch leihweise. Nur in Glasers Monats-Garderobe Ranstädter Steinweg 39, I kl. Lad. Elektrische wird vergütet. [*

Tel. 10401. Verkauf Tel. 10401. bess. gebr. Herrsch.-Damengard., Jacketts, Blus. v. 75 ₰ an bis zu den elegant., neue Kostüme, Kleider, Mäntel, Jacketts, Blusen, Röcke, nur Partie- u. Konkurswaren, in all. Preislagen, fast zur Hälfte des reell. Wertes. Extra Anprobierzimmer. Elektrische w. vergütet. Sperlings Dam.-Monatsgarderobe Windmühlenstr. 45, I., a. Bayr. Bahnhof.*

**Bettfedern-Reinig. u. Perlf.** billigst G. Funke. Neud., Riebeckstr. 7a. *

**Umzugshalber.** Wen. getrag. eleg. Damenkl., Kost., Blusen, Jacketts 2c. spottbillig. ff. Kinderkleider, Konkursware. Schröters Damen-Mon.-Garderobe, Alexanderst. 17, II., Ecke Kolonnadenst.*

Reisemuster v. Damenwäsche etc. spottb. Untertaill., Hemd., Nachth., Jack., Hos., Garnit. Fahrg. w. verg. Schleussig, Könneritzstr. 61, I. r.

**Teppiche** mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen. Salzgässchen 7, Hof I.*

**Teppiche** mit kleinen Webfehlern u. 1 Posten Bettvorlagen **Gardinen** Reste bis 5 Fenst. passend Reisemuster in Tisch- u. Divandecken billigst abzugeben Schützenstr. 15, I.

**Ein Gebett Federbetten** neu, 14 Mk., billig. Elisabeth Heidorn, Dorotheenstraße 2. [*

Weg. Platzmangel sofort: Möbel, Bettst. m. M., Kindrbtt., Waschm., Tepp., Bild. spttb. L., Holteist. 15b, p

Eleg. Säul.-Plüschsofa, guterh., f. 30 M sof. v. Ll., Flemmingst. 10, p. l.*

Gelegenheitskauf. Schön. Vertiko, 2 engl. Bettstell., neu, bill. z. verk. Entr., Wilhelminenstr. 19, I. l.

Kleiderschr., Küchschr., Tl., Spgl., Komm. verk. Pl., Schmiedestr. 7, p.*

**Dauerh. Bettstellen** mit guten Sprungf.-Matratzen (beste Arbeit) 25 Mk. G. Böhelm Tap., vis-à-vis Pantheon Dresdner Str. 23, Seitengeb. I.

**Pianos u. Harmoniums** erstklass., erhalten Sie geg. kleine Monatsraten event. ohne Anzahlung. Kein Preisaufschlag. 20jähr. Garantie. Offerten unter J. R. 14645 an Rudolf Mosse, Leipzig. [*

H.-Fahrrad äuß. bill. z. verkaufen. Li., Leutzscher Straße 49, pt. r.

**Grammophone Schallplatten** Zonophon, Favorite, Homokord, Kalliope, Dacapo zu Fabrikpreis. Reparaturen bill. Eberhardstr. 5.*

H.- u. D.-Rad, kompl. Kochstr. 20, II. l.

Gut. Fahrr. Go., Aeuß. Hall. St. 74.*

2 feine Räder 15 u. 20 Mk. Li., Leutzscher Straße 24, Htrh. II.

Panther-Rad billig zu verkaufen. Schönef., Plohstr. 10, I. l.

Straß.-Reuner 35 M Markt 2, IV.

**Fahrradteile** von d. Messe zurück dieselben Preise. Frankfurt. Str. 29, Beethovenstr. 11

Eleg. Kinderwagen, wie neu, bill. z. verk. Bo., Elisabethstr. 10a, I.

Grau. Prinzess-Kinderwag. z. verk. Gohlis, Schkeuditzer Str. 14, II. l.

**Leiterwagen** einzelne Räder billigst Karl Scharschmidt, Li., Lützner St. 37.*

**Fensterglas** aller Art. O. Tauchnitz, Eisenbahnst. 143. [*

Nähm. z. k. ges. Petersstein weg 10, I.

Knab.- u. Dam.-Rad, auch defekt, kauft Sternwartenstrasse 59, I. r.

**Ausgek. Haare** kauft Paul Thiele Neumarkt 31. *

**Rohprodukten,** Eisen. Metalle, alt. Gummi, Papierabfälle kauft zu höchsten Tagespr. F. Remus, Schleussig, Blümnerst. 8.

## Kartoffel-Verkäufe.

**Winter-Kartoffeln** vergibt täglich [17633* weisse an Heilanstalt Dösen rote am Connewitzer Weg. Müller, Probstheida.

**Markranstädt. Kartoffel-Ausgabe** rote und weiße, welche gut sammeln, jeden Mittwoch und Sonnabend von 1 Uhr und jeden Sonntag von 6 Uhr auf dem Vogelschen Felde links von der Lehnaer Straße an der Luftscheune, pro Rute 1.10 M. *

**Speisekartoffeln** gibt bill. ab Karl Weiser, Eilenburger Str. 16, Kartoffelhandlg. — Tel. 8749.*

**Kartoffel-Ausgabe Lindenau** Lützner Strasse, an der Luisenbrücke, täglich, pro Rute 1.20 M. 17274*] Leipziger Westend-Baugesellschaft.

**Kartoffel-Ausgabe (Rittergut Schönau) am Gundorfer Wege** unter dem Bierkeller findet täglich statt. *

**Kartoffelausgabe Burghausen** an der Merseburger Straße, täglich, pro Rute 1.30 Mk. 17273*] Leipziger Westend-Baugesellschaft.

Für meine Sumatra-Fabrikation finden tüchtige **Zigarren-Hausarbeiter** bei gutem Material und zum Lohnsatze von Mk. 10.— pro Mille aufwärts dauernde Beschäftigung. [17624*

Ferner werden für **Fabrikarbeit** Wickelmacher bei Mk. 5.— aufwärts pro Mille, Roller bei Mk. 8.— aufwärts pro Mille in Leipzig eingestellt. Zigarrenfabriken Hugo Haschke Leipzig, Gottschedstraße 23.

**Tanz-Lehr-Institut Böttner** Johannisplatz 5, Vorderhaus I. Etg. Zu dem Anf. Oktober beginn. gut bürgerl. Unterrichtskursus — auch für Einzelunterricht —, sowie Tanzaufführungen werden geschätzte Anmeldungen jederzeit erb. *

**Kartoffel-Ausgabe.** Rote u. weiße Winterware gibt täglich, von 7 Uhr ab, am zweiten Wege vom Heitern Blick nach Portitz, hinter der Bahn rechts, aus. [17275* Rittergut Plaussig.

**Kartoffel-Ausgabe** weiße und rote, täglich am Tauchaer Wege in Gohlis. *] Alwin Neumann.

**Kartoffeln** werden täglich am Stötteritzer Weg ausgegeben. [17410* Etzold, Probstheida.

## Arbeitsmarkt.

**Stellen-Angebote**

Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung.

Vertreter ges. Für ein. spiel. leicht verkäufl. neu. Bedarfs- u. Massenartikel z. Detaillpr. v. 4-6 M geeign. Vertreter ges. Verd. ca. 50%. V. d. Art. wurd. i. kurz. Zeit ca. 25000 St. verkft. Risiko ausgeschl., da Muster zurückgen. w. Off. a. Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M., u. Nr. 7951.*

**Vorarbeiter** * für die Fabrikation von Werkzeugen zur Holzbearbeitung per sofort oder 1. Okt. gesucht. Derselbe muß dem Betrieb selbständig vorstehen und das Härten der Werkzeuge übernehmen können. Off. u. C. 52 a. d. Exp. d. Bl.

**Flotte Arbeitsmädchen** such. Armer & Co., Körnerstr. 12/14.

Maurerhandlanger werd. angen. Neubau Kunstmann, Stötz., Schönefeldstr.

**10 Frauen, 3 Männer** zum Kartoffelausmachen sof. ges. Grosse, Leutzsch, Barnecker St. 32.

**Näherinnen** per sofort in dauernde angenehme Stellung gesucht. P. Stamm, Sternwartenstr. 1.

## Vermischte Anzeigen.

**Verloren** Damenuhr v. Lind. üb. Schönau, Sacks Vers.-Station, Blockhaus, Edelweiß, Lützner Str. Geg. Belohn. abzug. Ll., Reuterstr. 22, II. l.

**Bürgerl. Mittagstisch** Port. 30 ₰. Kanzlerstr. 29 b, p.*

**Frack-** u. Gehrock-Anzüge verleiht Hainstr. 6, I. A. Dachs.

**Ihre Anzüge** w. wie „neu" gereinigt u. gebügelt, Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkartegenügt an Wäscherei „Undine" Döllitz-Leipzig.

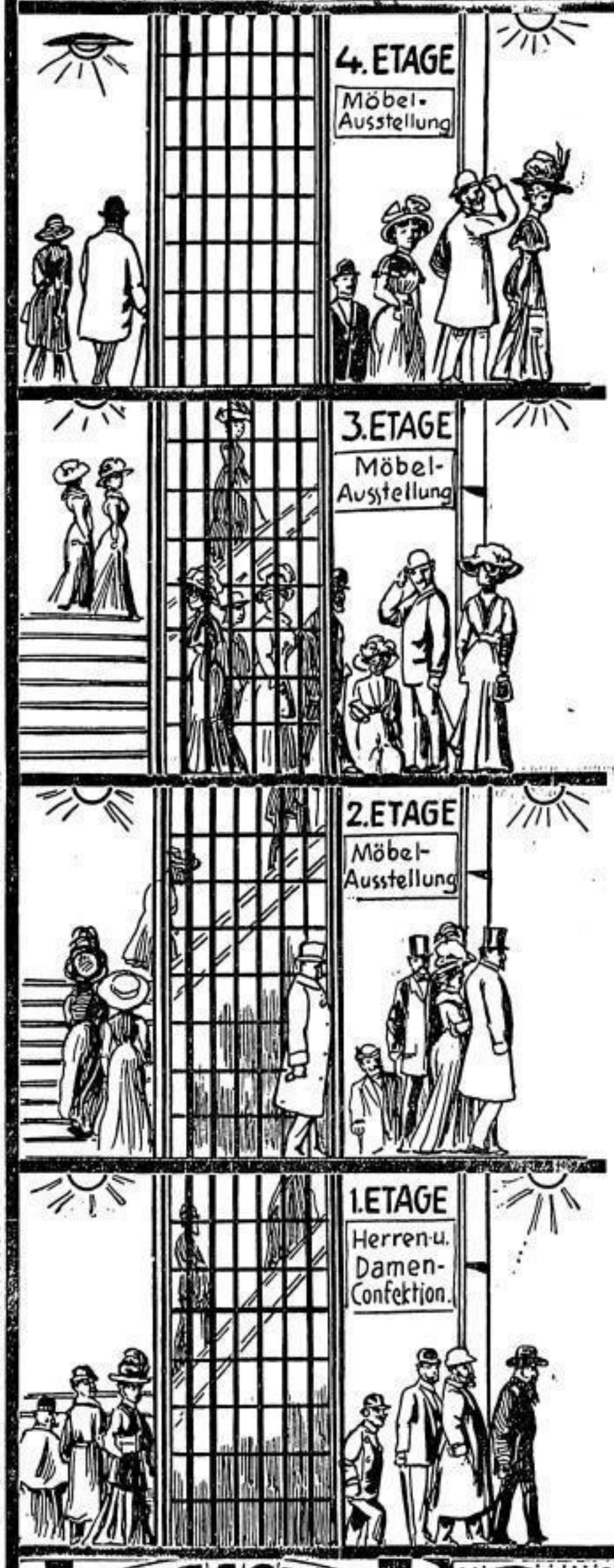
**Frack- und Gehrockanzüge** verleiht Schneidermeister Müller Emilienstr. 52, Ecke Windmstr.

**Möbelfuhren** werden von 5 M an prompt ausgef. Alb. Kindervater, L.-Möckern, Hallische Str. 25 a, Tel. 8059 und Goethestr. I, II., a. Augustusplatz.*

**Möbelfuhren** v. 5 M an werd. prompt u. billig ausgef. Schenkendorfst. 23, H. I. r.*


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# 1880 30jähriges Geschäfts-Jubiläum 1910




## Freitag, d. 23. September

begehe ich die Feier meines 30jährigen Bestehens und findet an diesem Tage auch die

# Eröffnung

meines Um- und Neubaues statt.

Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich mein Etablissement, getragen von der Gunst des Publikums, zu seiner heutigen Grösse emporgeschwungen, und in allen Kreisen der Bevölkerung kennt man meine renommierte Firma.

**Reellste Bedienung** **Grösste Auswahl**
**Billigste Preise** **Bequemste Zahlungsweise**

Das sind die Grundsätze, auf denen mein Geschäft aufgebaut worden ist, und diese Geschäftsprinzipien haben Anerkennung bei meinen nach vielen Tausenden zählenden treuen Kunden gefunden, wofür hierdurch meinen Dank abstatte und versichere, dass ich stets bemüht bleibe, das mir bisher erwiesene Vertrauen zu rechtfertigen.

Der enorme Aufschwung meines Geschäftes hat es zur Notwendigkeit gemacht, meine Lokalitäten ganz bedeutend zu vergrössern, so dass jetzt jede einzelne Abteilung einem Spezialgeschäft gleicht.

Sie finden in 4 Etagen, die jetzt sämtlich durch elektrischen Fahrstuhl verbunden sind, eine wirklich sehenswerte

## Ausstellung in

**Wohnungs-Einrichtungen**
in einfacher bis zur elegantesten Ausführung
**Einzelne Möbelstücke**

# Möbel

Herren- und Damen-
Knaben- u. Mädchen- **Garderobe**

Teppiche, Gardinen
Portièren, Tischdecken **Kleiderstoffe**

Bettzeuge, Damaste
Inletts, Leinen, Federn **Wäsche**

Alle Waren auf **bequemste Teilzahlung.**

Zahlungsbedingungen ganz nach Wunsch. Lieferung streng diskret frei Haus.

Um jedem Gelegenheit zu bieten, sich persönlich von der Reichhaltigkeit meiner Ausstellung zu überzeugen, lade ich hierdurch jedermann zu deren gefl. Besichtigung — ohne jeden Kaufzwang — ein, und erhält jeder Besucher an diesem Tage **ein hübsches Geschenk** zum Andenken an das Jubiläum.




# S. Sachs

**Nicolaistrasse 31, 1-4. Etage.**

Aeltestes grösstes u. vornehmstes Kaufhaus mit Creditbewilligung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. September.

**Geschichtskalender.** 20. September 1771: Mezzofanti, Kenner von 58 Sprachen, geboren. 1825: Der Historienmaler Hermann Wislicenus in Eisenach geboren († 1899). 1863: Der Altertumsforscher Jakob Grimm in Berlin gestorben (* 1785). 1870: Einnahme Roms durch die italienische Armee. Ende der weltlichen Macht des Papstes. 1898: Der Dichter Theodor Fontane in Berlin gestorben (* 1819). 1906: Sveaborger Meuterer standrechtlich erschossen.

•

Sonnenaufgang: 5,43, Sonnenuntergang: 6,4.
Monduntergang: 6,56 vorm., Mondaufgang: 6,55 nachm.

•

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. September.
Nordwestliche Winde, veränderliche Bewölkung, kühl, zeitweise Regen.

---

**Alte und neue Fürsorgeeinrichtungen für Geistesschwache.**

Die augenfälligste und großartigste Entwicklung auf diesem Fürsorgegebiete haben ohne ohne Zweifel die Hilfsschulen genommen. Ihre ersten Anfänge reichen bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, doch war es im Laufe der ersten 20 Jahre kaum mehr als ein Dutzend deutscher Städte, in denen es zur Schaffung solcher Schuleinrichtungen kam, die den besonderen Bedürfnissen der Schwachbegabten dienen wollen. Seitdem aber ist die Zahl der deutschen Städte mit Hilfsschuleinrichtungen in immer schnellerem Tempo bis weit über 200 hinaus gestiegen. Die Schülerzahl wird zurzeit nicht viel unter 30 000 betragen, ein paar tausend Lehrer und Lehrerinnen widmen sich ausschließlich dieser großen Schar der Schwachen, die in früheren Zeiten als Last und Hemmschuh, gedrückt und verkümmert, in den Normalschulen zwecklos mitgeschleppt wurden. War es doch geradezu ein Ding der Unmöglichkeit, sich hier ihrer ausreichend anzunehmen; schon die Rücksicht auf die begabteren Schüler schloß dies aus.

Aber ist mit der staunenswerten Ausdehnung dieser segensreichen Schuleinrichtungen, die noch immer weiter fortschreitet, genug geschehen? Die beabsichtigte Wohltat kann unter Umständen zur Grausamkeit werden, insofern als das Kind durch die Hilfsschulausbildung geistig auf eine Stufe gehoben wird, der sein äußeres Los späterhin doch nimmermehr entsprechen kann, so daß es nur erst recht verbittert wird. Da ist manchmal die erschütternde Frage laut geworden: Wäre es nicht besser gewesen, dies Kind von Anfang an seinem Schicksal zu überlassen, die viele Mühe und die Kosten der Hilfsschulausbildung zu sparen? Ist es Humanität, die Bedürfnisse eines menschenwürdigen Daseins zu wecken, wenn ihre Befriedigung hernach durch die harten Realitäten des Lebens unmöglich gemacht wird?

Aus diesen Erwägungen heraus ist der Gedanke der Arbeitslehrkolonien entstanden, in denen entlassenen Hilfsschülern entweder die gesamte Ausbildung für einen praktischen Beruf gewährt oder aber der Eintritt in eine „freie" Meisterlehre vorbereitet wird. Praktische Erfahrungen stehen, da es sich vorerst nur um wenige und ganz neue Einrichtungen handelt, bisher nur in geringem Maße zu Gebote. Feststehend ist aber, daß diese Institute, die auf das Erreichen der wirtschaftlichen Selbständigkeit abzielen, von vornherein nur einer Elite von Schwachbefähigten zugute kommen können, und daß auch von dieser Elite trotz sorgfältiger Auswahl und frühzeitiger Sonderung ein Teil nicht so weit zu bringen sein wird, daß er den Bedingungen des „freien" Lebens voll genügen kann. Neben den Arbeitslehrstätten sollen daher zur Ergänzung auch Arbeiterkolonien für solche Schwachbefähigte eingerichtet werden, deren Ausbildung zwar abgeschlossen ist, die sich aber trotzdem mit ihren geringen Fähigkeiten nicht selbständig forthelfen können. Feststehend ist außerdem, daß diese Einrichtungen einen bedeutenden Kostenaufwand erfordern müssen. Um so peinlicher muß daher von vornherein bei der Auswahl der Aufzunehmenden verfahren werden, damit die tatsächlichen Erfolge auch im rechten Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen, was nicht der Fall ist, wenn die Ausgebildeten doch schließlich einer lebenslänglichen Anstaltsversorgung anheimfallen.

Es ist herzlich zu wünschen, daß die hier beschrittenen neuen Bahnen zur Vervollständigung der bisherigen Methoden dienen und manchem eine wirksamere Hilfe für seinen Lebensweg bieten werden, als es sonst möglich wäre. Wer aber die Fürsorgebestrebungen für die Geistesschwachen von ihren Anfängen an verfolgen kann, etwa auf Grund der Berichte über die seit 1874 abgehaltenen Konferenzen für Idioten-Heilpflege, der findet in der älteren Entwicklung des Idiotenanstaltswesens auffallende Parallelen zu der besprochenen neuesten Entwicklung auf dem Gebiete des Hilfsschulwesens. Drei Haupttätigkeiten sind es, die von den „Idiotenanstalten" in jahrzehntelanger Praxis an vielen Tausenden hilfsbedürftiger Mitmenschen bis auf diesen Tag ausgeübt werden: 1. Erziehung und Ausbildung der dazu Geeigneten; 2. zweckmäßige Beschäftigung der nicht mehr Bildungsfähigen und für das „freie" Leben nicht Geeigneten; 3. Pflege und Versorgung der gänzlich Unbildungsfähigen. Wenn auch je nach dem Ueberwiegen des einen oder andern Zweigs dieser Tätigkeiten der Charakter der einzelnen Anstalten ein verschiedener ist, so hat sich doch in der Praxis herausgestellt, daß diese drei Arten der Fürsorge zu einer vollständigen Bekämpfung des vorhandenen Notstands vonnöten und aufeinander angewiesen sind. Diese Tatsache erhält in der neuesten Entwicklung der Hilfsschulen zum Teil eine interessante Bestätigung: zu Unterricht und Erziehung (Hilfsschulen) muß notwendig die Arbeitsausbildung treten, die dort nur in beschränktem Maße und in mehr vorbereitender Weise möglich ist (Arbeitslehrkolonien), und die Arbeitslehrstätten wiederum bedürfen als Ergänzung der Institute, die sich der nicht zur wirtschaftlichen Selbständigkeit Gelangten annehmen (Arbeiterkolonien). Sieht man von den eigentlich Blödsinnigen, den Idioten in engerem Sinne, die in der Hauptsache nur eine aufopfernde körperliche Pflege beanspruchen, ab, so wiederholen sich in diesem Entwicklungsgange in großen Zügen die Erfahrungen, welche, mit manchen Verschiedenheiten im einzelnen, von den Idiotenanstalten (Idioten hier im umfassenden Sinne für die Geistesschwachen aller Grade gebraucht) im Laufe der Zeit gesammelt wurden und für ihre Entwicklung und Ausgestaltung bestimmend geworden sind.

Auch die Idiotenanstalten waren zur Zeit ihrer Entstehung etwas ganz Neues und Unerhörtes, und mit viel hingebender Menschenliebe und persönlichen Opfern sind sie ins Leben gerufen worden. Vielen Tausenden sind sie eine Heimat, wo ihnen ein menschenwürdiges Dasein und eine nutzbringende Betätigung ihrer schwachen Kräfte ermöglicht wurde, manchem auch eine Ausbildungsstätte für das „freie" Leben geworden. Somit haben die Anstalten bisher schon einen gewiß nicht unwesentlichen Teil dessen geleistet, was die Hilfsschulen mit den zur Fruchtbarmachung ihrer Resultate geforderten Ergänzungsinstituten erstreben; und auch fernerhin wird in zahlreichen Fällen auf die alten Anstalten mit ihren langjährigen Erfahrungen zurückgegriffen werden müssen. Einen seit langem bestehenden Brennpunkt der Fürsorgebestrebungen zugunsten der Schwachsinnigen haben wir in Deutschland in dem „Verein für Erziehung, Unterricht und Pflege Geistesschwacher", der aus den erwähnten Konferenzen für Idiotenheilpflege hervorgegangen ist und eine große Zahl von Mitgliedern aus Anstalts- und Hilfsschulkreisen zählt. Dieser Verein hat am 13. bis 16. September in Wiesbaden die dreizehnte Konferenz abgehalten, deren Programm gleich den früheren ein reichhaltiges und interessantes war.

---

**Wegweisung eines Betrunkenen als Betriebsunfall!**

er. Ein interessanter Fall beschäftigte das Landesversicherungsamt in Dresden. Der Arbeiter Schmidt war am 13. Juni 1909 im Betrieb des Molkereibesitzers Kabisch in Leipzig-Lindenau mit mehreren Arbeitsgenossen mit dem Abmähen einer Wiese beschäftigt. Da sich ein angetrunkener Mensch vom Wege auf die Wiese begab und dort hinlegte, wies ihn Sch. fort. Der Trunkenbold drang darauf, nachdem er sich zunächst erhoben hatte und schimpfend auf dem Wege neben der Wiese auf und ab gelaufen war, gereizt durch einige ihm zugerufene Schimpfworte, auf Sch. ein, wobei er dessen Sense, die dieser weggeworfen hatte, ergriff. Bei dem darauf entstandenen Ringen geriet Sch., ein 62 Jahre alter Mann, mit der linken Hand in die Sense, wobei ihm die Sehnen und die Pulsader durchschnitten wurden. Die Verletzung war eine außerordentlich schwere; sämtliche Finger sind völlig versteift, auch im Handgelenk besteht nur geringe Beweglichkeit. Nach ärztlicher Ansicht ist bei dem jetzigen Zustande die linke Hand und der linke Arm als völlig unbrauchbar zur Arbeit anzusehen. Die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat den Rentenanspruch des Verletzten zurückgewiesen, weil er keine Befugnis gehabt habe, den Betrunkenen zur Ordnung zu weisen und deshalb kein Betriebsunfall vorliege. In der dagegen eingelegten Berufung machte Kläger geltend, daß der Betrunkene, der inzwischen zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, sich auf dem gemähten Grase herumgewälzt habe. Das Schiedsgericht nahm einen Betriebsunfall an und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Gewährung einer Rente von 66⅔ Prozent. Diese Entscheidung wurde von der Berufsgenossenschaft durch Rekurs angefochten. Die Tätigkeit des Klägers und seiner Mitarbeiter sei durch das Verhalten des Betrunkenen nicht gestört worden, dieser habe sich auf dem bereits gemähten Teil der Wiese aufgehalten, wenn daher der Kläger sich mit ihm in Streit eingelassen habe, so sei das kein Ausfluß seiner Betriebstätigkeit gewesen. Das Landesversicherungsamt hat jedoch den Rekurs verworfen und damit die Verurteilung der Berufsgenossenschaft bestätigt.

---

**Genossen, an die Arbeit!** Während die Stadtverordnetenwahlen in frühern Jahren erst Ende November stattfanden, sollen die Wähler in diesem Jahre schon früher an die Wahlurne gerufen werden. Wie bestimmt verlautet, finden die Wahlen der 3. Abteilung am 27. Oktober statt, während die Wähler der 2. Klasse am 29. Oktober, die der 1. Klasse am 1. November ihr Wahlrecht ausüben sollen. Es gilt, diese Frist in intensivster Weise auszunützen. An die Arbeit!

**Zum Quartalswechsel.** Kein Abonnent der Leipziger Volkszeitung vergesse, sofern er beim Quartalwechsel seine Wohnung verändert, der Expedition seine neue Adresse mitzuteilen. Der heutigen Nummer liegt eine Karte bei, die im Falle der Wohnungsveränderung ausgefüllt an die Expedition zu senden ist.

**Tausend Mark Belohnung.** Das hiesige Polizeiamt macht bekannt: Verschwunden ist seit 15. d. M. aus Graudenz die nervenkranke Frau Rektor Julie Müller, 55 Jahre alt und aus Lautenburg gebürtig. Die Dame hat am 16. d. M. von hier aus Briefe in ihre Heimat gesendet, in denen sie davon spricht, daß sie sich ein Leid anzutun beabsichtige. Die Vermißte ist von mittlerer Größe, hat leicht ergrautes Haar und trug bei ihrer Entfernung schwarzen Strohhut mit halblangem Schleier, grauen Sommermantel, braunwollenes Kostüm und schwarze Chevreauschuhe. Außerdem führte sie eine braune Handtasche mit wertvollen Schmucksachen und Geld bei sich. Auf die Auffindung der Dame, falls sie noch am Leben ist, sind von den Verwandten 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen erbeten von der hiesigen Kriminalpolizei.

**Ein Geschenk an eine Schule.** Herr Dr. med. Meischner hier hat der II. Realschule in L.-Reudnitz seine umfangreiche und wertvolle naturwissenschaftliche Sammlung zum Geschenk gemacht.

**Vom Leipziger Diakonissenhaus.** Dem Geschäftsberichte des Diakonissenhauses zu L.-Lindenau ist folgendes zu entnehmen: Die Zahl der Schwestern ist von 144 auf 151 gestiegen. In der Krankenpflege bildete das Haus 8 Johanniterlehrschwestern und 9 Hilfsschwestern aus, während 22 Johanniter- und 11 Hilfsschwestern zu Wiederholungskursus und Vertretung im Hause einkehrten. Im Berichtsjahre wurden 1880 (im Vorjahre 1296) Kranke an 39696 (38927) Tagen verpflegt und behandelt. Die innere Poliklinik suchten 952 Kranke zu 4376 Konsultationen auf, die chirurgische Klinik 2072 Kranke zu 16052 Konsultationen. Es wurden 615 klinische Operationen vorgenommen.

ha. **Die Opfer der Tollwut.** Verletzungen von Menschen durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere kamen im Jahre 1909 in Preußen ungewöhnlich viele zur amtlichen Anzeige. Deren Zahl, 407, ist die höchste in den letzten 7 Jahren. Sie wurde nur annähernd im Jahre 1907 mit 405 erreicht. Von den Verletzten, bei denen das Geschlecht angegeben ist, waren 262 männlichen und 122 weiblichen Geschlechts. Nach den Monaten kamen die meisten Verletzungen im August mit 51 vor. Ueberhaupt kommen auf die wärmeren Monate April bis September 222 Fälle, auf Januar bis März und Oktober bis Dezember nur 177 Fälle. Die Verletzungen wurden durch 204 Tiere zugefügt. Außerdem zogen sich bei der Pflege tollwutkranker Menschen 19 Personen Verletzungen zu. Von den Tieren waren 190 Hunde, 5 Katzen, 3 Pferde, 4 Rinder, 1 Ochse und 1 Kuh. Von den 406 Verletzten unterzogen sich 374 der Schutzimpfung nach Pasteur. Im ganzen erkrankten und starben 10 Personen an Tollwut, von denen sich 8 der Schutzimpfung unterzogen hatten. Das Ergebnis der Impfung war etwas ungünstiger als in den 6 Jahren vorher. Von 230 geimpften Personen starben 8 oder 3,48 Prozent. Von 22 gebissenen und nicht geimpften Personen starben 2 oder 9,1 Prozent.

**Das Elend der Provisionsreisenden.** Daß den Provisionsreisenden ein trauriges Brot beschert, ist so allgemein bekannt, daß darüber kein Wort zu verlieren wäre. Jedoch eröffnet über dieses Thema manchmal eine Gerichtsverhandlung lehrreiche Ausblicke. So wurde dieser Tage gegen einen Provisionsreisenden verhandelt, der von seinem früheren Chef, dem Inhaber eines Wäscheabzahlungsgeschäfts, Schwarz, des Betrugs bezichtigt war. Er soll durch Vorspiegelung von Aufträgen den Chef veranlaßt haben, ihm einen Vorschuß zu gewähren. Die ganze Angelegenheit hat bereits das Kaufmannsgericht beschäftigt und aus purem „Mitleid" will dort Schwarz dem Reisenden 17 Mk. gewährt haben. Wir haben es in unserer Praxis noch nie erlebt, daß ein verklagter Prinzipal noch Mitleid gegen seinen früheren Angestellten bekundete, wohl aber zeigt sich fast regelmäßig unbezähmbarer Rachedurst, wenn der verklagte Prinzipal sich zur Zahlung verstehen muß. Herr Schwarz aber hatte „Mitleid" mit seinem Angestellten und denunzierte ihn der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs. Vor dem Schöffengericht brach die Anklage jedoch zusammen; der Reisende hatte nichts anderes getan, als was im gewöhnlichen Leben gang und gäbe ist. Er hat Ware an alte Kunden überbracht und durfte annehmen, daß diese die Ware kaufen würden. Der Reisende wurde daher freigesprochen und der „mitleidige" Herr Schwarz mußte abziehen, ohne die Bestrafung des Mannes erreicht zu haben, der sich erdreistet hatte, ihn vor dem Kaufmannsgericht zu verklagen.

---

**Unfälle auf der Straße.** In der Pegauer Straße zu L.-Connewitz stieß gestern ein aus der Stadt kommender Motorwagen der Straßenbahn mit einem Anhängewagen zusammen, als dieser, von einem andern Motorwagen geschoben, in die Simildenstraße einbog, um in das Depot gefahren zu werden. Es entstand ein beträchtlicher Materialschaden. Menschen sind aber nicht verletzt worden.

Gestern nachmittag fiel in der Johannastraße zu L.-Dösen ein von einem Dachdecker geleitetes einspänniges Geschirr beim Umlenken um. Der Dachdecker stürzte von dem Wagen herab, mit ihm aber auch sein dreijähriges Söhnchen, das er mit auf dem Wagen hatte. Das Kind hat bei dem Sturz eine schwere Kopfverletzung erlitten. Es mußte sofort in das Krankenhaus übergeführt werden.

In der Bayrischen Straße fuhr gestern ein Geschirr an ein Leitergerüst, wobei dies beschädigt wurde. Verletzt wurde niemand.

**Selbstmordversuche.** An der Gustav-Adolf-Straße stürzte sich gestern abend ein 51 Jahre alter Lumpensammler in die Elster. Der Mann wurde aber noch lebend aus dem Wasser gezogen und in das Krankenhaus gebracht.

Am Elstersteg im Rosentale sprang gestern abend ein 31 Jahre alter Packer aus L.-Volkmarsdorf in den Fluß. Der Mann arbeitete sich aber selbst wieder aus dem Wasser heraus. Er fand ebenfalls Aufnahme im Krankenhaus. Ein Nervenleiden hatte ihn zu dem Selbstmordversuch getrieben.

**In unsittlicher Weise** betrug sich ein 44 Jahre alter Kellner aus Streuben mehreren Kindern gegenüber. Der wegen solcher Verfehlungen schon vorbestrafte Mensch wurde verhaftet.

**Warnung vor einem Inseratensammler.** Ein Betrüger sammelte für die Leipziger Wohnungsrundschau und den Meßanzeiger Inserate und ließ sich diese bezahlen. Da aber die angekündigten Exemplare der Zeitungen ausblieben, zogen die Geschäftsleute Erkundigungen ein, wobei sie erfuhren, daß die genannten Zeitungen schon vor Monaten eingegangen sind. Der Betrüger ist etwa 30 Jahre alt, von mittler Größe, hat volles, gesundfarbiges Gesicht, rötlichblondes Kopfhaar, ebensolchen kurzgeschnittenen Spitzbart und trägt einen dunkeln Sommerüberzieher und schwarzen steifen Filzhut.

**Ein Erpresser** wurde in der Person eines 20jährigen Chauffeurs aus Dresden dingfest gemacht. Dieser schrieb einem Geschäftsmann, wenn er nicht binnen wenigen Tagen an einer bestimmten Stelle einen Geldbetrag hinterlege, so sei er des Todes sicher. Um zu sehen, welche Wirkung der Erpresserbrief auf den Geschäftsmann ausüben werde, ging er hin zu dem Geschäftsmann und brachte dort einen ähnlichen Brief zum Vorschein, den er selbst erhalten haben will. Der Geschäftsmann hatte aber bereits die Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt und diese stellte sofort fest, daß beide Briefe von einer Hand geschrieben sind; es wurde aber auch der Chauffeur als der Urheber entlarvt und festgenommen.

**Revolverspielerei.** Ein 30jähriger Kernmacher nahm einen geladenen Revolver mit an seine Arbeitsstätte am Dösener Wege, um ihn einen seiner Kollegen zu zeigen. Dabei entlud sich die Waffe und dem Kernmacher ging der Schuß in den linken Zeigefinger. Der Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

**Diebstähle.** Gestohlen wurde auf dem Neumarkte von einem Rollgeschirr ein H R 20752 gezeichneter Ballen Leinwand.

In der Abfahrtshalle des Dresdner Bahnhofs ist ein Paket mit brauner Packpapierumhüllung abhanden gekommen. Der Eigentümer hatte außer zwei Paar Hosen und zwei Paar Strümpfen unbegreiflicherweise auch einen grauen Geldbeutel mit 800 Mk. baren Geldes, bestehend aus 200 Mk. in Gold und 600 Mk. in Silbermünze, in diesem Paket untergebracht. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Pakets waren bisher ohne Erfolg.

**Verhaftungen.** In der Burgstraße stahl ein 20 Jahre alter Barbier aus Teplitz einem Eilboten das Fahrrad und verkaufte es. Jetzt wurde der Dieb verhaftet.

Beim Plündern eines Schokoladenautomaten wurde ein 15jähriger Klempnerlehrling ertappt und festgenommen. Der Bursche hatte statt der Zehnpfennigstücke Messingscheiben verwendet.

Aufgegriffen und in Haft genommen wurde hier ein 24 Jahre alter Schlosser aus Böhlitz-Ehrenberg, der eine ihm wegen gefährlicher Körperverletzung auferlegte Strafe zu verbüßen hat.

Wegen der Unterschlagung von 880 Mark zum Nachteil eines auswärtigen Kaufmanns wurde ein 30jähriger Handelsmann festgenommen.

Eine 17jährige Arbeiterin aus Leutzsch wurde zur Verantwortung gezogen, weil sie aus einer Wohnung der Schletterstraße einen goldenen Ring gestohlen hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Konsumverein für Zwenkau u. Umgeg.

**eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.**

6 Verkaufsstellen.
Spezialgeschäft für Schnitt-, Manufaktur- und Schuhwaren.
Bäckerei.
Lager für Haushaltkohlen, Pressteine und Grudekoks.
Sparkasse: Einlagen werden m. 4% verzinst.
Sterbegelderfonds: Anspruch ohne jeden Beitrag.
Dispositionsfonds zur Unterstützung armer und kranker Mitglieder.

Jeder Mann kann Mitglied werden.

Schuhwaren **Grosse Haltbarkeit** — Schuhwaren **Zivile Preise**

## Schuhcrême

gute Terpentinware, in schwarz, gelb und rot, **bestes Schuhputzmittel**

| Inhalt: | 46 g (schwarz) | 58 g (schwarz) | 62 g (farbig) |
|---|---|---|---|
| Preis: | 10 Pfg. | 15 Pfg. | 15 Pfg. |

**Glanzbürsten — Auftragbürsten — Schmutzbürsten**
**Crême-Glanzbürsten — Crême-Auftragbürsten**

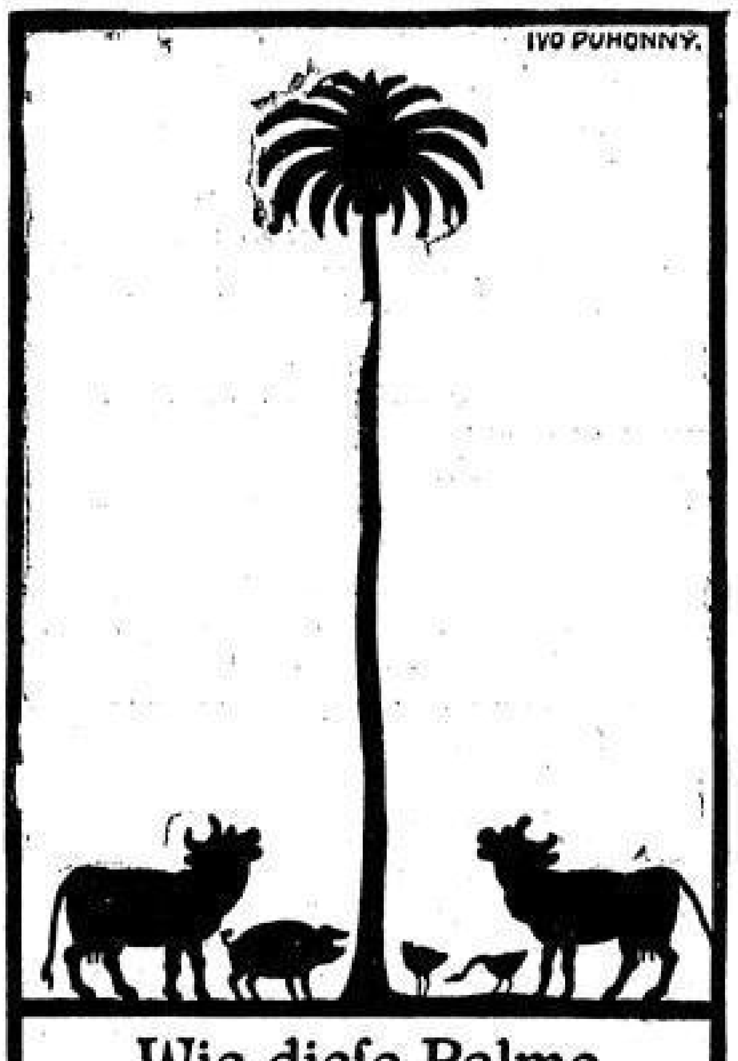
Schuhwaren **Moderne Fassons** — Schuhwaren **Gute Passform**

1414 Mitglieder.
Letzter Jahresumsatz: 620730.05 ℳ
Reingewinn: 63603.21 ℳ
Reservefonds: 10770.60 ℳ
Dispositionsfonds: 20779.02 ℳ
Sterbegelderfonds: 8625.21 ℳ
Geschäftsguthaben der Mitglieder: 44646.41 ℳ
Haftsumme der Mitglieder: 56560.— ℳ
Bar angelegte Gelder: 78746.11 ℳ
Bisher ausgezahlte Dividende: 412947.68 ℳ
Bisher gezahlte Steuern: 27763.03 ℳ

Jede Frau kann Mitglied werden.

Die Jahresberichte über das zurückgelegte 16. Geschäftsjahr können vom 15. September ab im Kontor und in sämtlichen Geschäftsstellen in Empfang genommen werden. [16908*

Die Auszahlung des Guthabens der am 30. Juni c. ausgeschiedenen Mitglieder erfolgt am 27. September im Kontor.



## Wie diese Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überragt, so überragen die Pflanzenfette Palmin und Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen.
**Palmin** zum Kochen, Braten und Backen.
Palmona als Brotaufstrich.


## Theatervorstellungen.

### Neues Theater.

Dienstag, den 20. September: 252. Abonnements-Vorstellung (4. Serie, braun): Der Ring des Nibelungen. II.

**Die Walküre.**

Erster Tag aus der Trilogie. In 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Regie: Dr. Loewenfeld.
Musikalische Leitung: Kapellmeister Pollak.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Siegmund | Hr. Urlus | Gerhilde | Walküren | Frl. Bartsch |
| Hunding | Hr. Rapp | Ortlinde | | Frl. Merrem |
| Wotan | Hr. Soomer | Waltraute | | Frl. Urbaczek |
| Sieglinde | Frl. Marx | Schwertleite | | Frl. Schilger |
| Brünnhilde | Fr. Rüsche-Endorf | Helmwige | | Frl. Eichholz |
| Fricka | Frl. Urbaczek | Siegrune | | Frl. Färber |
| | | Grimgerde | | Frl. Stadtegger |
| | | Roßweiße | | Frl. Marbach |

Schauplatz der Handlungen: 1. Aufzug: Das Innere der Wohnung Hundings. — 2. Aufzug: Wildes Felsengebirg. — 3. Aufzug: Auf dem Gipfel eines Felsenberges (des Brünnhildensteines).

Die Vorstellung wird durch eine Trompetenfanfare eingeleitet.
Pausen nach dem 1. und 2. Aufzuge.
Einlaß 6 Uhr. Anfang ¾7 Uhr. Ende nach ¾11 Uhr. **Opern-Preise.**
Spielplan: Mittwoch: Zum ersten Male wiederholt: Don Juans letztes Abenteuer. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Dienstag, den 20. September, abends ½8 Uhr:

**Nanon, die Wirtin vom Goldenen Lamm.**

Komische Operette in 3 Akten; frei nach dem Lustspiel des Théaulon und d'Artois von F. Zell. Musik von Richard Genée.
Neu in Szene gesetzt von Oberregisseur Karl.
Musikalische Leitung: Kapellmeister Findeisen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| König Ludwig XIV. von Frankreich | Hr. Wedlich | Frau v. Fulbert, Fräul. v. Armenoville (Stiftsdamen) | Frl. Henning, Frl. Daniel |
| Frau von Maintenon | Frl. Dallborf | Abbé la Plâtre | Hr. Plöhn |
| Marquis d'Aubigné, ihr Neffe | Hr. Heine | Gaston, Ninons Page | Frl. Paulin |
| Ninon de L'Enclos | Frl. Bischur | Pierre (Nanons Verwandte) | Hr. Diehmann |
| Frau v. Frontenac (Ninons Freundinnen) | Frl. Weißbach | Bertrand | Hr. Todt |
| Gräfin Houlières (Ninons Freundinnen) | Frl. Bernhard | Mathieu | Hr. Rohwold |
| Marquis v. Marsillac, Intendant der kgl. Schauspiele | Hr. Habik | Muhme Lisette | Frl. Weinrich |
| Hektor, Vicomte von Marsillac, s. Neffe | Hr. Claus | Tante Therese | Frl. Prag |
| Nanon Patin, Wirtin vom Goldenen Lamm | Frl. Seubert | Marion | Frl. Meyer |
| Bombardini, Tambourmajor | Hr. Cornel | Pétrole, Ninons Diener | Hr. Helsegger |
| | | Baptiste, Diener bei Frau v. Maintenon | Hr. Renner |
| | | Jaqueline, Kellnerin bei Nanon | Frl. Humm |
| | | Ein Kommissär | Hr. Schröder |
| | | Ein Sergeant des Regts. „Languedoc" | Hr. Hermann |

Nachbarn und Freunde der Nanon, Festgäste, Offiziere, Herren und Damen vom Hof, Trommler und Pfeifer, Soldaten, Bürger und Bürgerinnen.
Die Handlung spielt bei und in Paris ums Jahr 1685, und zwar der erste Akt in Nanons Wirtshaus, der zweite bei Ninon de L'Enclos, der dritte bei Frau von Maintenon.
Im 2. Akt: Menuett der Camargo, einstudiert von der Ballettmeisterin Frl. Grondona, ausgeführt von Frls. Irmler, Schäffer, Eulenberg und Damen des Corps de Ballet.
Pausen nach dem 1. und 2. Akt.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen ¼11 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**
Spielplan: Mittwoch: Der Zigeunerbaron. Anfang ½8 Uhr.

## Theatervorstellungen.

### Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

**Leipziger Schauspielhaus.**
Sophienstraße 19.
Dienstag, den 20. September, abends 7½ Uhr:
Vorstellung zu halben Preisen.

**Im Luxuszug.**

Lustspiel in 4 Aufzügen von Abel Hermant. Deutsch von Herman Saubek.
In Szene gesetzt vom Oberregisseur Ernst Bornstedt.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Die Infantin Elvira | Gertrud Richter als Gast | Prinzessin Hedwig | Lore Busch |
| Präsident Don Luis Arequipa | Alfred Wöhel | Marquis de la Huerta de Valencia | Herm. Wolfram |
| Dona Hortensia Arequipa | Amalie Cramer | Ernst | Willi Braune |
| Manuel Arequipa | Franz v. Helmolt | Domingo | Erich Rabenlos |
| Großfürst Nikita | Reinhold Walqus | Wanda | Tilli Wöhel |
| Prinzessin Mimi | Charl. v. Schultz | Ein Portier | Herm. Schröder |
| | | Maître d'Hôtel | Karl Wolfram |

Das Stück spielt in Paris in der Gegenwart.
Nach jedem Akte 10 Minuten Pause.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
**Halbe Preise.** (Inkl. Garderobe.)
Spielplan: Mittwoch: Hasemanns Töchter. Anfang 7½ Uhr.

### Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.
Dienstag, den 20. September, abends 8 Uhr:
Gastspiel Anton Franck vom Thaliatheater in Hamburg.

**Reiche Mädchen.**

Operette in 3 Akten von Felix Salten. Musik von Johann Strauß.
Leiter der Aufführung: Anton Franck. Musikalischer Leiter: Willi Wolf.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Michael Karinger | * * * | Ritter von Schanz | Hans Holthaus |
| Frau Karinger | Mary Sigl | Marquis de las Puntos-Carenas | Gustav Bertram |
| Marie (ihre Kinder) | Marg. Röhner | Gräfin Ramsakow | Fanni Raben |
| Fanni (ihre Kinder) | Therese Wiel | Betti, Köchin bei Karinger | Betti Holthaus |
| Stephan Falkenberg | Walter Grabe | Ein Diener | Joseph v. Ecker |
| Baron Drenningen | Artur Eisdorff | | |
| Herr von Maher | Camillo Klemm | | |

Die Operette spielt in der Gegenwart in Wien; der 1. und 2. Akt im Hause Karingers, der 3. Akt in Weidling am Bach.
*** Michael Karinger . . . Anton Franck a. G.
Pausen nach dem 1. und 2. Akt.
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
**Gewöhnliche Preise.** (Inkl. Garderobe.)
Spielplan: Mittwoch nachmittags 3 Uhr: Zrinih (Vorstellung für die Schulen Leipzig-Stadt). Abends 8 Uhr: Reiche Mädchen.


**Krystall-Palast-Theater**
Kurzes Gastspiel von: **Olga Desmond.**
Ferner: **Das phänomenale September-Programm.**
Anfang 8 Uhr. Erhöhte Preise. Auf Dutzendkarten 15 Pfg. Zuschlag.

**Zur Post** Lindenau Demmeringst. 38
Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gr. Gesellschaftszimmer mit Piano * noch einige Tage frei. [3913
ff. Biere.
Jed. Sonnabend: Schweinsknochen. Achtungsvoll **Oswin Eisold.**
Morgen Mittwoch und Donnerstag zum Jahrmarkt
**Großes humoristisches Konzert.**
Für ff. Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Es ladet freundlichst ein [17619] **D. O.**

**Gambrinus** L.-Lindenau Odermannstrasse 12.
Mittwoch, den 21., und Donnerstag, den 22. September
17620] zum Jahrmarkt
**Grosses humoristisches Konzert.**
Es laden freundlichst ein **Chr. Wawrzinek u. Frau.**

**Augustenburg** L.-Lindenau Burgauenstr. 1.
Mittwoch und Donnerstag zum Jahrmarkt
**Großes Mandolinen-Konzert**
ausgeführt von **Geschwister Feller.** [17611
Ergebenst ladet ein **Robert Ulbricht.**

**GrünerBaum** L.-Lindenau Dreilindenstrasse 13.
Morgen Mittwoch und Donnerstag
**Großer Jahrmarkts-Rummel.**
Aufmerksame Bedienung. [17612
Es laden ergebenst ein **Hermann Böttcher u. Frau.**

**Gewerbehaus** Lindenau Henricistr. 7.
Morgen Mittwoch und Donnerstag zum **Jahrmarkt**
**Grosse Varieté-Vorstellung.**
Für ff. Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Es ladet ergebenst ein [17617] **Gustav Kirst.**

Septbr. 1910 **Battenberg.** Septbr. 1910
**The Wolteers Comp.**
mit ihrer Pantomime:
**„Ein verunglückter Umzug."**
**5 Heraldos 5** Schleuderbrett-Akrobaten.
**Simms und Simms** „Du bist nicht böse, was?"
**Bent und Gerda** Schwedische Comical-Typen.
**Morton u. Elliott** Harmonika- u. Papiermanipulatoren.
**Kartelli** Equilibrist auf Drahtseil.
**Battenberg-Theater**
Heute: Abends 8¼ Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.** Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Morgen: Abends 8¼ Uhr: **Graf Essex.** Trauerspiel in 5 Akten von H. Laube.
Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein,** Markt 16 und **Paul Pflügner,** neben Battenberg.

**Marktschlösschen** Lindenau am Markt.
Halte meine freundlichen Lokalitäten mit Frühstücksstube während des **Lindenauer Jahrmarkts** bestens empfohlen.
17618] Hochachtungsvoll **Klaus Stelling.**

**Café Tannhäuser** Lindenau Lützner Str. 19.
Morgen Mittwoch und Donnerstag zum Jahrmarkt
**Varieté-Vorstellung.** Franz Kettner und Frau.

**Restaurant Schneider**
*Nikolaistr. 47/51. Inh. Rich. Schneider.*
*Täglich Spezialgerichte.* [2600*
*Guter bürgerlicher Mittagstisch von 12–3 Uhr.*

**Löwenbräu-Hof.** Spezial-Ausschank Brühl 69
Hell und dunkel ³/₁₀ à 13 Pfg.
Gute bürgerl. Küche **A. Thieme.**

**Weisse Taube**
**Restaurant und Café,** Brüderstr. 8
Empfehle meine Lokalitäten. — ff. Speisen und Getränke. Ergebenst **Franz Richter.** [*

**Zur Schmiede** Sidonienstr. 33.
Guter Mittagstisch,
kalte Speisen, ff. Biere, Freitags Schlachtfest, Sonnabends Schweinsknochen u. Speckkuchen. Hochachtungsv. R. Herold

**Bade- und Schwimm-Anstalten.**
**Königin Carola-Bad.** Fango-Behandlung, Dampf-, Wannen-, elektr. Licht-, Kohlensäure- u. Kur-Bäder. Schwimm-Bassin. Jeden Dienstag: **Volkstag.** Eintritt 20 ₰.
**Diana-Bad** Dampf-, Wannen-, Kur-Bäder **Schwimm-Halle**
**Lange Str. 8** Schwimm-Unterricht.
Dienstags Schwimmbad 20 ₰, Freitags nachm. f. Kinder 15 ₰.

**Geschäfts-Eröffnung :: Zschochersche Str. 28**
Dem geehrten Publikum von **Plagwitz und Lindenau** zur Kenntnisnahme, dass ich am heutigen Tage ein **modernes Spezial-Putz-Geschäft** eröffne. Es wird jederzeit mein eifrigstes Bestreben sein, der geehrten Kundschaft nur gediegene billige Modelle sowie Hüte der Saison entsprechend stets auf Lager zu halten.
Mit vorzüglicher Hochachtung
**Amalie Rublof, Spezial-Putzgeschäft.**

**Lindenauer Möbelhallen.**
**Eduard Walther,** Merseburger Str. 48.
**Anerkannt billigste Bezugsquelle für solide Möbel.**
**Günstige Zahlungsbedingungen.** [*

**Leipziger Buchdruckerei A. G.**
Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Str. 19/21 LEIPZIG Tauchaer Str. 19/21
Soeben neu erschienen:
::: **Der Kampf der Arbeiter** :::
Sieben Aufsätze aus der Leipziger Volkszeitung
von Ant. Pannekoek.
Zweite Auflage. — Preis **20** Pfg.


## Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 19. September 1910

**a) Auftrieb:**

602 **Rinder** u. zwar 216 Ochsen, 41 Kalben, 230 Kühe, 115 Bullen;
263 **Kälber;**
694 **Stück Schafvieh;**
2140 **Schweine;**
3699 **Tiere.**

**b) Marktpreise für 50 kg in Mark:**

| Tiergattung | Bezeichnung | Lebend-Gewicht | Schlacht-Gewicht |
|---|---|---|---|
| Ochsen | 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren | — | 92 |
| | 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete | — | 87 |
| | 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere | — | 75 |
| | 4. gering genährte jeden Alters | — | 65 |
| Kalben und Kühe | 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes | — | 90 |
| | 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren | — | 86 |
| | 3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben | — | 75 |
| | 4. mäßig genährte Kühe und Kalben | — | 65 |
| | 5. gering genährte Kühe und Kalben | — | 60 |
| Bullen | 1. vollfleischige höchsten Schlachtwerts | — | 82 |
| | 2. mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere | — | 77 |
| | 3. gering genährte | — | 73 |
| Kälber | 1. feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber | 65 | — |
| | 2. mittlere Mast- und gute Saugkälber | 60 | — |
| | 3. geringe Saugkälber | 50 | — |
| | 4. ältere gering genährte (Fresser) | — | — |
| Schafe | 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel | 45 | — |
| | 2. ältere Masthammel | 42 | — |
| | 3. mäßig genährt. Hammel u. Schafe (Merzschafe) | 35 | — |
| Schweine | 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren | — | 69 |
| | 2. fleischige | — | 66 |
| | 3. gering entwickelte | — | 63 |
| | 4. Sauen und Eber | — | 60 |

**c) Verkauft:** **d) Geschäftsgang:**

560 **Rinder** und zwar 188 Ochsen, 40 Kalben, 218 Kühe, 114 Bullen . . . mittelmäßig
262 **Kälber** . . . mittelmäßig
537 **Schafe** . . . mittelmäßig
2112 **Schweine** . . . mittelmäßig


SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Sozialdemokratischer Parteitag zu Magdeburg.

C. B. Magdeburg, 19. September.

Zum badischen Disziplinbruch unterbreiten Parteivorstand und Kontrollkommission dem Parteitag die folgende

**Resolution:**

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrecht erhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unsern sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

---

Zur Wahlrechtsfrage schlagen dieselben Körperschaften vor:

Der in Deutschland herrschende, scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus wurzelt in den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.

Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten.

Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in andern Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen.

---

## Erster Verhandlungstag.

### Vormittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und verliest zunächst die eingelaufenen Begrüßungstelegramme und Begrüßungsschreiben. Die französische sozialistische Partei bedauert lebhaft, sich nicht vertreten lassen zu können. Weitere Begrüßungen sind u. a. eingelaufen von den jungen Turnern von Feldberg, vom Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Paris, von den Kollektorbauern der Bergmannschen Elektrizitätswerke in Berlin, von den Konferenzdelegierten des schwarzen Herzogtums Braunschweig, von einer von 20 000 Teilnehmern besuchten Wahlrechtskundgebung in Amsterdam. (Lebh. Beifall.) Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter ausländischer Bruderparteien; zunächst den alten Vorkämpfer J. Vahlteich, der in Vertretung der Sozialdemokratie Nordamerikas erschienen ist. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs vertritt an Stelle des Genossen Seliger Genosse Schrammel. Genosse Ludwig Bretschneider-Wien vertritt die niederösterreichische Landesorganisation, Löwegreen-Malmö die schwedische Partei, Genosse Wiik die finnische Organisation. Unser alter Genosse Löwenstein-Nürnberg mußte leider infolge heftiger Erkrankung wieder abreisen.

Schrammhel-Oesterreich überbringt die herzlichsten Grüße der deutsch-österreichischen Partei und des deutschen Klubs der österreichischen Reichsratsfraktion. Eine Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie, hinter der Millionen von klassenbewußten Arbeitern stehen, eine Partei, die über eine so ausgezeichnete Presse und über ein solches Heer von begeisterten Vertrauensmännern verfügt, eine solche Partei wird und muß trotz aller unerhörten Gewalttätigkeit der herrschenden Klassen siegen. (Lebhafter Beifall.)

Schmeral-Prag: Die große deutsche Partei ist seit Jahren ein Vorbild, eine Hochschule für die tschechischen Sozialdemokratie. Aus Ihrem Kampfe schöpfen wir Begeisterung und Zuversicht für den Erfolg unsrer eigenen Arbeit. 99 von 100 tschechischen Arbeitern werden auf die Frage, welche große Persönlichkeit ihnen am teuersten und liebsten ist, begeistert antworten: August Bebel. (Stürmischer Beifall.) Ich sage das, um den Geist zu kennzeichnen, der die tschechische sozialdemokratische Arbeiterbewegung beseelt. In Oesterreich mit seinen vielen Nationen erwachsen einer sozialdemokratischen Partei große Schwierigkeiten. In einer Nation wie die tschechische, die nach Jahrhunderten der Unterdrückung noch jetzt für manche Lebensbedürfnisse kämpfen muß, entstehen für die Sozialdemokratie gewaltige Gefahren, namentlich die Gefahr des nationalen Chauvinismus. Es ist eine der ersten Pflichten einer sozialdemokratischen Partei, den nationalen Chauvinismus, den sogenannten nationalen Radikalismus innerhalb der eigenen Nation aufs leidenschaftlichste zu bekämpfen. Die tschechische Sozialdemokratie ist eine proletarische Partei, eine Klassenpartei, eine internationale Arbeiterpartei, und eine internationale Partei will sie auch immer bleiben. Nichts ist uns schmerzlicher, als wenn unsre guten Absichten und unsre prinzipielle sozialdemokratische Verläßlichkeit in Zweifel gezogen werden könnten. Die verschiedenen Richtungen in unserm Parteileben sind nur aus einer verschiedenen Beurteilung der praktischen Bedürfnisse, nicht aus dem Geiste des nationalen Chauvinismus entstanden. Bei gutem Willen, an dem es nicht fehlen wird, werden die bestehenden Schwierigkeiten in naher Zeit wieder ausgeglichen werden, dafür bürgt die proletarische Struktur unsrer Partei und die ganze Vergangenheit der tschechischen Arbeiterbewegung. Verzeihen Sie, daß ich diese Gelegenheit benutzte, diese Erklärung abzugeben. Im Namen der tschechischen Partei wünsche ich Ihren Beratungen besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Stauning-Kopenhagen: In unserm kleinen Lande verfolgen wir mit großem Interesse jede Bewegung der deutschen Bruderpartei. Mit wachsender Freude haben wir den guten Fortgang der deutschen Arbeiterorganisationen, die immer steigende Stimmenzahl bei den Wahlen und den wachsenden Einfluß unsrer deutschen Parteigenossen bemerkt. Wir freuen uns über jeden Fortschritt unsrer Ideen, und wir sind stolz darauf, daß wir vor 27 Jahren, zur Zeit des Sozialistengesetzes, Eurem Parteitage Obdach in Kopenhagen geben konnten. (Bravo!) Der große internationale Kongreß in Kopenhagen hat gezeigt, daß es nirgend mehr möglich ist, den Sozialismus auszuschließen. Indem ich Euch allen die Grüße meiner Partei überbringe, wünsche ich Euch Glück zu Eurer Arbeit auf diesem Parteitage. (Lebhafter Beifall.)

Loopuit-Amsterdam überbringt die Grüße der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Niederlande werden seit einigen Jahren verwaltet durch eine Sippe sich Christen nennender Reaktionäre, deren politische Gegner freilich, die Liberalen, um kein Haar besser sind. (Zustimmung.) Der holländische Regierungsblock ist schwarz und alles ist schwarz in Holland. Auch wir kämpfen seit Jahren um das allgemeine Wahlrecht und sind dabei angewiesen auf unsre eigenen proletarischen Kräfte. Gestern hat in Amsterdam eine Massenversammlung von 20 000 Arbeitern für das allgemeine Wahlrecht demonstriert. (Lebhafter Beifall.) Auf dem Meeting gestern sprach man viel von deutschen Kaiserworten. Der deutsche Kaiser hat ja auch einmal gesagt: Deutschland in der Welt voran. Nun, die deutsche Sozialdemokratie geht dem Weltproletariat voran. Die politische und gewerkschaftliche Organisation, die prinzipienfeste Politik und Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist für uns vorbildlich. (Sehr gut!) Auf diesem Kongreß sind folgenschwere Entscheidungen zu treffen. Aber die deutsche Sozialdemokratie ist kräftig, ruhig und gefestigt genug, um die schwersten Entscheidungen zu treffen, ohne daß dabei die proletarische Einigkeit gefährdet wird. In unserm Klassenkampf gibt es kein Rückwärts mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. (Sehr gut!) Mehr als je sind wir auf die internationale Zusammenarbeit des Proletariats aller Länder angewiesen; es lebe die deutsche Sozialdemokratie! (Lebhaftes Bravo!)

Keir Hardie, mit lebhaftem Beifall begrüßt, überbringt in englischer Sprache die Grüße der Labour Party. Redner, dessen Ausführungen Ledebour übersetzt, sagt: Die Labour Party ist eine proletarische Bewegung, an der Sozialisten und Gewerkschaftler teilnehmen. Sie zählt gegenwärtig 1½ Millionen Mitglieder und hat 40 Abgeordnete im englischen Unterhause. Ich komme mir hier gewissermaßen vor wie der jüngere Sohn einer großen Familie, denn die englische sozialistische Bewegung steht zu der deutschen etwa im Verhältnis des Sohnes zum Vater. Alle großen Namen des Sozialismus sind deutsch: Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht, Bebel. Ich komme hierher, um dafür zu wirken, daß noch engere brüderlichere Beziehungen zwischen den englischen und den deutschen Sozialisten sich entwickeln. (Bravo!) Das ist besonders notwendig in dieser Zeit, wo auf beiden Seiten des Kanals die Kriegshetzer an der Arbeit sind. Wir beabsichtigen, demnächst eine Delegation nach Deutschland zu schicken, um den Friedenswunsch der englischen Arbeiter in Deutschland zu verkünden, und wir hoffen, daß bald auch von der deutschen Sozialdemokratie eine Delegation mit gleicher Absicht England besuchen wird. Die Labour Party hat sich immer jeder Vermehrung der Seerüstungen widersetzt, sie ist eifrig für die Abschaffung des Seebeuterechts, dieser legalisierten Seeräuberei, eingetreten. Wir arbeiten für die Verminderung der Rüstungen mit dem Endziel ihrer völligen Beseitigung. Die englischen und die deutschen Arbeiterorganisationen bilden zusammen schon eine Macht, die vereint imstande ist, alle Dreadnoughts der Welt lahmzulegen. (Bravo!) In England sucht die wachsende Feindschaft der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterbewegung die Labour Party mit Hilfe der Gerichte lahmzulegen, nachdem der Versuch der Lahmlegung der Gewerkschaften durch Gerichtsurteile mißlungen ist. Aber auch der Anschlag gegen die Partei wird scheitern, und kann nur die Wirkung haben, daß der Geist der Rebellion in den Arbeitermassen Englands geweckt wird. Verlaßt Euch darauf, bevor noch ein Jahr vergangen ist, werden die Kämpfe bei uns sich so entwickelt haben, daß die Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung im Gefängnis sein werden; daß überall Streiks emporlodern und daß der Geist des Sozialismus sich weiter und weiter entwickelt. (Lebhafter Beifall.)

Vahlteich-Nordamerika (mit lebhaftem Beifall empfangen): Die Beteiligung Auswärtiger an den nationalen Parteikongressen ist in der Hauptsache eine Form, wenn auch eine schöne Form. Das wichtigste ist und bleibt, daß der brüderliche Geist in uns lebt, und daß wir ihn betätigen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir in Amerika haben Euch zurzeit des Gesetzes gegen die gemeinnützigen Bestrebungen der Sozialdemokratie stets geholfen. (Zurufe: Gemeingefährlichen! Heiterkeit.) Ich weiß ganz genau, was ich sage! Ich denke genügend unterrichtet zu sein über dieses Ausnahmegesetz, um mich nicht zu irren. (Sehr richtig!) Wir hatten damals Gelegenheit, Euch zu helfen, und Ihr habt dazu jetzt Gelegenheit gehabt und habt sie ergriffen. Dafür danke ich im Namen unsrer amerikanischen Genossen. Bei den zwanzig bis dreißig Sprachen, mit denen wir zu rechnen haben, ist es in Amerika schwerer als in Deutschland, in kurzer Zeit eine große Bewegung ins Leben zu rufen. Wir marschieren zu langsam für unsre Wünsche, aber es geht doch vorwärts. Allgemach schwinden die Vorurteile, die heute noch die große Masse des Volkes dort drüben beherrschen. Man ist zurückgekommen von dem Irrtum, die Bewegung zu einer englisch redenden zu machen, und man hat den sprachlichen Gruppen eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt. Dadurch kommt das deutsche Element mehr zur Geltung als in den letzten Jahrzehnten. Die Zeiten sind vorüber, in denen selbst ein Mann wie Karl Schurz von den amerikanischen Arbeitern sagen konnte, daß jeder die Anwartschaft habe, Millionär zu sein. Jetzt wird auch in der bürgerlichen Welt der Sozialismus nicht mehr als eine fremde Pflanze betrachtet, jetzt sind Zeitungen und Revuen erfüllt von Besprechungen sozialistischer Ideen und Probleme. Es wird der Tag kommen, wo auch Nordamerika eine bedeutende Rolle in der internationalen sozialistischen Bewegung spielen wird. Vorläufig aber bedürfen wir noch des Anschauungsunterrichts, den die deutschen Genossen uns erteilen. Unser sehnlichster Wunsch ist, daß der Parteitag die Einheit unsrer großen deutschen Partei unangetastet lasse. In diesem Sinne grüße ich Euch im Namen der nordamerikanischen Genossen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Damit sind die Ansprachen beendet.

### Der Geschäftsbericht des Vorstandes.

Pfannkuch-Berlin erstattet den Geschäftsbericht. Redner verweist zunächst auf den gedruckten Vorstandsbericht. In der Presse ist verschiedentlich die Behandlung der Anträge der Parteigenossen zum Parteitage bemängelt worden. Es ist aber völlig unzutreffend, wenn behauptet wird, daß die Ueberweisung der Anträge an den Parteivorstand eine Art vornehmes Begräbnis dieser Anträge bedeute. Diese Anträge werden vielmehr sehr eingehend in den Vorstandssitzungen behandelt. Geeignete Anregungen werden auch in die Praxis umgesetzt. Zum Beweise führe ich an, daß die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages zu setzen ist. Dagegen hat der Antrag, auch die Steuerpolitik auf diesem Parteitage zu behandeln, die Zustimmung der zuständigen Instanzen nicht gefunden, weil in diesem und dem nächsten Jahre dringendere Aufgaben zu erledigen sind. Inzwischen ist ja auch ein Handbuch über die Reichsfinanzreform erschienen. Auf der Tagesordnung eines Parteitages nach den Wahlen kann ja dann die Steuerfrage gründlich erörtert werden. Von der augenblicklichen Unzweckmäßigkeit, ein Abendblatt des Vorwärts erscheinen zu lassen, haben sich inzwischen auch die Antragsteller überzeugt. Den Antrag auf Herausgabe eines Adressenverzeichnisses sehen wir durch die jetzt herausgegebenen Materialien als erledigt an. Die Forderung einer eigenen literarischen Abteilung beim Parteivorstand wird eingehend erwogen. Zunächst wird im Rheinland ein solches Bureau errichtet werden, und zwar voraussichtlich in allernächster Zeit. Den Anträgen auf gründliche Vorbereitung der Reichsversicherungsordnung ist eingehend Rechnung getragen worden. Sachverständige aus allen Teilen des Reiches sind nach Berlin berufen worden. Die Anregungen der Sachverständigen sind nachher von dem engeren Ausschuß in Verbindung mit der Reichstagsfraktion durchgearbeitet worden, und es ist hier ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden. Ich wiederhole hier die Anerkennung, die im schriftlichen Bericht der Tätigkeit dieser Genossen ausgesprochen worden ist.

Der vom Leipziger Parteitag beschlossene Schnapsboykott ist den Schnapsbrennern außerordentlich unangenehm geworden. Zu unsrer großen Freude ist eine weitgehende Einschränkung des Schnapskonsums die Folge des Beschlusses gewesen. Aber gegenüber weitergehenden Anträgen der abstinenten Parteigenossen haben wir uns ablehnend verhalten. Wir können aus der Abstinenzfrage keine Parteifrage machen, wenn wir sie auch selbstredend als eine hochwichtige Erziehungsfrage betrachten. Wenn schließlich auf dem Wege der Aufklärung völlige Abstinenz erreicht wird, so wird die Parteileitung das jedenfalls mit großer Freude begrüßen.

Von den 397 Reichstagswahlkreisen stehen fast alle mit der Parteileitung im innigen Konnex. Nur in zwei Kreisen sind organisatorische Beziehungen nicht vorhanden. Wir haben gegenwärtig 720 000 eingeschriebene Mitglieder in sozialdemokratischen Wahlvereinen. Das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 87 000, woran die weiblichen Mitglieder mit 20 000 beteiligt sind. Prozentual steht oben an der dritte Hamburger Wahlkreis, wo 38,29 Prozent der sozialdemokratischen Wähler organisiert sind. Viel ist erreicht worden, aber viel zu tun bleibt noch übrig. Im Elsaß sind nur 4,34 Prozent unsrer Wähler organisiert. Unsre Partei muß die Organisation so ausbauen, daß sie die absolute Mehrheit der Wähler in der Mehrheit der Wahlkreise besitzt. (Sehr richtig!) Dann erst ist die Organisation unüberwindlich. Mit stolzer Hoffnung für die Zukunft erfüllt uns der Fortschritt unsrer Jugendorganisation. Wir haben bereits in 360 Orten Jugendausschüsse, in 314 Orten Bildungsausschüsse und in 100 Kinderschutzkommissionen, die alle die Erziehung der Jugend zu tüchtigen Sozialdemokraten bezwecken. In umfangreichem Maße werden Konferenzen abgehalten, um die Agitation planmäßig zu betreiben. Zu den Konferenzen der Geschäftsleitungen unsrer Druckereien werden in Zukunft auch die in den Offizinen beschäftigten Arbeiter hinzugezogen. Die Frage der Einberufung einer Frauenkonferenz haben wir eingehend beraten, wir kamen aber zu der einmütigen Auffassung, daß sich eine Vertagung auf später empfehle. Auch über den Ausbau der Jugendbewegung und über die Ausdehnung der Organisation der Wald- und Landarbeiter auf die Binnenschiffer wurde volles Einverständnis erzielt. Flugblätter an die Eltern der proletarischen Jugend wurden 500 000 verbreitet, ein Liederbuch in 30 000 Exemplaren. In wie überwiegendem Maße die sozialdemokratische Partei der Träger des öffentlichen politischen Lebens in Deutschland ist, beweist die Tatsache, daß 20 826 Mitgliederversammlungen und 13 814 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. (Hört, hört!) Verbreitet wurden 23 162 000 Flugblätter und 2 544 000 Broschüren und Agitationskalender. Da kann man sich nicht wundern, daß der Reichsverband in die Wolle gerät, weil seine Schundliteratur längst nicht mehr die Verbreitung findet wie unsre Aufklärungsliteratur. Der Reichsverband klagt darüber, daß manchmal die mit dem Austragen seiner Flugblätter beauftragten Personen Sozialdemokraten sind, die die Arbeit nicht in seinem Sinne verrichten (Heiterkeit), und er führt darauf seine geringen Erfolge zurück. Beherrscht wurde die Agitation im verflossenen Jahre durch Veranstaltungen gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung, durch die Wahlrechtsbewegung und durch die Wahlbeteiligung bei den Nachwahlen zum Reichstage und bei den Landtagswahlen in Meiningen, Baden, Sachsen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Sachsen-Altenburg, Weimar und Württemberg. Ueberall war ein siegreicher Vormarsch der Partei zu verzeichnen. In Baden gewannen wir 20 Sitze, davon die Hälfte in der Stichwahl durch das Wahlbündnis mit den Liberalen. In Sachsen eroberten wir 25 Mandate trotz des Vierklassenwahlunrechts. Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten stieg von 160 auf 186 in 10 Bundesstaaten. Bei den Nachwahlen zum Reichstage büßten die bürgerlichen Parteien 49 800 Stimmen ein, während wir 26 337 gewannen. Ein Mandat verteidigten wir siegreich, ein verlorenes eroberten wir zurück und 6 neue gewannen wir. Weit über den Rahmen unsrer Partei hinaus ist die Unzufriedenheit über die Steuerpolitik, die agrarische Raffgier, das Versagen jeder freiheitlichen Wahlreform in Preußen verbreitet, und diese Unzufriedenheit drückt sich naturgemäß in einem Machtzuwachs unsrer Partei aus. (Bravo!) Die Partei muß alle Kräfte anspannen, um sich die erfolgreiche Ausnutzung der günstigen Situation zu sichern.

Die intensive allgemeine Agitation kam auch der Parteipresse hervorragend zugute. Ueberall stiegen die Abonnentenziffern. Von unsern 78 Tageszeitungen brauchen nur 26 Parteisubventionen. Es handelt sich hierbei um noch zu erschließende Gebiete, die gerade darum besonders bevorzugt werden müssen. Freudig aufgenommen worden ist die Ausgestaltung der Neuen Welt mit aktuellen Illustrationen. Dagegen haben wir den Postillon eingehen lassen müssen. Die Organisationen erhalten eine Vereinsausgabe der Neuen Zeit zum Preise von 14 Pfg. zur Abgabe an die Funktionäre der Partei. Vierteljährlich erscheint ein Blindenorgan, das sich außerordentlicher Beliebtheit unter den Blinden erfreut. So haben selbst die, die ihr Leben in ewiger Nacht verbringen müssen, das Bedürfnis, von den befreienden Ideen des Sozialismus geistig erhellt zu werden. Der Kreis derer, die sich der immer weiter ausgestalteten sozialdemokratischen Parteikorrespondenz als Quellenmaterial bedienen, vergrößert sich immer mehr. Dem Ausbau des Pressebureaus ist die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Die Tätigkeit des Zentralbildungsausschusses hat überall Verständnis und Anteilnahme gefunden. Geradezu erstaunlich ist das Bildungsbedürfnis der Genossen, die um ihren Lebensunterhalt hart

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

kämpfen müssen, sich der anstrengendsten Agitationsarbeit widmen, und dann noch mit Lust und Hingebung an der Ausfüllung ihrer Bildungslücken arbeiten. In 187 Orten bestehen Bildungsausschüsse, die im Berichtsjahre die stattliche Summe von 500 000 Mark ausgegeben haben. Vortragskurse wurden 270 in 139 Orten, Unterrichtskurse 18 in 12 Orten, wissenschaftliche Einzelvorträge 262 in 132 Orten veranstaltet. Einer ebenso günstigen Aufnahme erfreuen sich die künstlerischen Veranstaltungen. 128 Wanderkurse mit 682 Vorträgen wurden an 115 Orten veranstaltet, und 24 000 Personen nahmen daran teil gegen 8900 im vorigen Jahre. Die Parteischule hat im vierten Jahre ihre ersprießliche Tätigkeit entfaltet. In diesen vier Perioden sind 117 Schüler ausgebildet worden, die mit reger agitatorischer Tätigkeit der Partei ihren Dank abstatten. Die Agitation des Frauenbureaus hat unsre weibliche Mitgliederzahl um 20 000 vermehrt. Wir haben jetzt 82 642 eingetragene Genossinnen. Der Abonnentenstand der Gleichheit deckt sich fast vollständig mit der Zahl unsrer weiblichen Mitglieder. Von tiefem sozialen Empfinden getragen sind die von den Genossinnen eingerichteten Kinderschutzkommissionen, die freilich noch viele Hindernisse zu überwinden haben, die in dem Unverstande der Angehörigen der Kinder ihre Ursache finden.

Die Wahlrechtsbewegung in Preußen wurde durch den am 9. Januar d. J. zusammengetretenen preußischen Parteitag eingeleitet. Die Bewegung setzte auch in Mecklenburg, Braunschweig und in den Handelsstädten mit Vehemenz ein. Durch diese Agitation ist die Aufmerksamkeit der großen kapitalistischen Organisationen, des Bundes der Landwirte, des Zentralverbands der Industriellen und nicht zuletzt des Hansabundes wieder auf uns gelenkt worden. Was durch die Macht des Geldsacks und durch Korruption in der deutschen Politik geleistet werden kann, das werden diese Organisationen leisten. Der Geschäftsführer des Zentralverbands wies auf die gefüllten Kassen hin. Nun, auch unsre Kassen sind gefüllt und wir haben dazu noch etwas anderes, was die Gegner nicht haben, den Opfermut der Genossen. (Stürmischer Beifall.)

Ich habe nun noch, möchte ich behaupten, die gebieterische Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dem Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Wahlrechtsbewegung Vorwürfe gemacht worden sind, er habe, statt den Massen neue Mittel des Kampfes im Wahlrechtsstreit zu geben, die Bewegung dadurch zum Abflauen gebracht, daß er verhindert habe, Mittel, wie das des politischen Massenstreiks zu erörtern. Um jeder Legendenbildung die Spitze abzubrechen, erkläre ich, daß der Parteivorstand niemals eine solche Anweisung gegeben hat. Er hätte auch keine größere Dummheit begehen können, als eine solche Anregung zu geben. Denn dann hätte man doch die Stelle gehabt, auf die man alle Schuld, wenn man davon reden kann, abwälzen konnte. Die Parteikreise, die so leichthin gegen den Vorstand Vorwürfe erhoben haben, er hätte die revolutionäre Energie der Masse nicht in die richtigen Bahnen geleitet, scheinen die Vorwürfe vergessen zu haben, die auf früheren Parteitagen erhoben wurden. Früher hieß es immer, der Parteivorstand habe zu wenig Fühlung mit den Genossen und treffe seine Maßnahmen viel zu selbstherrlich. Ich habe schon darauf hingewiesen, welche Konferenzen wir abhalten, um in steter Fühlung mit den Genossen zu bleiben. Und so haben wir auch hier gehandelt. Der Parteivorstand, der als solcher der preußischen Landeskommission angehört, hat in der Wahlrechtsbewegung stets in vollem Einverständnis mit den in dieser Frage in Betracht kommenden Instanzen gehandelt. Die Unkenrufe, der Parteivorstand sei der Situation nicht gewachsen, fanden daher keinen Resonanzboden in der Partei. In Einklang mit den zuständigen Instanzen hat der Parteivorstand auch gehandelt, als es galt, über Maßnahmen zu beraten, die schließlich über den Rahmen der Parteiorganisation herauswachsen würden und herauswachsen müssen, wenn sie den Erfolg haben sollten, den man sich von andrer Seite davon versprach. Wir haben uns dabei mit den Instanzen in Verbindung gesetzt, die die Verantwortung für die wirtschaftlichen Organisationen tragen. Stets ist dabei Einmütigkeit erzielt worden. Die vom Parteivorstand geübte Praxis hat auch zur Folge gehabt, daß die Alarmtrompeten unbeachtet geblieben sind. Der Parteivorstand hat in dem kritischen Augenblicke getan, was er tun mußte. Er wird auch künftighin seine Maßnahmen in dieser Weise treffen. Das ist bisher zum Nutzen der Partei geschehen und wird mir auch weiter zum Vorteil gereichen. (Lebhafter Beifall.)

### Kasse und Presse.

**Ebert-Berlin** erstattet den Kassen- und Pressebericht, den er mit dem Wunsche einleitet, daß Genosse Gerisch, der zum erstenmal vom Parteitag ferngeblieben ist, recht bald in alter Frische seine verantwortungsvolle Tätigkeit wieder aufnehmen möge. Der diesjährige Abschluß ist leider nicht so günstig, wie der vorjährige. Wir haben eine Mindereinnahme von rund 170 000 Mark und eine Mehrausgabe von 194 000 Mark. Aber zu Besorgnissen liegt kein Anlaß vor. Mehrere zufällige Umstände wirken bei dem ungünstigen Resultat zusammen. Zwei Parteibezirke, die in der Regel weit über ihren Pflichtbeitrag hinaus der Parteipresse Zuwendungen machen, konnten diesmal nicht einen so hohen Beitrag leisten. Dazu kommt die finanzielle Belastung durch die Wahlrechtskämpfe. Die Spannung in unserm Darlehenskonto beträgt in diesem Jahre 100 000 Mark gegen 35 000 im vorigen Jahre. Um den Verdächtigungen zu begegnen, die unsre Gegner an diese Darlehenskasse zu knüpfen pflegen, sei hier noch einmal ausdrücklich erklärt, daß unter dem Darlehenskonto nur Posten laufen, die Parteiorganisationen oder Parteiunternehmungen zu besonders wichtigen Aktionen oder bei Ausdehnung der Betriebe gegeben werden. Im ganzen ist das diesjährige unerfreuliche Kassenbild auf Vorkommnisse zurückzuführen, die höchstwahrscheinlich beim nächstjährigen Kassenabschluß schon wieder ausgeglichen sein werden. Mit der Steigerung unsrer Ausgaben werden wir allerdings fortdauernd rechnen müssen. Die neuen Aufgaben bedingen natürlich erhöhte Ansprüche an die Zentralkasse. Unsern Parteiorganisationen muß daher die pünktliche und gewissenhafte Abführung ihrer Beiträge an die Zentralkasse zur unbedingten Pflicht gemacht werden. Im nächsten Jahre haben ja auch 335 Organisationen Beiträge an den Zentralkasse abzuliefern. (Bravo!) Aber gewöhnlich handelt es sich nur um Pflichtbeiträge, d. h. um Mindestbeiträge. Die Einnahme aus Beiträgen der Organisationen betragen aber nur die Hälfte unsrer gesamten Einnahmen, die Zentralkasse ist also nach wie vor in hohem Grade auf besondere Zuwendungen angewiesen. Es ist daher die dringende Bitte an die Parteiorganisationen im Lande zu richten, nach dem Beispiel der Hamburger und Berliner Genossen über die Pflichtbeiträge hinaus finanzielle Zuwendungen zu machen. Ferner müssen wir dringend bitten, keine Aenderung an der erst im vorigen Jahre vorgenommenen Regelung der Beitragsabführung an die Zentralkasse vorzunehmen. Wo sich Schwierigkeiten ergeben, wird der Parteivorstand wohl immer zum Entgegenkommen bereit sein. Bei der Berichterstattung über das Kassenwesen der einzelnen Organisationen ist eine wesentliche Besserung eingetreten, wenn auch die Berichte noch keineswegs vollauf befriedigen. Die 340 in diesem Jahre berichtenden Wahlkreise hatten eine Einnahme von 3 352 352 Mk. Die Ausgaben dieser 340 Wahlkreise betrugen 2 476 022 Mk. Der Kassenbestand am Schluß des Geschäftsjahres 489 048 Mk. Dazu kommen noch 112 367 Mk. als Bestand der Landes- und Bezirkskassen. Ich denke diese Zahlen sprechen für die finanzielle Kräftigung unsrer Organisationen.

Noch ein Wort über den Stand der Parteipresse. Im Laufe des letzten Geschäftsjahres ist nur ein Parteiblatt eingegangen, das dreimal wöchentlich erscheinende Offenburger Volksblatt. Dagegen sind mehrere neue Blätter erschienen, wie die Neue Donaupost in Regensburg und das Bayrische Wochenblatt in München. Die Partei besitzt 73 Tageszeitungen, außerdem erscheinen zwei Blätter dreimal wöchentlich, eins zweimal und eins einmal wöchentlich. Hierzu kommt noch die alle vierzehn Tage erscheinende Gleichheit. In den letzten Jahren hatte unsre Parteipresse sehr unter den Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis zu leiden. Das letzte Jahr zeigt dagegen einen recht erfreulichen Fortschritt. Wir haben eine Gesamtzunahme von 118 518 Abonnenten zu verzeichnen. (Lebhaftes Bravo!) Die Einnahme aus Abonnements ist um 250 000 Mk. gestiegen und die Einnahme aus Inseraten um 616 000 Mk. Die Abonnentenzunahme zeugt von fleißiger und erfolgreicher Parteiarbeit, namentlich von rastloser und mühevoller Kleinarbeit. Die Steuerausplünderung und die Wahlrechtskämpfe haben unsrer Parteipresse den Eingang erleichtert in die Hütten von Hunderttausenden von Proletariern. Wir dürfen darüber aber nicht vergessen, daß immer noch weitere Schichten des Proletariats für unsre Organisation, für unsre Sache gewonnen werden können. Wenn wir in dieser Hinsicht alle unsre Schuldigkeit tun, dann werden wir uns nicht nur kräftig vorbereiten für die kommenden Reichstagswahlen, sondern unsre jetzigen Erfolge werden nur Etappen sein in unserm unaufhaltsamen Vormarsch zu unserm großen Siege. (Lebhafter Beifall.)

### Bericht der Kontrollkommission.

Hierauf erstattet **Kaden** den Bericht der Kontrollkommission: Ein großer Teil der Arbeiten der Kontrollkommission ist durch Beschluß des Leipziger Parteitags andern Instanzen überwiesen worden. Jedoch war noch eine Anzahl älterer Sachen durch die Kontrollkommission zu erledigen. Auf Grund des alten Statuts wurde die Berufung der Generalversammlung des Wahlvereins Schweidnitz gegen das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts in Sachen des Genossen Reinhold Seidel zurückgewiesen. Aufgehoben wurde das Urteil des Schiedsgerichts, das den Genossen Adolf Stasch-Breslau für ungeeignet zur Bekleidung von Parteiämtern bezeichnete, weil mit diesem Spruch das Schiedsgericht seine damalige Kompetenz überschritten hatte. Bestätigt wurde das Urteil des Schiedsgerichts, das den Genossen Paul Fiedler-Berlin aus der Partei ausschloß, weil er ohne Beweis parteigenössische Mitglieder der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betrugs und der Unterschlagung bezichtigt, den Vorstand der Gemeinde bei der Behörde denunziert und in einer gegnerischen Zeitung die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht hat. Aufgehoben wurden die Urteile, die ein Schiedsgericht in Augsburg den Genossen Thiel, Reisenberg und Rebele erteilt hat. Zurückgewiesen wurde die Berufung gegen die Ablehnung der Ausschließung des Genossen Knöfler in Gößnitz.

In der Redaktion der Gleichheit sollte eine Sekretärin aushilfsweise auf sechs Monate eingestellt werden. Von der Redaktion wurde Genossin Gewehr in Vorschlag gebracht, gegen die jedoch verschiedene Anschuldigungen erhoben wurden, die den Parteivorstand veranlaßten, den Vorschlag abzulehnen. Gegen diese Entscheidung und ihre Begründung wurde Beschwerde bei der Kontrollkommission eingelegt. Die Kontrollkommission fand die gegen die Genossin Gewehr erhobenen Anschuldigungen nach gründlicher Prüfung ungerechtfertigt. Da aber die Angelegenheit praktisch ihre vorläufige Erledigung gefunden hatte, sah die Kontrollkommission davon ab, der Entscheidung des Parteivorstandes entgegenzutreten.

Zurückgewiesen wurde die Berufung des Genossen Schröder-Britz gegen seine Ausschließung aus der Partei. Die Tatsache, daß Schröder dem anarchosozialistischen Metallarbeiterverband angehört, der im grundsätzlichen Gegensatz zur Partei steht, und diese bewußt in der gehässigsten Weise bekämpft, erachtete die Kontrollkommission als genügend für den Ausschluß. In Brakel lehnte ein Schiedsgericht die Ausschließung des Genossen Schlisio ab, der beschuldigt wurde, das Haupt der dortigen anarchosozialistischen Bewegung zu sein. Die Kontrollkommission hob das Urteil des Schiedsgerichts als gegen das Organisationsstatut verstoßend auf und wies die Sache zur erneuten Prüfung an das Schiedsgericht zurück.

Genosse Adolf Geck teilte der Kontrollkommission mit, daß ihm auf dem letzten badischen Parteitag Genosse Süßkind-Mannheim beschuldigt habe, seine Stellung als Mitglied der Kontrollkommission zur Schädigung der badischen Parteigenossenschaft benutzt zu haben. Die Kontrollkommission erachtete den Vorwurf für gänzlich unbegründet, sieht aber davon ab, den Fall als eine Beschwerde zu erledigen. Sie gibt dem Parteitag von der eingegangenen Zuschrift Gecks Kenntnis, um dem Genossen Geck die Möglichkeit zu verschaffen, eine Genugtuung zu erhalten.

Die Kontrollkommission hat die ihr überwiesenen Revisionen sorgfältig vorgenommen und in Berlin und Stuttgart alles in vortrefflicher Ordnung gefunden. Ich beantrage daher namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Bravo!)

Der Parteitag tritt in die Diskussion ein. Von den zur Organisation gestellten Anträgen werden nur die Anträge 6, 8, 11, 16 und 18, von den Anträgen betreffend Presse und Literatur und die Anträge 4, 5, 24, 25, 26, 27, 29, 30, 32, 33, 34 unterstützt. Zunächst werden nur die Anträge zur Organisation* mit zur Debatte gestellt. Ein genügend unterstützter Antrag Böttcher verlangt, daß die Angelegenheit Geck-Süßkind der Beschwerdekommission überwiesen wird.

**Süßkind-Mannheim:** Es ist schade, daß hier auf dem Parteitag wieder Kleinigkeiten das Präludium spielen sollen. Ich meine, daß die Anzapfungen, die ich dem Genossen Geck habe angedeihen lassen, und deren Wahrheit ich auch beweisen werde, nicht auf den Parteitag gehören, schon deshalb, weil sonst aller möglicher Dreck hier bekannt würde. Ich befürworte deshalb die Ueberweisung an die Beschwerdekommission. Dieser werde ich das Material zur Verfügung stellen.

**Adolf Geck:** Ich bitte Sie, dem Antrag nicht stattzugeben. Wie Sie vom Vorsitzenden der Kontrollkommission gehört haben, ist an der gegen mich öffentlich erhobenen Anschuldigung kein wahres Wort. Die Kontrollkommission lehnt es einmütig ab, mir das Zeugnis auszustellen, daß ich meine Stellung in der Kontrollkommission dazu benutzt hätte, die badische Parteigenossenschaft zu schädigen. Süßkind sagt nun, es schicke sich nicht, derartige Kleinigkeiten vor dem Parteitag zu verhandeln. Man müsse das hinter den Kulissen einer Beschwerdekommission vornehmen. Aber der, der diese Anschuldigung öffentlich auf einem Parteitage der badischen Sozialdemokratie gegen mich erhoben hat, war Süßkind. Wenn er diese Anschuldigungen als Kleinigkeiten betrachtet, so hätte er als alter erfahrener Parteigenosse sie nicht öffentlich auf einem Parteitag erheben dürfen. (Sehr richtig!) Oder er hätte mindestens den Beweis damals gegen mich erbringen sollen und müssen, den er jetzt erst einer Kommission vortragen will. Ich betrachte aber eine derartige Anschuldigung nicht als Kleinigkeit. Wenn man so lange Jahre Mitglied der Kontrollkommission ist und sich dann öffentlich einen solchen Vorwurf gefallen lassen muß, so sollte der Parteitag verlangen, daß die Gründe hierfür öffentlich dargelegt werden; ich habe sie nicht zu fürchten. Die Kontrollkommission hat keinen Anlaß, mir das Zeugnis auszustellen, daß der Vorwurf gegen mich berechtigt ist. Ich bitte Sie also, zu verlangen, daß Genosse Süßkind die Gründe, die ihn zu seinen schweren Anschuldigungen veranlaßt haben, in voller Oeffentlichkeit vorbringt. (Zustimmung.)

**Walter-Höchst** begründet den Antrag 6. Es ist Ehrenpflicht des Parteitages, dafür zu sorgen, daß diejenigen Genossen, die als Opfer der kapitalistischen Produktionszweige Invalidenrentner geworden sind, Parteimitglieder bleiben können dadurch, daß ihnen die Beiträge erlassen werden. Denken Sie sich in die Situation eines alten braven Parteigenossen hinein, der 10 bis 20 Jahre im Vordertreffen gestanden hat, durch Krankheit und Siechtum um den Verdienst gekommen ist und nun wegen Nichtzahlung der Beiträge seine Parteizugehörigkeit verliert!

**Dittmann-Solingen:** Ich bitte um Annahme der Anträge 11 und 12, die keineswegs nur eine formale Angelegenheit betreffen. In allen Organisationen hat man es auf das lebhafteste bedauert, daß zu der Zeit, wo sie zum Parteitag Stellung nahmen, die Berichte des Vorstandes und der Fraktion noch nicht vorlagen und daß infolgedessen die Grundlage für eine ersprießliche Diskussion fehlt. Es genügt doch nicht, daß nur die Delegierten die Berichte lesen, sondern auch ihre Auftraggeber müssen sie frühzeitig lesen können, um den Delegierten eine bestimmte Richtungslinie zu geben. Wenn es trotzdem nicht möglich gewesen ist, den Bericht eher zu geben, so liegt das daran, daß das Geschäftsjahr am 1. Juli beginnt. Würde das Geschäftsjahr um ein Vierteljahr zurückverlegt werden, dann wäre diesem Uebelstande abgeholfen, ohne daß die Angaben der Berichte dadurch veralten. Zum mindesten bitte ich um Annahme des Antrags 16.

**Frl. Gewehr-Elberfeld** tritt für den Antrag 8 ein, der das Frauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes vereinigen will. Mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes haben die Verhältnisse sich so verändert, daß das Frauenbureau nicht mehr der Situation entspricht. Wir sind nicht etwa der Meinung, daß es überflüssig ist, im Gegenteil. Die Tätigkeit des Vorstandes und unsrer Beauftragten wird immer umfangreicher und komplizierter. Um den neuen Anforderungen zu genügen und unerquickliche Diskussionen zu vermeiden, wie sie in der Gleichheit darüber geführt sind, ob eine Frauenkonferenz stattfinden soll oder nicht, ist es nötig, das Tätigkeitsgebiet unsrer Beauftragten genau abzugrenzen. Selbst wenn der Parteitag unserm Antrag nicht zustimmen sollte, sind wir doch schon damit zufrieden, daß die Frage in Fluß gebracht wird, die nächste Frauenkonferenz wird sich dann eingehend damit befassen.

**Rieger-Köln** begründet den Antrag über die Jugendorganisation. In Berlin wurde beschlossen, daß die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen von der Partei, den Gewerkschaften und der freien Jugend bestimmt werden sollen. Die jugendlichen Stürmer gehen aber darauf los, sie glauben, daß sie zurückgesetzt sind und immer majorisiert werden. Natürlich muß in dieser Frage auch erst die Meinung der Gewerkschaften eingeholt werden. An einzelnen Orten sind die Wünsche der Jugendlichen bereits erfüllt, man kann das auch anderswo tun und den Jugendlichen die Hälfte der Stimmen geben.

**Treu-Nürnberg** wendet sich gegen den Antrag 6, dessen Durchführbarkeit in größeren Orten auf Schwierigkeiten stößt. Es wäre das Einfachste, wenn jede Organisation für ihre invaliden Mitglieder die Beiträge selbst bezahlte. (Sehr richtig!) Ebenso muß die Verlegung des Geschäftsjahres bekämpft werden, denn es ist sehr gut möglich, auch wenn das Geschäftsjahr am 1. Juli beginnt, die Berichte rechtzeitig einzusenden. Den Antrag auf Vereinigung des Frauenbureaus mit dem Bureau des Parteivorstandes halte ich für selbstverständlich, denn nachdem wir nun eine einheitliche Organisation mit gleichen Rechten und Pflichten für männliche und weibliche Mitglieder haben, muß auch die Leitung eine einheitliche sein.

**Ulrich-Frankfurt a. M.** bittet um Verlegung des Geschäftsjahres auf die Zeit vom 1. April bis zum 31. März.

**Ryssel-Leipzig:** Die Gründe, die im vorigen Jahre gegen eine Verlegung des Geschäftsjahres vorgebracht sind, sind auch heute noch maßgebend. Als Leiter einer Organisation mit 25 000 Mitgliedern und 58 Ortsvereinen ist es mir möglich gewesen, in diesem Jahre bis zum 6. Juli sämtliche Abrechnungen zu bekommen. Allerdings gehört ein großes Stück Erziehungsarbeit dazu, auch die kleinen Organisationen an präzise Arbeit zu gewöhnen. Der 1. April als Anfang des Geschäftsjahres würde Organisationen, die viele Bauarbeiter als Mitglieder haben, Schwierigkeiten bereiten, ganz abgesehen davon, daß der 1. April ein Umzugstermin ist. Auch den Antrag 6 bitte ich abzulehnen, die Organisationen müssen selbst darüber entscheiden, ob sie kranken und invaliden Mitgliedern die Beiträge erlassen wollen. Der Antrag 8 auf Verlegung des Frauenbureaus ist eine zwingende Notwendigkeit.

**Vorsitzender Dietz:** Der Antrag 11 ist zugunsten der Resolution Solingen zurückgezogen. Ferner ist ein Antrag 83 eingegangen, der verlangt, daß die Parteikorrespondenz in je einem Exemplar auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen zugestellt werden soll. Wie mir der Parteivorstand erklärt, geschieht das heute schon.

Der Antrag 83 wird genügend unterstützt.

**Westkamp-Düsseldorf** bittet um Ablehnung des Antrags 6. Es ist nicht Aufgabe der einzelnen Landesorganisationen und der Bezirksorganisationen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Im Wahlkreis Düsseldorf haben wir es so gehalten, daß wir Parteigenossen, die krank sind oder die wegen politischer Vergehen inhaftiert sind, von der Beitragszahlung befreit haben. Hinsichtlich der invaliden Parteigenossen haben wir keine besonderen Maßnahmen getroffen. Das müssen die einzelnen Organisationen besorgen, wenn die Frage an sie herantritt. Den Antrag 8 halte ich für selbstverständlich. Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, bei der Zusammensetzung des Vorstandes die Genossinnen zu berücksichtigen. Was im Kleinen geschieht, muß auch im Großen möglich sein, also auch beim Parteivorstand. Ferner bitte ich um Zustimmung zu dem Antrage 16, damit bei einer späteren Revision des Organisationsstatuts die äußersten Wünsche berücksichtigt sein können. Den Antrag 83 halte ich für überflüssig. Daß wir eine besondere polnische Organisation in Deutschland haben, halte ich für ein Unding. Diese Organisationsform muß von der Bildfläche verschwinden. Wir wollen eine einzige sozialdemokratische Partei Deutschlands sein und können keine besonderen Organisationen dulden.

**Dittmann-Solingen:** Ich bleibe dabei, daß es nicht allen Parteiorganisationen möglich ist, so rechtzeitig die notwendigen

---

* Die Anträge lauten:

6. Höchst: Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statutarische Bestimmungen dahin zu treffen, daß Parteimitgliedern, welche auf Grund der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind, für die Dauer der Invalidität die Möglichkeit gegeben wird, durch einen geringen Beitrag, von welchem Prozente nicht an die Zentralkasse abzuführen sind, ihre Parteimitgliedschaft zu erhalten.

8. Barmen: Zur Herbeiführung einer größeren Einheitlichkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentralfrauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen.

11. Bremen: Der Parteitag beschließt, das Geschäftsjahr zur Berichterstattung der einzelnen Wahlkreisvereine an den Parteivorstand in Berlin mit dem 1. April beginnen und mit dem 31. März beenden zu lassen.

16. Solingen: Die Generalversammlung bedauert, daß die Bestimmungen des Organisationsstatuts über das Geschäftsjahr dem Parteivorstand nicht gestatten, den Geschäftsbericht der Partei zeitig genug zu veröffentlichen, um den Organisationen die Möglichkeit zu geben, sich bei ihrer Stellungnahme zum Parteitag bereits damit zu befassen und so eine sichere Grundlage zu gewinnen für die Beurteilung und eine etwaige Kritik an der Tätigkeit der Gesamtpartei. Die Generalversammlung bittet den Magdeburger Parteitag, sich diesem Bedauern anzuschließen und den Parteivorstand zu ersuchen, bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts auf eine Abstellung dieses Uebelstandes bedacht zu sein.

18. Köln, Stadt und Land: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu dem Zwecke in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, ob es nicht angebracht ist, in Zukunft die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Angaben an den Parteivorstand einzuschicken, daß dieser seinen Bericht zeitig genug herausgeben kann.

Damit schließt die Debatte.

Süßkind-Mannheim stellt persönlich fest, daß er bei der kurzen Redezeit in Offenburg die hingeworfene Bemerkung gegen Geck nicht begründen konnte.

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

---

Nachmittagssitzung.

**Vorsitzender Dietz:** Unser Genosse Gerisch hat, seit er im Amte ist, sämtliche Parteitage besucht. Diesmal ist er durch Krankheit verhindert. Ich möchte Sie bitten, daß wir auch unserm alten treuen Gerisch telegraphisch herzlich grüßen und ihm baldige Genesung wünschen. (Allseitige Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Genosse Singer richtet folgendes Telegramm an den Parteitag: „Herzlichsten Dank für den mich hocherfreuenden Beweis treu kameradschaftlicher Gesinnung. Meine heißesten Wünsche begleiten die Verhandlungen des Parteitages. Sie gipfeln in der festen Zuversicht, daß seine Beschlüsse den unverbrüchlichen Willen, die Einheitlichkeit der Parteikundgebungen, sowie die republikanische Gesinnung in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, aufs neue machtvoll bekunden werden." (Lebhafter Beifall.)

Von auswärtigen Vertretern sind noch eingetroffen: Franz Fischer für die belgische Partei und Dr. Hanauer für den deutschen Arbeiterverein in Brüssel. — Die

**Diskussion über Presse und Literatur**

wird eröffnet.

Es wird beantragt, dem Parteivorstand die Anträge 24 und 33 zur Berücksichtigung zu überweisen.

**Neukirch-Breslau** begründet den Antrag 5: Wir haben zwar eine Reihe sehr guter Broschüren, die wir vor vielen Jahren mit wahrem Heißhunger verschlungen, an denen wir uns gebildet und emporgearbeitet haben, aber inzwischen sind Jahrzehnte vergangen. Der Antragsteller, unser Bibliothekar, sagt nicht mit Unrecht, daß unsre Broschüren äußerlich ein mehr als kümmerliches Gewand haben. An Papier, Druck und Einband lassen unsre Agitationsbroschüren sehr viel vermissen, früher auch unsre Kalender, die in den letzten Jahren allerdings äußerlich annehmbarer geworden sind. Denselben Fortschritt müssen wir jetzt auch bei den Agitationsbroschüren machen. Die manchmal geradezu raffinierte äußere Ausstattung der Schundliteratur schafft ihr wahrlich nicht zuletzt die große Verbreitung. Da ist gerade angesichts der kommenden Reichstagswahl die Frage einer besseren Ausstattung unsrer Schriften aktuell.

**Frau Thiel-Teltow-Beeskow:** Unser Antrag ist gestellt, weil eine Reihe von Lokalblättern durch Modezeitungsausgaben oder Beilagen Arbeiterabonnenten kapern. Was diese bürgerlichen Blätter können, können wir auch. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß auch von uns eine Modezeitung herausgegeben wird.

---

5. Breslau und Breslau-Land: Zur Vertiefung und Erweiterung unserer Agitation soll durch Preisausschreiben des deutschen Parteivorstandes ein durch Massenherstellung sehr billiges Schriftchen geschaffen werden, welches auf Kosten der einzelnen Wahlvereine jedem bisherigen und jedem neueintretenden Mitgliede gratis zu geben ist und an das folgende Bedingungen geknüpft werden:

1. Titel: Warum mußt du Sozialdemokrat sein?
2. Inhalt: Eine knappe einfache Darlegung der sozialdemokratischen Grundgedanken, Aussichten und Erfolge in besonders volkstümlicher, zu Herzen gehender und fremdwortfreier Sprache.
3. Umfang: Höchstens 16 Druckseiten in Oktav.
4. Papier: Stark, ansehnlich und haltbar.
5. Druck: Besonders groß und klar.
6. Einband: Fest und dauerhaft, broschiert, mit einer anmutenden bildlichen Darstellung von Arbeit und Freiheit.

Die Schrift ist, wenn möglich, so zeitig herzustellen, daß sie noch für die kommenden Reichstagswahlen wirken kann.

25. Teltow-Beeskow: Der Parteitag möge die Herausgabe einer eigenen Modezeitung beschließen.

24. Teltow-Beeskow: Der Parteivorstand und die Preßkommission des Vorwärts mögen die Herausgabe eines Montagsblattes in die Wege leiten.

27. Ludwigshafen: Der Frauenzeitschrift Gleichheit sind Schnittmusterbogen mit Erläuterungen beizufügen.

32. Essen: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren herauszugeben und hierin die Stellung der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben. Die Broschüren sollen in Massen vertrieben werden.
2. Den Parteivorstand zu ersuchen, ein Handbuch herauszugeben, welches in Kürze die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsfinanzreform und der preußischen Wahlreform klarlegt. Ebenso müßte das „Büchlein" alle Abstimmungen der Parteien mit kurzem Kommentar enthalten.

34. Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wolle in möglichst kurzer Zeit eine kurzgefaßte Broschüre herausgeben, worin die Unterlassungen und Abstimmungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsvorlage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

29. Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Der Neuen Welt ist eine Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft beizulegen, und zwar monatlich wenigstens einmal.

33. Wahlkreiskonferenz des 1. und 2. pfälzischen Wahlkreises Neustadt-Landau: Die Parteikorrespondenz möge nicht wie bisher nur den rednerisch tätigen Parteigenossen zugestellt werden, sondern in je einem Exemplar auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen.

26. Niederbarnim: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Modenzeitung als Beilage zur Gleichheit befassen. Dieselbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein.

33. Krefeld: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, alljährlich eine Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, in welcher die krassen Klassenjustiz-Urteile in Spalten nebeneinander zum Vergleich gezogen werden.

4. Bremen: Der Parteitag wolle beschließen, einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen, worin alle Fragen, die voraussichtlich im Wahlkampfe zur Sprache kommen, gemeinverständlich in unserm Sinne zu beantworten sind. Zum Beispiel die Finanz- und Steuerpolitik, der Militarismus, die Trusts, Ringe und die Agrarpolitik, die Arbeiterversicherungsgesetze u. a. m. Dieses Material ist von sämtlichen Parteiblättern zum Selbstkostenpreis abzugeben, welche es in ihren Spalten mit dem Hinweis veröffentlichen, daß sich jeder intelligente Genosse diesen Stoff aufbewahre, um eventuell in den Wahlkampf eingreifen zu können.

30. Niederbarnim, Genosse Kette: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Die Neue Zeit erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einer dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Ausstattung. 2. Der internationalen Bedeutung der Neuen Zeit entsprechend und um die Lektüre auch den ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, zu erleichtern, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

**Zubeil** begründet den Antrag 24: Nachdem eine Schaffung eines Abendblatts für den Vorwärts auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist, muß wenigstens eine Montagszeitung herausgegeben werden. Es ist beantragt worden, diesen Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen. Meist dauert es aber jahrelang, bis eine solche Berücksichtigung zur Tat geworden ist. (Pfannkuch ruft: Ich habe heute morgen das Gegenteil bewiesen!)

**Woldt-Berlin** bittet, daß der Antrag zur Berücksichtigung überwiesen wird. Solche Anträge sollten nicht ohne weiteres dem Parteitag vorgelegt werden, weil erst Vorbereitungen der Aufsichtsinstanzen vorhergehen müssen.

**Körner-Ludwigshafen** spricht für den Antrag 27. Wenn man nicht gleich eine Modezeitung gründen will, soll man wenigstens der Gleichheit Schnittmuster beifügen.

**Frau Zetkin:** Ich begreife durchaus die im Kern stichhaltigen Ausführungen, die zur Begründung der Anträge auf eine Modezeitung usw. gemacht worden sind. Ohne Zweifel sind die bürgerlich durchseuchten sogenannten unparteiischen Modeblätter, die bis zu einem gewissen Grade das Eindringen der sozialistischen Literatur in die Kreise der noch indifferenten Frauenwelt hindern. Es fragt sich aber, ob die hier vorgeschlagene Form einer Ausgestaltung der Gleichheit nach dieser Seite hin, die mir an sich sehr sympathisch wäre, zweckmäßig ist. Die Beilage einer besonderen Modezeitung würde die Gleichheit zu sehr verteuern, und die Beschränkung des Inhalts der Gleichheit zugunsten einer solchen Beilage könnte ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Ich würde vorschlagen, hier keinen bindenden Beschluß zu fassen, sondern die ganze Angelegenheit zu einer ausgiebigen sachlichen Prüfung und Vorberatung den in Betracht kommenden Parteiinstanzen zu überweisen.

**Limpertz-Essen** begründet den Antrag der Essener Genossen. Trotz aller Schwierigkeiten muß wenigstens das Handbuch in Angriff genommen werden. Das Zentrum war mit seinem Bericht über die Tätigkeit seiner Landtagsfraktion in der Wahlrechtsfrage viel eher zur Stelle als wir.

**Ludwig-Olfenstädt** tritt für den Antrag der Genossen von Wolmirstädt-Neuhaldensleben ein. Die Führer können nicht in allen Versammlungen anwesend sein. Da ist es nützlich, wenn die Genossen sich durch kleine Broschüren informieren können, so daß sie den Gegnern entgegentreten können.

**Westkamp-Düsseldorf** begründet den Antrag, der Neuen Welt eine landwirtschaftliche Beilage beizulegen. Andre Blätter bringen mehr über Hauswirtschaft und Garten und hindern dadurch das Eindringen unsrer Parteipresse in ländliche Kreise. Es müßte dann aber auch dafür gesorgt werden, daß die Neue Welt der ganzen Parteipresse obligatorisch beigelegt wird.

**Bérard-Hamburg** bittet um Ablehnung des Antrages. Gewiß lassen sich manche Gründe des Vorredners hören. Aber die Auflage der Neuen Welt beträgt schon 500 000. Durch eine neue Beilage würden die Kosten sehr erheblich steigen. Viele meinen schon jetzt, daß der Preis für die Neue Welt zu groß sei. Dabei hat das Blatt jetzt alljährlich das ganz bedeutende Defizit von 21 000 Mk., das nur darum nicht im Bericht des Vorstandes erscheint, weil das Hamburger Geschäft das Defizit deckt. Aber es wird gewiß möglich sein, der Landwirtschaft in der Neuen Welt mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher.

**Henke-Bremen** begründet den Antrag der Bremer Genossen, wonach einige tüchtige Sozialpolitiker geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenstellen sollen. Da ich bezweifle, daß sich eine genügende Mehrheit für die Annahme des Antrages finden wird, so beantrage ich, den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen in der Ueberzeugung, daß der Parteivorstand ihn auch wirklich berücksichtigen wird. Zum Antrag auf Schaffung einer landwirtschaftlichen Beilage möchte ich noch bemerken, daß wir in einer großen Anzahl von Städten recht viele Arbeiter haben, die ihre Mußestunden zu Gartenbau und dergleichen dienen. Tausende von Arbeitern, wirden als Leser und Interessenten des Blattes für Gartenbau in Betracht kommen. An sich sind diese Arbeiter vielfach für die Agitation verloren. Es wäre das Beste, wenn die Arbeiter von Grund und Boden gänzlich losgerissen würden, und von dieser ländlichen Arbeit überhaupt ließen. Aber ich habe mich überzeugt, daß sehr starke Gegengründe dieses Losreißen verhindern: Vergnügen am Wechsel der Beschäftigung, Liebe zur Natur, der reelle Nutzen, den die Leute sich herausrechnen usw. Der Schaden, den diese Richtung uns zufügt, kann dadurch wieder wett gemacht werden, daß uns diese Leute durch eine ihnen zusagende Spezialzeitung wieder näher gebracht werden.

**Ryssel-Leipzig:** Auf der sächsischen Landeskonferenz hat unser Landesvater Sindermann (Heiterkeit) lebhafte Klagen gegen die Schrebervereinler und Sportvereinler erhoben und sämtliche Parteigenossen haben ihm darin beigepflichtet, daß alle Arbeiter, die sich der Gartenkunst in den Schrebervereinen widmen, für die Partei verloren sind. Und nun kommt wieder dieser Antrag von Düsseldorf. Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, nebenbei auch noch die Gartenkultur zu betreiben. Dann kommen schließlich noch die Kanarienzüchter und die Kaninchenzüchter. Ich bitte dringend, den Antrag von Düsseldorf abzulehnen. Wir können doch nicht alle Mätzchen der bürgerlichen Presse nachahmen. Sonst kommen wir schließlich auch noch zu der Zeitungsunfallversicherung. Auch die Anträge auf eine Modezeitung bitte ich abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion.

**Die Schlußworte.**

**Pfannkuch:** Erfreulicherweise hat der Geschäftsbericht des Parteivorstandes den Genossen zur Kritik nicht Gelegenheit geboten. Der Parteitag ist also wohl mit der Geschäftsführung des Parteivorstandes im letzten Jahr einverstanden. Doch muß ich auf einige Bemerkungen eingehen, die bei der Verhandlung der Anträge gefallen sind. Genosse Westkamp-Düsseldorf hat einen ziemlich krassen Ausdruck über die besondere polnische Organisation in Deutschland gebraucht. Die Parteileitung faßt die Sache so nicht auf. Wir haben der P. P. S. in der Verhandlung seinerzeit dieselbe Selbständigkeit zugestanden, wie sie andre Landesorganisationen haben. Sie gehört als Glied der deutschen Organisation an und ihre Organisation muß sich mit der der deutschen Partei decken. Es liegt kein Anlaß zu Aenderungen vor. Es ist bis jetzt möglich gewesen, ein gutes Einvernehmen zwischen den polnischen und deutschen Genossen durchzuführen, und das wird auch in der Folgezeit möglich sein. Die Parteikorrespondenz ist auch bisher schon an Einzelmitglieder geliefert worden und der dahingehende Antrag ist also überflüssig. Die Parteigenossen sollten erneut darauf achten, die Anträge zum Parteitag rechtzeitig einzureichen. Die Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge für Invaliden ist Sache der Kreisorganisationen, warum die Barmer Genossen durchaus das Zentral-Frauenbureau in die Räume des Parteivorstandes verlegen wollen, weiß ich wirklich nicht. Ein Mitglied des Frauenbureaus, Frau Zietz, ist auch Mitglied des Parteivorstandes, und wenn sie manchmal mit ihren Ansichten in der Minderheit bleibt, so würde sich daran auch nichts ändern, wenn das Frauenbureau statt Lindenstraße 3 Lindenstraße 69 wäre. (Heiterkeit.) Ich ersuche Sie aber im Interesse der Agitation, unter den Frauen doch das Frauenbureau bestehen zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn man von einer Divergenz reden kann, so ist eine solche daraus entstanden, daß bisweilen die Agitationsansprüche der weiblichen Parteigenossen über das Maß der Gleichberechtigung hinausgegangen sind. In den meisten Fällen sind diese Ansprüche aber doch im Hinblick auf die Eigenart der Frauenagitation auch vom Vorstand als berechtigt anerkannt worden. Divergenzen haben bestanden hinsichtlich der Genossin Gewehr. Der Parteivorstand hat sich mit dem Bescheid der Kontrollkommission nicht einverstanden erklärt, und auf Grund seiner gründlichen Untersuchung sein Urteil über die Genossin Gewehr aufrecht erhalten. Da die Kontrollkommission aber trotz abweichender Beurteilung der Genossin Gewehr unsern Beschluß aufrecht erhält, so würden wir gegen ihre Entscheidung keine Berufung einlegen. Wir halten die Sache nicht für wichtig genug, um sie zur weiteren Erörterung vor die Parteiinstanzen zu bringen. Wir sind mit einem Mitglied der Kontrollkommission darin einverstanden, daß schon viel zu viel Zeit auf die Sache verwandt worden ist. Namens des Parteivorstandes danke ich Ihnen, daß Sie Ihr Einverständnis mit seiner Tätigkeit bekundet haben. (Beifall.)

**Ebert:** Ich möchte mich namentlich gegen die Anträge auf Verlegung des Geschäftsjahres wenden. Nach eingehenden Konferenzen mit erprobten Praktikern, Parteisekretären usw. sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Organisationen wohl in der Lage sind, so rechtzeitig die Berichte an den Parteivorstand zu liefern, wie es das Statut verlangt. Die Berichterstattung der Wahlkreisorganisationen ist von Jahr zu Jahr besser, gewissenhafter und prompter geworden, und im letzten Jahre ist sie im großen und ganzen einwandfrei gewesen. Alle Genossen in der Verwaltung werden mir entgegen Dittmanns Ausführungen bestätigen, daß durchschnittlich die Organisationen den Durchschnitt des zweiten Quartals ihrer Berichterstattung zugrunde legen. Es ist auch bezeichnend, daß sich gegen Dittmann gerade die Genossen Ryssel und Treu gewandt haben, die Sekretäre von zwei der größten Wahlkreisorganisationen. Dittmann sagt nun, bei den Durchschnittskreisen stimme es nicht. Das ist unrichtig. Ich kann nachweisen, daß gerade Bezirke mit Durchschnittswahlkreisen geradezu mustergültig waren. Auch die Behauptung Dittmanns muß ich zurückweisen, daß unser Bericht zu spät erscheine, als daß die Genossen noch dazu Stellung nehmen könnten. Unser Bericht erscheint sieben Wochen vor dem Parteitag und kann Anfang August unter allen Umständen durch die Presse den Genossen übermittelt werden. Die Delegierten mindestens haben wahrlich ausreichend Zeit, das Material gründlich zu prüfen und die Interessen ihrer Wahlkreise geltend zu machen. Gegen die Verlegung spricht ferner, daß Ende März und Anfang April unsre Organisationen in angestrengtester Agitationsarbeit sich befinden. Die Parlamente tagen um diese Zeit und die Parteileitung ist durch die parlamentarische Agitation durchweg stark in Anspruch genommen. Dann nehmen wir wirklich besser die parlamentsfreien Sommermonate. Dittmann selbst bezeichnet ja die Angelegenheit nicht als so sehr dringend. Lassen wir uns also Zeit. Kommen wir zur Revision, dann werden alle Wünsche geprüft werden. Ich bitte also um Ablehnung der betreffenden Anträge. Noch einige Worte zu den Anträgen zur Presse. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß die Anträge den Instanzen zur Prüfung überwiesen werden. Nun möchte ich zu einigen Anträgen einige Worte sagen und einen von der Ueberweisung ausgeschlossen haben. Mehrere Anträge verlangen die Herausgabe von besonderen Agitationsschriften und Handbüchern. Solche Broschüren und Handbücher werden heute schon herausgegeben und den Organisationen zu möglichst billigem Preise angeboten. Das Handbuch über die Reichsfinanzreform, eine sehr wertvolle Arbeit, ist bereits erschienen, das Handbuch über die Wahlrechtsfrage ist den Delegierten heute übergeben worden, das Handbuch über die Reichsversicherungsordnung ist in Arbeit. Also der Parteivorstand tut schon heute nach dieser Richtung, was nötig ist. Abzulehnen bitte ich den Antrag auf eine landwirtschaftliche Beilage zur Neuen Welt. Eine solche Beilage würde gar nicht zum literarischen Charakter der Neuen Welt passen und würde ihr Budget so belasten, daß ihr Bestand überhaupt in Frage gestellt würde. Dem Genossen Zubeil gegenüber bemerke ich, daß der Parteivorstand selbstverständlich alle Anträge sorgfältig und objektiv prüft. (Beifall.)

**Kaden:** Da Genosse Pfannkuch näher auf den Fall Gewehr eingegangen ist, muß ich ebenfalls dazu sprechen. Wir haben alle Akten des Falles einer genauen Prüfung unterzogen, selbstverständlich auch den Bericht des Parteivorstandes an die Kontrollkommission. In der letzten Sitzung hat die Kontrollkommission dazu erklärt: Nach längerer Diskussion beschließt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand mitzuteilen, daß sie auch nach Kenntnisnahme des zweiten Briefes keine Veranlassung hat, von ihrer Beurteilung des Falles abzugehen. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschluß gefügt und die Kontrollkommission hat sich, da die Sache schon längst erledigt war, ebenfalls damit abgefunden. Ich glaubte, in meinem Referat über diese kleine Differenz zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission schweigen zu können und bedauere, daß Pfannkuch diese Sache angeschnitten hat.

Damit sind die Schlußworte erledigt.

Genossin **Gewehr** gibt folgende persönliche Erklärung zu Protokoll: Angesichts der unerwarteten Aeußerung des Genossen Pfannkuch sehe ich mich verpflichtet zu erklären: 1. Es scheint mir sehr befremdlich, daß der Referent des Parteivorstandes Aeußerungen, die für die persönliche Ehre einer Genossin und Delegierten so schwer kränkend sind, im Schlußwort in einer Form vorbringt, der gegenüber der Angegriffene völlig wehrlos ist. 2. Genosse Pfannkuch hat erklärt, der Parteivorstand habe von einer Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission abgesehen, weil die Angelegenheit ihm nicht wichtig genug erschien. Demgegenüber muß ich bemerken, daß die Ehre einer Genossin, wenn sie auch nur ein bescheidener Soldat aus der großen Armee der Partei ist, durchaus keine so gering zu schätzende Sache ist. Auch ich konnte vor der Entscheidung der Kontrollkommission an den Parteitag appellieren, habe jedoch davon abgesehen, um die höchste Instanz der Partei nicht mit unerquicklichen Angelegenheiten persönlichen Charakters zu behelligen. Auch hatte mir die Kontrollkommission in moralischer Hinsicht vollkommene Genugtuung gewährt. Ich muß daher den Angriff des Genossen Pfannkuch zurückweisen, der mich dafür straft, daß ich meine persönlichen Interessen hinter Parteirücksichten zurückgestellt habe.

**Pfannkuch:** Mir ist es nicht im Traume eingefallen, die persönliche Ehre der Genossin Gewehr anzutasten. Ich habe nur den schriftlichen Verkehr der Kontrollkommission in dieser Sache, soweit es dem Parteivorstand nützlich und notwendig erschien, klargestellt. Genau wie die Genossin Gewehr hat der Parteivorstand an die Darlegungen des Genossen Kaden nicht das geringste mehr anzufügen. Auch wir sind damit befriedigt.

**Die Abstimmung.**

Die Anträge 6, 8, 10 und 18 werden dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag auf Ueberweisung der Angelegenheit Geck-Süßkind an die Beschwerdekommission wird vom Vorsitzenden Dietz als angenommen erklärt. (Rufe: Gegenprobe!)

**Vorsitzender Dietz:** Da das Bureau einig über die Annahme ist, können wir eine Gegenprobe nicht vornehmen. (Unruhe.)

Der Antrag 33 wird dem Parteivorstand überwiesen. Ebenso die Anträge zu Presse und Literatur 24, 25, 26, 32, 33, 4, 5, während 27, 29, 30 und 34 abgelehnt werden.

Debattelos wird auf Antrag des Vorsitzenden Dietz dem Vorstand Decharge erteilt und Parteivorstand und Kontrollkommission der Dank für ihre mühevolle Arbeit ausgesprochen.

**Vorsitzender Dietz:** Es wäre jetzt die badische Budgetfrage zu behandeln. Da aber unser Genosse Bebel noch nicht wieder so frisch ist, wie es seinerseits und von seiten aller Genossen zu wünschen wäre, hat er gebeten, diesen Punkt auf morgen früh zu verschieben. Ich schlage also vor, jetzt den Punkt 7, Maifeier, zu behandeln.

Der Antrag wird widerspruchslos angenommen.

**Die Maifeier.**

Berichterstatter Parteisekretär **Müller:** Auf jedem Parteitag haben wir uns mit der Frage der Maifeier beschäftigt. Bei allen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen waren wir im Grunde einig, daß die Maifeier an Ausdehnung gewinnen muß, und daß besonders ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, Zunahme finden müßte. Die diesjährige Maifeier hat eine ganz

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

außerordentliche Beteiligung gefunden. In erster Linie wurde sie durch die politische Situation gefördert, stand sie doch im Zeichen der Wahlrechtskämpfe. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteivorstand hat noch einen besonderen Aufruf herausgegeben, in dem er die Organisationen auch in Süddeutschland aufforderte, durch eine imposante Wahlrechtsmaifeier die preußischen Genossen zu unterstützen. Aber darüber wollen wir uns nicht täuschen, daß außerdem noch für die besondere Ausdehnung der diesjährigen Maifeier maßgebend war, daß der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. (Sehr richtig!) Dadurch wurde die Teilnahme den Schichten des Proletariats ermöglicht, die in andern Jahren nicht dazu in der Lage sind. So ließen sich denn wieder jene Stimmen vernehmen, die überhaupt die Maifeier am ersten Sonntage im Mai vorgenommen sehen möchten. Aber so weit man die Presse und die Aeußerungen der Organisationen verfolgen kann, haben diese Wünsche sehr wenig Anklang gefunden. In der Zeit der großen aktuellen Demonstrationen besteht in weitesten Kreisen der Partei keine Neigung, die Maifeier zu ändern. Auch der Wunsch, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen eine Aenderung in bezug auf die Maifeier herbeiführen könnte, hat kein Echo gefunden. Ich habe das schon im vorigen Jahre vorausgesagt. Auf den internationalen Kongressen ist keine Neigung vorhanden, die Arbeitsruhe abzuschaffen. Die Art und Weise der Maifeier hängt immer ab von den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und der Schwerpunkt der Maifeier ist deshalb in die Organisationen des einzelnen Landes zu legen. Wir haben nun die Aufgabe, alles zu tun, daß auch im nächsten Jahre eine würdige Maifeier zustande kommt. Die politische Situation ist der Maifeier auch im nächsten Jahre günstig. Der preußische Wahlrechtskampf ist nicht abgeschlossen. Die Wahlrechtsvorlage wurde Bethmann-Hollweg zerrissen zurückgegeben. Wir gehen im nächsten Jahre den Reichstagswahlen entgegen. Wir haben uns im vorigen Jahre eingehend mit der Frage der Unterstützung der nach der Maifeier Ausgesperrten beschäftigt, um dafür zu sorgen, daß auch diese Frage, die so lange eine Rolle in den Maifeierdebatte gespielt hat, gelöst wird. Wir sind zu einer Einigung gekommen, auf die ich nur kurz eingehen will. Es sollten zusammenhängende Wirtschaftsgebiete gebildet werden, die über die Maifeierfonds Vereinbarungen treffen sollten. Die Zuteilung der einzelnen Orte an diese Bezirke sollte nur mit ihrer Einwilligung erfolgen. In 13 Bezirken ist eine Einigung erfolgt, in 5 Bezirken schweben noch die ziemlich weit fortgeschrittenen Verhandlungen, aus 30 Bezirken, unter denen sich allerdings eine Reihe kleinerer befinden, haben wir noch keinen Bescheid. Aber überall muß jetzt sehr bald daran gegangen werden, die Vorbereitungen zu Ende zu führen, damit der 1. Mai des nächsten Jahres uns nicht unvorbereitet findet. Bereits im Januar sollen ja die Kommissionen zusammentreten und die Vorbereitungen treffen, die wirtschaftliche Konjunktur wird ja wahrscheinlich das nächste Mal eine bessere sein. Vor allem kommt auch das sozialpolitische Moment in Betracht. Bekanntlich war ursprünglich die Maifeier als Propaganda für unsre sozialen Ziele gedacht. Im letzten Dezennium ist nun auf dem Gebiet der Sozialpolitik so wenig geleistet wie noch in keinem andern Dezennium, obwohl doch Bülow nach den Mandatsverlusten der Sozialdemokratie im Jahre 1907 gesagt hat, daß jetzt erst recht Sozialpolitik getrieben werden solle. Wenn wir alle diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stellen, so werden wir unzweifelhaft im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier begehen können. (Lebhaftes Bravo!)

In der Diskussion meldet sich niemand zum Wort.

Vorsitzender Dietz: Wir kommen dann zur Abstimmung. (Berichterstatter Müller meldet sich zum Wort.) Wollen Sie noch ein Korreferat halten? (Große Heiterkeit.)

Müller bittet in seinem Schlußwort um Ablehnung aller Anträge. Da im nächsten Jahre die Probe auf die neue Vereinbarung zu machen ist, hat es jetzt absolut keinen Zweck, daran etwas zu ändern.

Vorsitzender Dietz: Der Berichterstatter beantragt Ablehnung aller Anträge en bloc. Das ist nur möglich, wenn niemand widerspricht. (Liebknecht: Ich widerspreche!) Dann kommen wir zur Einzelabstimmung.

Der Antrag Nürnberg, daß der 1. Mai nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll, wird mit 154 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Einige weitere Anträge werden in einfacher Abstimmung abgelehnt. Angenommen wird der Antrag des 1. pfälzischen Wahlkreises.*

### Der Internationale Kongreß in Kopenhagen.

Es folgt nunmehr die Verhandlung über Punkt 8: Internationaler Kongreß in Kopenhagen. Anstelle Singers referiert darüber

**Richard Fischer-Berlin:** Bei der ausführlichen Berichterstattung unsrer deutschen Presse bin ich hier einer eingehenden Berichterstattung überhoben, zumal auf diesem Kongreß die Meinungen der Genossen verschiedener Länder weniger als je auseinandergingen. Die Gegner freilich meinten, daß der Kopenhagener Kongreß weniger bedeutungsvoll für die Geschichte der internationalen modernen Arbeiterbewegung war, als seine Vorgänger. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die deutsche bürgerliche Presse unserm Siegeslauf gegenüber bestrebt ist, Vogel-Strauß-Politik zu treiben. In völliger Uebereinstimmung mit dem Ruhebedürfnis des philosophischen Prügelsjungens in der Wilhelmstraße (Heiterkeit), hat das offizielle Wolffsche Telegraphenbureau über die Verhandlungen möglichst wenig berichtet. (Hört, hört!) Aber gerade dieser Versuch des sich Blind- und Taubstellens der bürgerlichen Presse erhöht die Bedeutung des Kopenhagener Kongresses. Für seine Bedeutung spricht auch, daß er die höchste Zahl aller Delegierten der bisherigen Kongresse aufgewiesen hat, nämlich 887. Vielleicht war allerdings diese Zahl ein Beweis dafür, daß des Guten etwas zu viel getan ist. Mit Ausnahme der drei Länder der brutalsten Verfolgung, Finnland, Rußland und Argentinien, ist in allen Ländern ein erfolgreiches Vordringen der sozialistischen Bewegung zu konstatieren. Acht Millionen klassenbewußter Arbeiter aus 33 Nationen hatten in Kopenhagen ihre Vertretung. Obwohl Dänemark ein kleinbürgerliches und kleinbäuerliches Land ist, dürfen wir seine Arbeiterbevölkerung als geradezu vorbildlich hinstellen für die Internationale. Dänemark hat 100 000 sozialdemokratische Wähler, 23 sozialdemokratische Abgeordnete, 120 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, 120 000 Leser der 33 verschiedenen Tageszeitungen, also genau so viel Leser wie organisierte Arbeiter. (Beifall.) Das müssen wir unsern dänischen Genossen nachmachen. Das zu erreichen muß unser Stolz sein, weil das zugleich auch unsre Pflicht ist. (Lebhafter Beifall.) Und so wie in Dänemark, so ist es in Kopenhagen und seinen zwei sozialdemokratischen Bürgermeistern, mit seinen noch zur Hälfte sozialdemokratischen Stadtverordneten. Und alle diese Erfolge sind nicht etwa die Folge einer besonderen politischen Konstellation, sondern die Frucht jahrelanger ernster Arbeit, des Zusammenwirkens politischer gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Bewegung. (Lebhafter Beifall.)

Tiefere Meinungsverschiedenheiten sind auf dem Kongreß nicht zutage getreten, wenn auch nicht alle Punkte so erledigt worden sind, wie einzelne Personen es wohl wünschten. Das liegt nun einmal im Wesen der internationalen Kongresse. Wir werden immer mehr gezwungen, auf den internationalen Kongressen der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der einzelnen Länder Rechnung zu tragen. Aber überall ist der in seinem Wesen revolutionäre Geist des Proletariats in den einheitlichen Beschlüssen der Internationale zum Ausdruck gekommen. So sind wir zum Beispiel trotz aller Verschiedenheiten der Voraussetzungen zu einem einheitlichen Beschluß über das Genossenschaftswesen gekommen. Der Beschluß über die Genossenschaften dokumentiert einen wesentlichen Fortschritt in der Auffassung. Wohl sind die Genossenschaften nicht das Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, aber sie sind eine wirksame Waffe im Kampf der Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung, und daher ist es die Pflicht der klassenbewußten Arbeiter aller Länder, durch ihren Eintritt die Genossenschaften zu solchen Waffen umzuwandeln. So hat der Kopenhagener Kongreß die immer innigere und einheitlichere Verbindung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung beschlossen. Einen wesentlichen Fortschritt hat der Kongreß auch durch seinen Beschluß über die Gewerkschaftsfrage herbeigeführt. Bekanntlich beriefen sich sowohl die Reichskommission der österreichischen Gewerkschaften wie die Tschechen auf die Beschlüsse von Stuttgart. Es ist auch unzweifelhaft, daß der Stuttgarter Kongreß, als er die Einheitlichkeit von Partei und Gewerkschaft in den einzelnen Nationen beschloß, die Staaten als Zusammenfassung der unter gleichen wirtschaftlichen und politischen Grundbedingungen lebenden Völker gemeint hat. Vergegenwärtigen wir uns nur doch die ungeheuren Konsequenzen der tschechischen Auffassung. Da es in Nordamerika vielleicht 30 bis 40 verschiedene Nationen gibt, so müßte man nach dieser Auffassung doch ebenso viele Gewerkschaften haben, und da die Sprachgebiete nicht räumlich getrennt sind, könnte leicht der Fall eintreten, daß in jeder Fabrik drei bis vier und noch mehr verschiedene Organisationen desselben Berufs vertreten sind. Die Tschechen haben sich keineswegs mit tschechischen Gewerkschaften im tschechischen Sprachgebiet begnügt, sondern überall im ganzen Reich, wohin tschechische Arbeiter wandern, ihre Gewerkschaften errichtet. (Hört, hört!) Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn hier in Deutschland dänische, wendische, polnische, kassubische und masurische Gewerkschaften begründet würden. (Heiterkeit.) Nun ist ja den Tschechen zuzugestehen, daß sie glauben, tschechische Gewerkschaften für die finanzielle Unterstützung der Partei und für den Kampf gegen die politische Mißleitung der Arbeiterschaft nötig zu haben. Aber für die Internationale waren diese Gründe nicht vorhanden. Die Internationale mußte diese Gründe als schädlich abweisen und die Abweisung ist auch erfolgt, jedoch ist das internationale Sekretariat der Gewerkschaften beauftragt worden, das möglichste für die Beseitigung des Zwiespalts in der österreichischen Arbeiterbewegung zu tun.

Auch die Frage der internationalen Solidarität hat in Kopenhagen zu gewissen Differenzen geführt. Die Franzosen und Engländer sind wohl für weittragende Resolutionen zu haben, aber nicht für die praktische Verwirklichung und Durchführung. Bei der großen dänischen und der großen schwedischen Aussperrung haben die Deutschen, die Oesterreicher und die Schweizer nach Kräften geholfen, wo aber die Hilfe ausblieb, das war in Frankreich und in England. England versagte in dem Augenblick, wo seine großen reichen Gewerkschaften für den gewerkschaftlichen Gedanken materielle Opfer bringen sollten. Bei Frankreich war es genau dasselbe. In Kopenhagen ist den Engländern rund heraus gesagt worden, daß es so nicht weiter geht. Die Engländer sprachen zu ihrer Entschuldigung von dem Durchgangsstadium zum Sozialismus, in welchem sich ihre Gewerkschaften befinden. Ich möchte das hoffen, aber dieselbe Rede hören wir schon seit 20 oder 25 Jahren. Zum Teil von den Gewerkschaftlern, zum Teil von Leuten, die da glauben, über das Streben der englischen Gewerkschaften genau unterrichtet zu sein. Stichhaltiger ist der Einwand der Engländer, daß sie nicht über eine Tagespresse wie die deutsche verfügen. Das sollte aber um so mehr ein Ansporn für die Engländer sein, sich genau wie die Deutschen eine Tagespresse zur Durchführung ihrer Anschauungen anzuschaffen. Die Satzungen der englischen Gewerkschaften sind zurzeit noch so beschaffen, daß es den Abgesandten der schwedischen Ausgesperrten unmöglich war, auf dem englischen Gewerkschaftskongreß zu seitten englischen Brüdern zu sprechen. (Hört, hört!) So geht es nicht weiter, und es war angebracht, den Engländern die Wahrheit zu sagen.

Die Frage der Stellung zum Militarismus und zum Kriege ist in Stuttgart grundsätzlich entschieden worden. Wieder wollten einzelne Nationen, wie England und Frankreich, bestimmte Mittel vom Kongreß beschlossen wissen, die beim Ausbruch eines Krieges anzuwenden seien, wie Generalstreik oder Streik in den Industrien, die das Kriegsmaterial liefern und transportieren. Deutschland, Oesterreich und Italien erklärten rund heraus, daß dieser Weg für sie nicht gangbar wäre. Es fehlt schon, von allem andern abgesehen, die eine Vorbedingung der Gleichartigkeit der Zustände und Verhältnisse. In Deutschland und zum Teil auch in Oesterreich und in Frankreich haben wir Staatsbahnen und andre Staatsbetriebe, die es heute den Arbeitern nahezu unmöglich machen, sich öffentlich den Gewerkschaften anzuschließen. Wie kann man da an die Verhältnisse in Deutschland denselben Maßstab anlegen wie an Länder mit Privatbetrieben? Die offene Agitations- und Organisationsmöglichkeit ist aber doch die Voraussetzung, wenn in einem solchen Fall die Stimme der Arbeiter überhaupt gehört werden soll. (Sehr richtig!) Von den politischen Voraussetzungen spreche ich hierbei nicht. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wo immer sich Gelegenheit bot, ihre Pflicht erfüllt in Protesten, und vielleicht hat schon die bloße Existenz des zielbewußten, festgeschlossenen deutschen Proletariats in einer ganzen Reihe von Fällen die Regierung von einem Kriege abgehalten, weil sie nicht wußte, was nach dem Kriege kommen könnte. (Sehr richtig!) Daher konnte der Kongreß die Resolution Keir Hardie nicht in dem Sinne annehmen, daß er allen Nationen eine allgemeine Verpflichtung auferlegt. Um aber die Möglichkeit zu haben, auch in dieser Frage einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen, hat man die Resolution dem internationalen Bureau zum Studium überwiesen. Dieser Weg ist für die internationalen Kongresse notwendig. Sie können nur allgemeine Richtschnuren annehmen. Mehrheitsbeschlüsse können nicht gefaßt werden, weil der Internationale Kongreß keine Möglichkeit hat, seine Beschlüsse gegen das Widerstreben einer Minderheit zur Durchführung zu bringen. Daher sind Beschlüsse unvermeidlich, die manchem nicht weit genug gehen und wohl auch nicht genügend klar erscheinen.

Der Internationale Kongreß ist die Stelle, von der die Verfolgten und Unterdrückten aller Länder Rettung, Hoffnung, Sympathie und Hilfe erwarten. So hat denn der Kongreß von Kopenhagen einheitlich Sympathiekundgebungen beschließen können gegen die Verfolgungen und Unterdrückungen in Japan, Persien, Argentinien, Finnland, Spanien, zugunsten des Asylrechts und zur Verdammung der Todesstrafe, dieses gesetzlichen Mordes. Dabei können wir auf einen hübschen Gegensatz hinweisen. Während sich in Kopenhagen das Proletariat der ganzen Welt einmütig gegen dies Ueberbleibsel aus der Barbarei erklärte, beschlossen in Danzig die erleuchtetsten Geister der deutschen Juristenwelt die Weiterexistenz der Todesstrafe. (Hört, hört!) Sie gingen sogar noch weiter. Unter Führung des inzwischen natürlich zum Senatspräsidenten am Reichsgericht emporgestiegenen Olshausen, desselben Olshausen, der vor einigen Jahren unsern Genossen Liebknecht wegen ehrloser Gesinnung mit Zuchthaus bestrafen wollte, wurde eine Propaganda für die Ausdehnung der Todesstrafe auf alle Verbrechen des sogenannten Hochverrats eingeleitet. (Hört, hört!) Alle Zweifel daran, daß unsre ganze Justiz in Deutschland heute nichts andres ist, als ein Werkzeug des Klassenstaats, hat die erleuchtete Versammlung der Juristen in Danzig beseitigt. Der Hochverrat soll mit dem Tode bestraft werden. Natürlich nur, wenn er nicht erfolgreich war. Wenn er erfolgreich war, wie seinerzeit gegen den König von Hannover, wird er gewöhnlich noch mit Dotationen für den Urheber des Hochverrats von oben belohnt. (Sehr gut!)

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen können wir zufrieden sein. Anders ist die Frage, ob der Apparat in der bisherigen Weise weiter funktionieren kann. Bei 900 bis 1000 Delegierten in vielsprachiger Zusammensetzung kann von einem Verhandeln und von einer Klärung der Meinungsverschiedenheiten keine Rede mehr sein. Die Hälfte ist mehr als ausreichend. (Sehr richtig!) Auch müssen die Gegenstände der Tagesordnung besser vorbereitet sein. Hier ist nicht der Ort, Vorschläge zur Aenderung zu machen. Der Parteivorstand muß sich mit den Parteileitungen der andern Länder in Verbindung setzen, um Mittel und Wege zur Aenderung ausfindig zu machen. (Zustimmung.) Dadurch machen wir die Internationalen Kongresse verhandlungsfähiger und erhöhen auch, wie es unser aller Wunsch ist, ihre Bedeutung. (Lebhafter Beifall.)

Peus-Dessau: Der Kongreß war nicht verhandlungsfähig, einmal wegen der zu großen Zahl der Delegierten, dann aber auch wegen der Vielsprachigkeit. (Aha! und Lachen.) Obwohl ich erwarten durfte, daß diese Worte mit Gelächter aufgenommen werden würden, will ich doch die Gelegenheit ergreifen, die Aufmerksamkeit des Parteitages darauf zu lenken, daß es heute schon ein Mittel gibt, internationale Kongresse verhandlungsfähiger zu gestalten. Ich bitte sie deshalb, schenken Sie dieser speziell für die Sozialdemokratie höchst wichtigen Angelegenheit etwas ernste Aufmerksamkeit. (Heiterkeit.) Ihr Spott beweist nur Ihre ungenügende Information. Wenn Sie sich nächsten Mittwoch darüber unterrichten wollen, ich biete Ihnen dazu Gelegenheit. (Zuruf: Ido!) Ja, Ido. (Heiterkeit.)

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erschöpft.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden soll jetzt der Antrag, betreffend die taktischen Differenzen über die Steuerfrage in der elsaß-lothringischen Parteiorganisation, zur Verhandlung kommen. Hierzu liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, den Antrag 77 auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Emmel-Mülhausen bittet, dem nicht begründeten Geschäftsordnungsantrag nicht stattzugeben, sondern den Antrag 77 über die Differenzen in der Steuerfrage jetzt zu verhandeln.

Mauerer-München (zur Geschäftsordnung): Solche plötzlich hereingeworfenen Fragen dürfen nicht flüchtig behandelt werden. Es handelt sich um eine sehr komplizierte Frage. Befassen wir uns heute damit, so kommt kein gründlich durchgesprochener Beschluß zustande. Daher bitten wir um Annahme unsres Geschäftsordnungsantrages, hinter dem doch wirklich keine versteckte Absicht zu wittern ist.

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen. Der Antrag 77 kommt also nicht zur Verhandlung.

### Mandatsprüfungen.

Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Fischer-Hannover: Es sind 380 Teilnehmer anwesend, darunter 315 Delegierte, 18 Genossinnen, 30 Reichstagsabgeordnete, 6 Mitglieder der Parteileitung, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, ferner der Geschäftsführer von Auer u. Co.-Hamburg und ein Vertreter des Vorwärts. Einige Proteste sind eingelaufen. Beim Protest gegen die Genossen Hänisch und Schöbel handelt es sich nur um kleinliche Bemängelungen. Ferner sind Proteste eingelaufen sind gegen die Mandate des Genossen Willi Grütz und der Genossin Rosa Luxemburg, die vom Wahlkreise Lennep-Mettmann gewählt sind. Der Protest rügt, daß bei der Wahl der beiden Delegierten nicht gemäß dem dortigen Kreisstatut verfahren wurde, sondern daß sie auf der Kreisgeneralversammlung in Vorschlag gebracht wurden, während nach dem Statut diese Vorschläge erst den einzelnen Mitgliedschaften zur Begutachtung zu unterbreiten gewesen wären. Wir haben keine andre Auffassung gewinnen können, als daß nicht nach dem Statut verfahren wurde. Die Beschwerde erklärt ausdrücklich, daß sie sich nicht gegen die Personen, sondern dagegen wendet, daß nicht nach dem Statut verfahren wurde. Man braucht kein Statut, wenn man über die Bestimmungen einfach hinweggehen will. Deswegen hat die Kommission dem Parteitag die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate vorgeschlagen. In der Beschwerde wird weiter gesagt, daß Genosse Gewehr auf der Konferenz erklärt habe, Genossin Luxemburg habe ihm geschrieben, sie kriege kein Mandat in ihrem Wohnort. (Zuruf: Das ist ja nicht wahr!) Wir haben auch Genossen aus dem Kreise um Aufschluß ersucht. Sie haben uns gesagt, es sei schon jahrelang so gehalten worden wie diesmal, aber Statuten werden doch gemacht, damit sie gehalten werden. (Sehr richtig!) Wir wollen den Parteitag nicht beeinflussen, aber wir konnten nach den vorliegenden Tatsachen nur den Antrag auf Ungültigkeitserklärung stellen. (Zurufe: Urabstimmung erwähnen!) Die Urabstimmung hat wohl die Wahl der zwei Delegierten ergeben, aber das genügt nicht, um das beliebte Verfahren zu rechtfertigen. Da brauchten wir uns an die Statuten nicht zu halten, sondern wir könnten jedesmal anders vorgehen und anders entscheiden. (Zustimmung.)

Faure-Braunsdorf: Zunächst ist die Aeußerung Gewehrs richtigzustellen. Gewehr hat lediglich erklärt, die Genossin Luxemburg sei an den Debatten eng beteiligt und es sei daher wünschenswert, daß sie auch delegiert werde. Dieser Anregung hat man aus dem einfachen Grunde aufgenommen, weil die Stimmung in dem Kreise mit den Anschauungen der Genossin Luxemburg übereinstimmt. Was die formelle Seite der Frage anlangt, so hat tatsächlich jahrelang die Uebung bestanden, daß die Kreiskonferenzen Vorschläge machten. Das steht nicht im Statut, aber es steht darin, daß sie die höchste Instanz des Kreises ist und deswegen das Recht der Ergänzung der Vorschläge bezw. anderer Vorschläge hat. Die Kreiskonferenz ergänzte die von den einzelnen Ortsgruppen vorgeschlagenen Namen, indem sie Grütz und die Genossin Luxemburg und Lehmann mit auf die Liste setzte. Es wurden 1048 Stimmen abgegeben, von denen 993 auf die Genossin Luxemburg fielen, 850 auf Grütz und meine Person. Selbst wenn in der Form gefehlt sein sollte, muß doch diese wirklich großartige Urabstimmung entscheidend sein. (Sehr richtig!) Der Protest ist nur von einzelnen Personen erhoben worden, ich weiß nicht, ob von den Genossen, die auch auf der Vorschlagsliste standen. Da dem einzelnen in unserm Kreise das Recht genommen worden ist, Vorschläge zu machen, sollte auch solchen Protesten keine Rechnung getragen werden. Ich bitte, den Antrag der Mandatsprüfungskommission abzulehnen und die Mandate für gültig zu erklären. (Beifall.)

Stadthagen: Auch ich bitte, die beiden Mandate für gültig zu erklären. Es ist hier eine so verkehrte Buchstabenklauberei getrieben worden, wie sie noch niemals von dem größten Rabulisten, Winkelkonsulenten oder Kammergerichtsrat betrieben worden ist. (Sehr richtig!) Die Vorschrift, daß die Vorschläge vorher den einzelnen Ortsgruppen unterbreitet werden sollen, ist nicht derartig zwingender Natur, daß ihre Nichtbeachtung die Ungültigkeitserklärung zur Folge haben müßte. Auch die geübte Praxis spricht dafür, daß die Mandate nicht für ungültig erklärt werden können. Jahrelang haben die Kreiskonferenzen anders gehandelt. Die Vorschrift hat nur die Bedeutung, daß alle einzelnen Ortschaften möglichst vorher wissen sollen, wer denn eigentlich vorgeschlagen ist. Es kommt in Betracht, daß eine Urabstimmung stattgefunden hat und daß dabei von 1048 Stimmen 955 für die Gewählten abgegeben worden sind. Wer da noch behaupten will, die Wahl sei nicht der Ausdruck des Willens des Kreises, den verstehe ich nicht. Gegenüber der Betonung des formalen Rechts ist zu sagen, daß gerade wir Sozialdemokraten doch stets das lebendige Recht gegenüber dem Buchstabenrecht betonen. (Sehr gut!) Ich bitte dringend, dem Willen des Kreises nicht zu nahe zu treten, sondern die beiden Mandate für gültig zu erklären. (Lebhafter Beifall.)

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

* 87. 1. pfälzischer Wahlkreis: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, mehr als bisher für die Propagierung der Maifeier zu tun. So möge der Parteivorstand veranlassen, daß während des Monats April ein Flugblatt herausgegeben wird, eventuell dasselbe selbst herausgeben, welches die Bedeutung der Maifeier für das Proletariat darlegt und zur Agitation für dieselbe auffordert.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 218


## Die Insel.

Erzählungen und Skizzen aus den Stockholmer Schären.
Von Gustav Janson.

2] [Nachdruck verboten.

### Nisse Nöid

Der Herbst war vorüber, und der Winter hielt mit Sturm und Schneegestöber seinen Einzug. Die Kammer, die Nöid fortgesetzt bewohnte, bestand aus einem Verschlag, durch eine dünne Bretterwand vom Viehstall getrennt, woselbst die fünf Kühe und einige Schafe, zusammengedrängt in ihren Ständen, bald mit dem Alten vertraut wurden. Dieser befand sich selbst wohl unter dem Vieh und erwähnte niemals die ihm versprochene Kammer. Völlig befriedigt mit einigen ausrangierten Betten und einer gebrechlichen Schlafbank, die sich müde an die Bretterwand lehnte, ging er allen so viel als möglich aus dem Wege. Mit sich selbst redend, machte er sich den Tag lang mit dem Vieh zu schaffen und kroch abends auf seine Schlafbank, murmelte und lachte in sich hinein, bis er endlich einschlief.

Als Oeman seinen Stall inspizierte, konnte er nicht umhin einzugestehen, daß alles schon nach Verlauf einer Woche ein andres Aussehen hatte. Nach einem Monat vermochte der Bauer kaum sein Eigentum wiederzuerkennen. Jedes Ding war an seinem Platz, rein und geputzt. Die Kühe glänzten vor Wohlbefinden, ohne daß der Vorrat an Futter deshalb hurtiger abnahm, und nirgend war in den Winkeln Schmutz und Kehricht aufgehäuft. Daß Nöid sich auch auf andre Weise nützlich machte, mußte Oeman schweigend zugeben, obwohl er es nicht erwähnte, am allerwenigsten dem Alten gegenüber. Sprach er mit seiner Frau davon, entgegnete sie mürrisch und ungeduldig:

„Ach was, er ist ja nicht recht klug."

Oeman gab zu, daß dies ein großer Fehler war, und wenn Nöid sich nicht über die ihm zuteil werdende Behandlung beklagte, fiel es dem Bauern nicht ein, dessen Lage zu verbessern. Außerdem nahmen ihn die Streitigkeiten mit den Nachbarn in Anspruch.

Wie gewöhnlich pflegten in den Wintermonaten alte Zwistigkeiten zwischen den Inselbewohnern wieder aufzuleben. Derbe Worte wurden gewechselt, drohende Fäuste geballt, während man einander Prügel verhieß und vor finsteren Abenden warnte. Zwar kam es selten zu Handgreiflichkeiten, aber der Haß glimmte wie glühende Kohle unter der Asche des täglichen Lebens, und die unausgesetzten Reibereien reizten die Gemüter zu unbeherrschten Ausbrüchen.

Es blieb Oeman nicht verborgen, daß er und namentlich seine Frau bei den Nachbarn unbeliebt waren. Das ärgerte beide, und da sie nicht wagten übereinander herzufallen, suchten sie einen Sündenbock, den ihnen der Zufall in Gestalt des alten Nöid zugeführt hatte. Sie versäumten daher keine Gelegenheit, ihre üble Laune an ihm auszulassen, wobei ihnen die Nachbarn getreulich halfen. Wo er sich blicken ließ, schallte ihm Hohngelächter entgegen, was er stets mit einfältigem Grinsen beantwortete, als bäte er alle höflich um Vergebung, daß er auf der Welt sei. Er verkroch sich in Winkeln, verbarg sich stundenlang an unzugänglichen Orten, und wurde er entdeckt, zeigte er dasselbe dumme Lächeln, das sich seit dem ersten Tage seiner Ankunft in den Falten seines zahnlosen Mundes eingenistet hatte. Daß der Alte jämerlich feig sei, wußte jedermann auf Djupnäs, das keine Abwechslung in dem täglichen Einerlei darbot, weshalb man es als eine willkommene Zerstreuung ansah, Nöid nach Herzenslust zu foppen, und geschah es einmal, daß jemand sich dazwischen legte, hörte jener ohne zu blinzeln das allgemeine Stichwort: „Ach was, er ist ja nicht recht klug."

Alle Anfechtungen verhinderten jedoch den Alten nicht, seine Obliegenheiten pflichtgetreu zu verrichten, und stets war er beschäftigt, etwas auszubessern, zu verändern oder vor Verfall zu beschützen. Aber langsam und sicher gelang es seiner Umgebung, ihn aus ihrem Kreise zu verdrängen und zu einer unwürdigen Stellung zu erniedrigen. Welche Erfahrungen er gesammelt hatte, blieb allen verborgen, niemand fragte danach, und als er sich zuletzt ausschließlich an das Vieh wandte, überließ man ihn seinem Schicksal. Er wurde menschenscheu und verschlossen und versank in einen Zustand der Abgestumpftheit, aus dem er sich weder zu erheben wagte noch vermochte. Die Lumpen hingen um seinen mageren Körper, sein wilder und zerzauster Bart glich einem Wachholdergestrüpp, und Waschwasser war für ihn ein seltener Luxus. Er schien sich selbst zu den Ausgestoßenen zu rechnen und die Ansicht aller zu teilen, daß er allein weder Hilfe noch Rücksicht verdiene. Aber zwischen dem Schmutz und den struppigen Bartfetzen war das stehende Grinsen wie ein verirrter Sonnenreflex übriggeblieben und erschreckte fast den Beschauer, der nicht begriff, wie ein solches Geschöpf noch lachen konnte.

* * *

Der Frühling nahte mit linden Lüften, Wogenschwall, Vogelgezwitscher und dem vielstimmigen Gesumm der Insekten. Die Menschen in den engen, ängstlich geschlossenen Stuben legten die mürrische Laune beiseite und gaben sich lachend neuerwachten Hoffnungen oder frohen Träumen hin. Die Mützen schief auf dem Ohr, traten sie mit schelmischen Mienen hinaus in die erwachende Natur, selbst zu neuem Leben erwacht, bereit zu geben und zu empfangen. Der einzige, der stets derselbe blieb, war Nöid. Geblickt und bucklig stand er in der Stalltür, mit der Hand die Augen beschattend, und blinzelte mißtrauisch die Sonne an. Die Inselbewohner schwatzten und scherzten gutmütig auf ihre plumpe Weise mit ihm, er aber kroch bei jeder Annäherung furchtsam zusammen, wie um einem Schlage auszuweichen, murmelte einige unverständliche Worte und verschwand in der dumpfen Dämmerung des Stalls. Er und Mutter Oeman blieben sich immer gleich. Sie fuhr fort, ihre Umgebung anzuschnauzen, und vor ihr allein scharwenzelte Nöid, wie ein Hund, der sich vor Prügeln fürchtet, wenn er die barsche Stimme seines Herrn hört.

Vater Oeman, der den bösen Leumund der Nachbarn scheute, versuchte die Frau zu bewegen, im Beisein andrer einen freundlicheren Ton anzuschlagen, welche Zumutung sie hartnäckig mit der Entgegenung zurückwies, daß ihr der unflätige Alte unleidlich sei, weshalb sie den Kindern verbot, seine Kammer zu betreten und ihm boshafte Schimpfworte nachrief, sobald sich eine Gelegenheit darbot. Zu allem grinste Nöid, nickte im Takt zu ihren Schmähworten und versuchte ihr zu entwischen, sobald sie sich zeigte.

Hin und wieder flammte noch der Streit zwischen den Nachbarn auf, um doch bald zu erlöschen und gewöhnlich in einem langen, halb gezwungenen Gelächter zu endigen. Nur bei Oemans währte der Zwist fort, heftiger und halsstarriger denn je. Von den unbedeutendsten Kleinigkeiten wurde Aufhebens gemacht, und der Zank nahm kein Ende, bis Oeman das Haus fluchend verließ. Wehe dann dem Armen, wenn Nöid zufällig seinem Brotherrn in den Weg kam.

Die Bewohner von Djupnäs hatten mit ihren scharfen Augen für die Fehler ihrer Mitmenschen seit langer Zeit beobachtet, was sich beinahe täglich in Oemans Haus wiederholte. Sie blinzelten einander heimlich zu und äußerten flüsternd, daß die Folgen nicht ausbleiben würden. Die Geduld des Alten erschien ihnen unbegreiflich, und Andersson, der nicht ohne Grund für einen klugen Kopf galt, ergriff eines Tages die Gelegenheit, an das Gehege von Oemans Kartoffelacker gelehnt, dem Bauern warnend die Meinung aller anzuvertrauen, daß er sich vor Nöid in acht nehmen solle: „Stille Wasser sind tief! Paß auf, daß ihm keine Waffe in die Hände kommt, sonst kann was passieren, denn — offen gestanden — du hast den armen Teufel schlecht behandelt."

Oeman blickte nach dem Stall hinüber, dann hinauf zum Hause, wo seine Frau auf der Treppe stand, kratzte sich nachdenklich hinterm Ohr, zog die Hosen hinauf und ging ohne ein Wort davon.

* * *

Während der Sommerzeit bewohnten die Bauersleute eine kleine Hütte am Strande, die mit dem Schuppen zusammengebaut war, während ein Stockholmer Großhändler die Winterwohnung inne hatte. Der war ein gemütlicher, redseliger Mann, der sich damit amüsierte, den Bauern Räubergeschichten aufzubinden und deren berechtigte Zweifel mit billigem Kognak zu besänftigen. Er entdeckte bald Nöid und erwählte ihn zur Zielscheibe seiner Neckereien, und es gehörte zu seiner täglichen Zerstreuung, dem Alten mit einem Schnaps aufzuwarten. Wenn Nöid, der nicht an Spiritus gewöhnt war, nach seinem Verschlag taumelte, hielt sich der Großhändler den Bauch vor Lachen, in das seine Gattin und Kinder von der Diele her, wo jetzt karierte Gardinen in der Zugluft wehten, einstimmten. Unten beim Schuppen standen Mutter Oeman samt ihren hoffnungsvollen Sprößlingen und ergötzten sich am Spaß, am Bretterzaun hing die Jugend der Nachbarschaft, indessen die betreffenden Väter und Mütter hinzueilten, um nach dem Grunde des ungewöhnlichen Frohsinns zu forschen, selbst Oeman steckte die Nase um die Ecke und ergötzte sich am Schauspiel.

Ueber die Anhöhe schwankte Nöid, der, mit den Armen in der Luft fechtend, die Lustigkeit der andern teilte und sie noch durch Geheul und Sprünge erhöhte, sobald sie nachzulassen drohte. An der Grube neben dem Düngerhaufen stolperte er auf einer morschen Planke und fiel kopfüber in die braune, hoch aufspritzende Flüssigkeit. Nach einer Weile kroch er heraus, seliges Lächeln auf dem schmutzigen Gesicht, in dem die sonst so leblosen Augen, vom Rausch begeistert, in einfältiger Verwirrung glänzten, worauf er in seinem Verschlag verschwand.

Der Großhändler, dessen Freigebigkeit den Frohsinn hervorgelockt hatte, betrachtete sich als den allgemeinen Wohltäter, weshalb er gern den billigen Spaß wiederholte, und Nöid ließ sich nicht zweimal rufen, wenn die Aufforderung zu einem guten Schluck über den Hof ertönte.

Trotz alledem verrichtete er seine Arbeiten gewissenhaft und begleitete selbst morgens seinen Brotherrn auf die See hinaus, obwohl man munkelte, daß es auf diesen Touren nicht ohne Prügel abginge. Wie es sich damit verhielt, erfuhr niemand. Nur bemerkte man, daß Nöids Augen in jüngster Zeit die letzte Spur von Ausdruck eingebüßt hatten und scheu zur Seite flackerten, sobald ihn jemand anredete, obwohl er kaum den Sinn der Worte begriff. Nur das unheimliche, stereotype Grinsen spielte nach wie vor um die Mundwinkel, als verberge sich ein Geheimnis dahinter.

„Glaube mir, er ist nicht so einfältig, wie er aussieht," bemerkte Andersson eines Abends im Gespräch mit Oeman, der nur ein höhnisches Gelächter zur Antwort hatte.

„Hohen Lohn gebt ihr ihm wohl nicht," fügte der reiche Bauer absichtlich hinzu — „Oder doch?"

„Lohn, Lohn?" fertigte ihn Oeman ab, „das fehlte noch, wir halten ihn, wie ers verdient. Hat er sich etwa beklagt, he?"

Man muß das Ende abwarten, oder hast du vergessen, was ich dir gesagt habe?"

* * *

Ein Kanonenschuß erdröhnte, und der Donner des Geschützes rollte über die Insel dahin, weckte eine Reihe schlummernder Echos und erstarb zwischen den Kiefern in einem Moor. Nöid, der auf der Treppe vor dem Hause saß und die Ueberbleibsel vom Mittagstisch des Großhändlers verzehrte, ließ den Teller aus der Hand fallen und sprang von seinem Sitze auf. Ein Funken erglimmte in den leblosen Augen, die nach der Richtung starrten, aus welcher der Schall gekommen. Eine Weile blieb der Alte unbeweglich stehen wie ein Wild, das Gefahr wittert, worauf er sich langsam dem Hause zuwandte, als suche er dort eine Erklärung.

Der Großhändler, aus seinem Mittagsschlaf geweckt, trat ans Fenster, um zu sehen, was es gäbe, und gewahrte Nöid, gebückt und verwirrt neben der Treppe stehend, wobei ihm sogleich einer seiner witzigen Einfälle in den Sinn kam:

„Nöid, das war der Russe!"

Der Alte beugte sich lauschend vor.

„Ja," erklärte der Städter mit seinem ernsthaftesten Gesicht: „Jetzt haben wir den Russen hier — er hat wohl davon in der Zeitung gelesen?"

„Der Russe," murmelte Nöid, und es klang dem Zuhörer wie ein Seufzer, obwohl er nicht weiter darauf acht gab.

Bald darauf schlenderte der Großhändler hinab zum Strand, sprach zunächst mit Mutter Oemann, die ihm lachend beistimmte, worauf er den Bauern aufsuchte und ihm sein Vorhaben mitteilte. Die Kinder wurden ebenfalls eingeweiht und zu den Nachbarn geschickt.

Unterdessen starrte Nöid von der Höhe auf den Fjord hinaus. Ein dunkelgrauer, eigentümlich gestalteter Dampfer, der in der Luft einen schwärzlich grauen Rauchstreifen hinterließ, bewegte sich in der Ferne vorwärts. Das Stampfen der Maschine klang gedämpft herüber, und Nöid lauschte vornübergebeugt, die Hände auf die gekrümmten Knie gestützt. Er hatte nie ein ähnliches Fahrzeug gesehen, und je länger er es betrachtete, desto unheimlicher erschien es ihm. Der qualmende Rauch hatte etwas Drohendes an sich, am meisten aber hatte ihn der Kanonendonner erschreckt, und seine zahnlosen Kiefern bewegten sich mechanisch, während er versuchte, die vernommenen Silben dem Gedächtnis einzuprägen.

Eine brennende Zigarre zwischen den Lippen, kehrte der Großhändler zurück.

„Ja, so sieht ein Torpedo aus," begann er zwischen zwei Zügen.

Nöid wandte die ausdruckslosen Augen dem Sprecher zu.

„Heute nacht haben wir ihn hier," fuhr der Großhändler fort, „Nöid tut am besten, sich auf dem Heuboden zu verstecken, er kann uns ja doch nicht helfen." Darauf verließ er den verdutzten Alten, um den Eindruck seiner Worte nicht abzuschwächen.

Nöid stieß einige unartikulierte Jammertöne aus, drehte sich im Kreise und fuhr fort, in die Ferne zu starren, wo jetzt das Torpedo verschwunden war. Einige Minuten später wankte er dem Stall zu, setzte sich in die offene Tür und stützte nachdenklich den Kopf in die Hand. Aber bald wurde er in seinen Grübeleien durch Oemans Kinder gestört, die im Abstand an der Stalltür vorüberzogen und wie auf gegebenes Signal im Chor anstimmten:

„Nehe er sich vor dem Russen in acht!"

Vergebens versuchte Nöid mit seinem stereotypen Grinsen die Kinder zum Schweigen zu bringen. Diesmal versagten ihm die Muskeln, seine Züge schienen plötzlich erstarrt.

„Nehme er sich vor dem Russen in acht!" erklang es von neuem. Oeman, der in der Nähe beschäftigt war, kam hinzu, von Neugierde getrieben, und als er Nöids fragendem, scheuem Blick begegnete, stimmte er ein: „Ja, ja, Nöid, jetzt haben wir den Russen auf dem Hals."

Sobald er allein war, eilte Nöid zur Landungsbrücke hinab und untersuchte die Kette, mit welcher Oemans Boot festgebunden war.

„Will er vor dem Russen Reißaus nehmen?" ertönte Mutter Oemans Stimme vom Fenster aus.

(Schluß folgt.)

## Ein deutsches Denkmäler-Archiv.

1] Nachdruck verboten.

Wenn das deutsche Volk während einer langen Zeit fast unbestrittener Führerschaft die Menschheitskultur getragen und verkörpert hat, so ist es kein Wunder, daß zahlreiche Denkmäler an diese Zeit erinnern. Unter ihnen nehmen auch die überlieferten Baudenkmäler einen hervorragenden Platz ein. Zwar ist der deutsche Boden im Mittelalter einer der Hauptrummelplätze der Kriegsfurie gewesen, die auf ihm gewütet hat wie kaum sonstwo in der Welt und gewaltig aufgeräumt hat, zwar haben auch eigene „Verblendung und fremde Roheit hier mehr Schaden angerichtet als in den Nachbarländern". Dennoch „bleibt immer noch genug übrig, um mit jedem andern Kulturlande wetteifern zu können".

Die neue Zeit hat einsehen gelernt, daß es höchste Stunde ist, diesen ragenden Zeugen aus früherer Zeit eine besondere Pflege angedeihen zu lassen, will sich unser Land nicht der wunderbaren äußeren Zeugen seiner Kultur berauben lassen. Der Unverstand einflußreicher Personen und Personenkreise, mehr aber noch die Raubwirtschaft der kapitalistischen Produktionsweise machen vor Kultur-, noch vor Naturschätzen Halt. So werden noch tagtäglich die Natur und die Denkmäler verschandelt, die uns von vergangenen Tagen erzählen. Der Einsicht und dem Streben weitsichtiger Männer ist es zu danken, daß breitere Bestrebungen in Fluß gekommen sind, um die Baudenkmäler zu retten. Aber auch auf diesem Gebiete dokumentiert sich wieder einmal der Kleinkrämergeist des deutschen Partikularismus in einer Weise, daß das bei andern Völkern nur mitleidiges Lächeln erregen kann. „Wir haben da eine bayrische, württembergische, preußische, hessische usw. Kunst- und Denkmalpflege, aber keine deutsche. Die Kunstentwicklung ist aber doch eine gemeinsame gewesen, die . . . schon lange keinen äußeren Ausdruck gefunden hat, als in einigen Kunsthandbüchern." Dabei haben wir natürlich auch wieder üble Blüten in diesem Strauße zu verzeichnen, die allerdings nichts mehr mit einer Denkmalpflege zu tun haben. Die Denkmalpflege kann sich nicht darauf erstrecken, dem Prozeß alles Werdens in den Arm zu fallen und nun gewalttätig alles erhalten zu wollen, was dem Zahne der Zeit unrettbar verfallen muß. Man mag dem Verfall steuern, so lange und so gut es geht, und so lange es noch einen Sinn hat. Das Wiederaufbauen längst verfallener Gemäuer in dem alten Stile aber ist ein Unfug, den erst das neue Protzentum zeitigen konnte. Was sollen uns die alten wieder aufgebauten Burgen und Schlösser? Sie sind unecht! Nachgemacht, Theaterkunst im schlechtesten Sinne des Wortes. Werden sie genau in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt, so nutzen sie uns nichts, weil sonst alles fehlt, um sie uns als die Zeugen der alten Zeit teuer zu machen. Sie nutzen nicht einmal zum Aufenthalt für Menschen, sie sind in der Tat nichts als Kulissen, die nun in der schönen Landschaft stehen und neuen Schöpfungen nach Betätigung drängender Künstler die Möglichkeit der Entfaltung versperren. Was erfüllt ist, soll fallen. Ist es nötig, etwas Neues an die Stelle zu setzen, so tue man es. Oft wird es aber überflüssig sein, und ein Ruhe- und Ausblicksplätzchen ist nötiger und erquickender, als wenn man sich in dicken, dumpfigen Gewölben herumdrücken muß, in denen sich doch kein Mensch wohlfühlen kann.

Nun erschöpft sich die Denkmalpflege nicht allein im Erhalten der Denkmäler selbst, sondern auch in der getreuen Ueberlieferung der Pläne und der Ansichten. Es ist auch eine Pflicht der Pietät gegen die Kultur, die Geschichte und unsre Wissenschaft, den gesamten Schatz an national bedeutenden Bauwerken einwandsfrei und erschöpfend in einem Denkmäler-Archiv darzustellen. Denn gerade die großen Zeugen der Kultur einer abgeschlossenen Vergangenheit sind dem Verfall unrettbar ausgesetzt. Man kann ein Riesenbauwerk nicht unter einen Glaskasten setzen, wohl aber kleine Schöpfungen längst vergangener Kulturepochen. Die kann man in Sammlungen und Museen aufbewahren, kann sie verschließen und gegen Staub und Wasser schützen. Man kann sie auch vor mutwilliger Zerstörung bewahren, man kann sie gegen fast alle äußeren Einflüsse konservieren. Mit den Denkmälern der Baukunst ist das nicht möglich. Selbst an den gewaltigsten und wenig angreifbaren Pyramiden, die viele Jahrtausende zu überdauern vermögen, nagt der Zahn der Zeit, dem ja nicht einmal das gewaltige Relief der Erde selbst widerstehen kann, mag es auch aus den härtesten Granitmassiven bestehen. Noch schlimmer wird die Sache dadurch, daß unsre Entwicklung oftmals die Zerstörung von Denkmälern mit sich bringt, ob wir es wollen oder nicht. Mangelndes Verständnis hat schon so vieles untergehen heißen, was uns jetzt schier unersetzlich ist, und der moderne Verkehr wirft vieles vor sich her, ohne daß wir es aufhalten **können**.

Ein großer Teil des Schulbetriebes unsrer Gymnasien und Realgymnasien besteht darin, die Schriften von einem guten Dutzend uns zufällig erhaltener Schriftsteller zu lesen und auszudeuteln. Jahrelang werden die jungen, lebensfrischen Seelen damit gequält, ohne daß allzusehr nach dem Sinne dieser Prozeduren gefragt wird, ohne daß darauf die ernsten Stimmen hervorragender Gelehrten und Pädagogen einen nennenswerten Einfluß zu gewinnen vermochten, und manche Philologen füllen ihr Leben damit aus, kleinste kulissliche Kleinigkeiten zu ertüfteln, ohne sich darüber klar zu werden, was sie damit der Wissenschaft leisten, ob sie damit einem alten Skribenten oder gar Abschriftsteller eine Ehre erweisen, die er selbst nie erträumt hätte. Aber selbst die große und tüchtige Arbeit, die ernste Wissenschaftler bei


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

textkritischen Untersuchungen leisten, und deren Wichtigkeit zu unterschätzen sich kein vernünftiger Mensch vorwerfen lassen möchte, ist doch noch viel verbreiteter und findet so erheblich mehr Förderung, daß man nur sagen kann, im Vergleich damit geschieht zur Denkmalpflege so gut wie gar nichts. Zwar sind uns von alten noch vorhandenen und schon verschwundenen Bauten Zeichnungen überkommen, es sind Beschreibungen und Skizzen vorhanden so gut oder schlecht sie sein mögen: nie erfahren sie eine Ausdeutung oder Beachtung, wenn sie nicht philologisches Interesse haben.

Erwägungen dieser und andrer Art werden jetzt allgemeiner, während früher die Kassandrarufe einiger Sehender ohne Echo verhallten. Jetzt haben wir schon Denkmaltage, auf denen viel geredet wird, was immerhin als Fortschritt registriert werden muß. Man ist sich dabei wenigstens darüber einig geworden, daß der Denkmalpflege durch gesetzliche Schutzmaßnahmen beigesprungen werden müsse, daß namentlich die öffentlichen Interessen gegen die privaten keine allzu große Schädigung erfahren dürften. Aber nur Frankreich, Italien und Hessen-Darmstadt sind dem mit Gesetzesbestimmungen nachgekommen, während sonst überall noch die Juristen und die herrschenden Kasten das römische Recht mit seinem Götzen Privateigentum höherstellen als die dringendsten öffentlichen Forderungen. Das kapitalistische Gesellschaftssystem ist auch nicht der rechte Kreis, in den Forderungen dieser Art hineinpassen. Der Imperialismus oder das Protzentum sind die einzigen Motive, aus denen heraus eine wesentliche Förderung der Denkmalpflege entspringen kann, oder die solchen Zwecken dienstbar gemacht werden können.

Mag dem nun sein wie ihm wolle, eine ersprießliche Betätigung in der Denkmalpflege ist nur möglich, wenn wir die Denkmäler selbst kennen. Wie ist es aber damit bestellt? Früher war es sicher schwieriger, denn die graphische Kunst war nicht so weit wie heute. Es gab keine Photographie, man war auf das Zeichnen und Skizzieren angewiesen. Da zogen denn die jungen Architekten und Kunsthistoriker mit dem Skizzenbuch in der Hand hinaus und trieben sich monate- und jahrelang umher, um mit Schätzen reich beladen nach Hause zurückzukehren und das Gesehene zu verarbeiten. Das hatte gewiß seine Vorteile für die Ausbildung der Menschen, weniger aber für die Sache selbst. Vergleicht man nämlich die auf diese Weise entstandenen Darstellungen miteinander, so findet man, daß sie alle außerordentliche Abweichungen zeigen. Und sieht man sich daraufhin das Original an, so entdeckt man, daß allesamt große Fehler und Abweichungen enthalten. Und auf Grund dieses Materials machte man dann Kunstgeschichte und vergleichende Studien! Dabei fiel es aber den ernsten Kunstsachverständigen auf, daß nicht bloß die Stiche und Lithographien, sondern Pläne und Darstellungen ausgemessener Bauten große Unterschiede aufwiesen. Besondern aber die Architekten hatten darunter zu leiden. Bei großen Bauwerken, von denen namentlich die kirchlichen oft unternommen wurden, ohne daß das genügende Geld zur völligen Ausführung vorhanden war, weil man auf die Freigebigkeit der Masse der Gläubigen spekulierte, mußte man nicht selten aufhören zu bauen, weil eben das Geld ausging. Dann blieb der Bau nicht etwa bloß jahrelang liegen, sondern jahrzehnte- und jahrhundertelang. Der Baumeister starb darüber hin, und wenn der Bau weiter ging, war es Aufgabe eines andern, sich mit dem abzufinden, was vorhanden war. Erschwert wurde das alles durch die Art der Projektierung der Bauten. Die Baumeister arbeiteten sich natürlich einen fertigen Plan aus, bewahrten aber den Aufriß als ihr Geheimnis, behielten ihn nicht selten bloß im Kopfe und unterstützten sich durch unscheinbare und andre rätselhafte Skizzen, die selbst wenn sie aufgefunden wurden, herzlich wenig nützen konnten. Kam dann ein neuer Baumeister, so mußte er sehen, wie er sich mit dem Vorhandenen abfand. Oft wurden völlig neue Pläne entworfen und in ganz andrer Art und womöglich anderm Stile weitergebaut. Da ist es denn kein Wunder, daß die großen Bauten, die auf solche Weise entständen sind, durchaus nicht gleichartig sind. Der Kölner Dom ist z. B. unten viel einfacher angefangen worden, als man ihn dann fortsetzte. Das ganze Bauwerk ist dadurch gänzlich uneinheitlich. Die Türme sind erst in den letzten Jahrzehnten vollendet worden; man folgte dabei einer zufällig aufgefundenen Zeichnung und hat damit durchaus keinen glücklichen Griff gemacht.

Vom Straßburger Münster sind nicht weniger als dreizehn Baupläne vorhanden, und keiner davon kam vollständig zur Ausführung. Jedermann kann z. B. am Turme allein vier verschiedene Bauabschnitte leicht unterscheiden. Damals gab es eben Bauzeichnungen in unserm Sinne nicht. Man deutete nur das allerwichtigste in wenigen einfachen Linien an, während die Höhenentwicklung ganz außer acht gelassen wurde. Dieser Umstand bedingte noch ein weiteres für die Herstellung des Baues sehr wichtiges Moment. Es war natürlich nicht möglich, die Trennung zwischen Architekten und Bauleiter in der Weise durchzuführen, wie das heute der Fall ist: einen Werkmeister gab es nicht. Der Baumeister leitete vielmehr selbst den Bau und gab die erforderlichen Anweisungen, die um so nötiger wurden, als ja die Zeichnung den Plan und die Einzelheiten nicht genau festlegte, so daß jeden Augenblick neue Bedürfnisse bei der Bauausführung auftraten. Deshalb waren auch Kopien der Bauzeichnungen nicht so nötig wie heute; man hätte solche auch gar nicht gut anfertigen können.

Als jedoch die vervielfältigenden Künste um 1500 auftraten und für die Originalzeichnung hohe Anforderungen an zeichnerischer Fertigkeit verlangten, änderte sich die Situation stark. Die Zeichnungen wurden sorgfältiger angefertigt und kopiert. Die Stellung des Architekten trennte sich mehr und mehr von der des ausführenden Werkmeisters, des Parlierers (Polier); nur war die Freiheit, an Ort und Stelle zu ändern, größer als heutzutage. Trotzdem sind bloß wenige Zeichnungen aus dieser frühesten Zeit erhalten und selbst Skizzen von berühmter Hand sind seltene Reliquien in Bibliotheken. — Die Bilder und Wiedergaben von Bauwerken aber nehmen besonders seit der Renaissancezeit an Zahl außerordentlich zu. Dabei wurden jedoch weniger Zeichnungen und getreue Wiedergaben hergestellt, als vielmehr Bilder, die sehr starke individuelle Ausgestaltung erfuhren. Und wenn nun alte Bauten Umgestaltungen erfahren mußten, so wurden dazu einfach die geschmückten Bilder als Unterlagen benutzt, in die man hineinprojektierte. Das blieb so bis in die neueste Zeit hinein, und auch Schinkel hat noch zahlreiche solche Projektierungen verbrochen. Man merkte dabei aber immer mehr, daß diese Art des Baues nicht mehr anging, daß man genauere Zeichnungen brachte, die aber recht mühsam herzustellen waren. Man war gezwungen, mehr und mehr an die Aufmessung der Bauwerke zu gehen, die man umzugestalten beabsichtigte.

(Fortsetzung folgt.)

## Kunstchronik.

### Josef Kainz †.

Endlich! Man atmet auf, wenn man hört, daß heute früh ½8 Uhr Josef Kainz gestorben ist. Nun wird man erlöst von dem Bilde des in Schmerzen sich windenden, vom Schüttelfrost gepackten, wachsbleichen Menschen, das die schamlosen Krankenberichte uns die letzten Wochen Tag für Tag vorführten; und das Bild des lebenden, wirkenden, schaffenden Kainz steigt wieder herauf und verdrängt das Gemälde der Schrecken und Schmerzen.

Kein deutscher Schauspieler hat in den letzten fünfundzwanzig Jahren so stark auf seine Zunftgenossen und auf das Publikum gewirkt wie der am 2. Januar 1858 in dem kleinen ungarischen Neste Wieselburg geborene Kainz, der über Wien, Leipzig, Meiningen, München nach Berlin ans Deutsche Theater und nach mancherlei Irrfahrten endlich ans Wiener Burgtheater kam, dem seine Liebe seit seiner Jugend galt. Kein deutscher Schauspieler — auch Matkowsky nicht, den die Natur verschwenderisch ausgestattet, wie zum Bühnenherrscher aufgebaut zu haben schien.

Kainz zeigte bis ans Ende eine knabenhafte Gestalt, sein Gesicht war unschön nach landläufigen Begriffen, sein Körperbau imponierte nicht. Aber in dem unschönen Gesicht konnten zwei Augen aufleuchten, daß es war, als setzten sie die Bühne und den Zuschauerraum in Brand, und dieser schmächtigen Gestalt verhalfen Handbewegungen, aus denen die gesammelte Kraft einer unbeugsamen Energie sprach, zu beherrschender Haltung, und wieder konnte dieser Körper sich geschmeidig heben und eilen, daß er das Bild unzerstörbarer, behender Jugendfrische wurde. Vor allem aber rauschte, strömte, sprudelte aus diesem Individuum eine Macht der Stimme, die von einer unvergleichlich heftig arbeitenden Intelligenz zeugte, die alles ringsumher an sich zu raffen und niederzuzwingen schien.

Wie dieser schmächtige Mensch sprach! Es gab viele, die sich dagegen auflehnten. Sie schalten sein rasendes Dahinstürmen, das von der alten schönen Regelmäßigkeit so bedenklich abstach, die Wort an Wort und Satz an Satz höchst anständig und kunstvoll reihte, und sich Gipfel suchte, auf denen es sich mit unerhörter Pracht breitete, bis es im Sturz wieder abwärts ging und wieder emporstieg. Aber merkwürdig, die so schalten, wenn sie von Kainz gingen, hatten oft selber etwas in ihre Stimme bekommen, das an den befehdeten Künstler erinnerte, kamen selbst in seine Art hinein, in sein Tempo, in sein Temperament. Denn das war ja schließlich das Entscheidende: man ereiferte sich wegen einer Sprechtechnik, als ob das etwas für jeden in gleichem Maße Geltendes wäre, und dabei hatten sich doch hier ein Temperament und eine Intelligenz, die mit ungewöhnlicher Heftigkeit arbeiteten, die Sprechtechnik geschaffen, die ihnen entsprach. Und nun wirkte diese persönliche Vehemenz auch auf die Widersacher, ihre Bedächtigkeit und ihr gewöhnliches Lebenstempo auspeitschend.

Kainz war keiner von jenen, man möchte sagen objektiven Schauspielern, die sich an eine dichterische Gestalt verlieren, ganz ihren Körper nach ihnen umzubilden scheinen. Dazu fehlten ihm die körperlichen Mittel. Er mußte alle Gestalten schon deswegen stark kainzisch färben, weil sein Gebärdenspiel begrenzt war, besonders aber weil seine Individualität zu stark und eigenmächtig war, um sich geschmeidig zu fügen. Und das machte ihn zum Bahnbrecher in der Gestaltung. Er verstand es, Schablonen zu zerstören wie keiner. Er kam an den Knaben Don Carlos, und die Leute rieben sich die Augen: wie hatten sie es sich nur bisher gefallen lassen können, daß man ihnen für den Infanten auf der Bühne einen schön deklamierenden Durchschnittsjüngling verwaschenster Intelligenz und bravsten Charakters ausgegeben hatte; nun kam es ihnen wieder zum Bewußtsein, daß dieser Knabe ein Liebhaber eigner Art war, eine Natur, mit keiner andern zu verwechseln. Und wenn sie dann den knabenhaften König in der Jüdin von Toledo sahen, ging ihnen wieder ein Bild von der Besonderheit dieses königlichen Liebhabers auf, den sie bisher nach der üblichen Bühnenliebhaberschablone gesehen hatten. Oder sie gerieten in eine Vorstellung des Tasso, dieses wegen seiner schönen Verse und seiner gebildeten Langweiligkeit berüchtigten Stücks, und merkten auf einmal aus Kainzens Darstellung, daß dies stille Drama bis an den Rand gefüllt ist mit gebändigter Qual und aus einem Dichterherzen stammt, das alles Leiden durchgekostet hat, das den mit dichterischer Phantasie Begnadeten das Leben in der Gesellschaft beschert. Ach, es war nun alles nicht mehr bequem schön, diese Gestalten standen nun alle so tief in Begrenztheit und Not, aber ihre innerste Menschlichkeit war klargelegt, von einer tiefbohrenden Intelligenz erfaßt und mit selbstherrlicher Rücksichtslosigkeit aufgewiesen. „So sehe ich diese euch angeblich vertrauten Gestalten," klang es aus diesem Schaffen heraus, und den Zuschauern wurde nicht nur klar, daß sie ihre Dichter bisher sich viel zu einfach vorgestellt hatten, sondern vor allem auch das, daß diese vertrauten Gestalten jede Zeit anders auffassen und neu schaffen darf, sobald eine schaffenskräftige Darstellerkraft sich ihrer bemächtigt.

Sagen wir es nur: Kainz hat vielen geholfen, den Weg zum Verständnis und zur Liebe der klassischen und nachklassischen deutschen Literatur zurückzufinden. Welches Geschrei ist erhoben worden, daß in den achtziger Jahren junge Dichter, die sich durchrangen, hinter die Größe Goethes, Schillers, Lessings Fragezeichen setzten. Man vergegenwärtige sich nur, wie bequem ästhetisch sie aufzufassen und darzustellen Mode geworden war, und man wird ein gut Teil dieser Opposition begreifen, wenn man sich erinnert, wie gerade die Jugend, die dem Naturalismus huldigte und sich nicht genug darin tun konnte, die Gebundenheit des Gegenwartlebens streng darzustellen — wie gerade diese Jugend Kainz zujubelte, als er alte Schablonen zerbrach und in die Darstellung unsrer klassischen Literatur neues, frisches Leben brachte. Hier wurde auf der Bühne Altes erobert, neu gewonnen, und die Jugend war dabei; sie vergaß die alte Opposition und zog jubelnd ins alte, neu gewonnene Land.

Immer hat Kainz die Jugend mit sich gehabt, bis zuletzt. Nicht bloß die Jugend im Zuschauerraum. Er gehörte auch zu den wenigen Schauspielern, die eindringendes Literaturverständnis besaßen, und zwar war er nicht nur in der klassischen Literatur zuhause, sondern behielt auch Fühlung mit dem modernen Schaffen und trat für aufstrebende Dichter ein, wie zuletzt noch für Paul Ernst. Man wird sich noch von seinem letzten Leipziger Gastspiel her erinnern, daß er uns Werke von Schönherr und Schnitzler zuführte, die wir ohne ihn nicht zu sehen bekommen hätten.

Er erhielt sich eben auch in dieser Beziehung jung wie als Darsteller. Und daher wird er auch, wenn die Erinnerung an die letzten Tage geschwunden, als eine Gestalt von ausgesprochener Jugendfrische fortleben. Die neue Gestaltung klassischer Jugendgestalten brachte ihn einst auf den Gipfel des Ruhms; und dann war es, als ob die Jugend dieser Gestalten in ihn selber einzöge und ihm eine dauernde Jugendlichkeit sicherte. Nun wird er vor allen Dingen als der Neuschöpfer dieser Gestalten fortleben und stets in erster Linie mit genannt werden müssen, wenn von der Erneuerung des deutschen Kunstlebens seit der Mitte der achtziger Jahre gesprochen wird. gm.

*

**Wagner und Hebbel.** Nach dem Bericht einer schwedischen Schriftstellerin soll Wilhelm II. jüngst bedauert haben, daß „unser Wagner Hebbels Nibelungen nicht komponiert habe". Das war, wie der bekannte Wagnerspezialist Erich Kloß im Türmer (Verlag Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart) nachzuweisen unternimmt, schon durch die Persönlichkeiten beider von vornherein ausgeschlossen.

Die Beurteilung von Wagners Erstlingswerken durch Hebbel ist ziemlich kühl. Er ist gänzlich befangen in den Anschauungen der Zeit, wenig weitblickend und darum verständnislos für Wagners epochale Bedeutung. Den Tannhäuser bezeichnet er in einem Briefe an seine Gattin als „nicht ohne Verdienst". Trotzdem ihn der Holländer und Lohengrin „ergriffen" und „leidenschaftlich erregt" haben, kann er sich als stark kritischer Kopf theoretische Ausstellungen nicht versagen. Noch stärker werden diese bei dem Nibelungenring.

Es waltete hier von Anfang an ein Mißverständnis. Denn wenn man Hebbels Worte (von 1852) liest, daß ihm „die Möglichkeit einer Verschmelzung von Oper und Drama in ganz speziellen Fällen vorschwebe", so wundert man sich, daß er Wagners Schrift „Oper und Drama" nicht „akzeptieren" kann. Ja, es scheint, daß er schon 1851 in einem Briefe an Robert Schumann gegen Wagner protestieren wollte; dort heißt es: „Ihre Werke sind mir schon seit Jahren eine Quelle hohen Genusses gewesen; denn sie erweitern den Kreis der Musik, ohne ihn zu zersprengen." Im Grunde hat er merkwürdigerweise dieselbe Anschauung, daß es einem Drama nützlich wäre, wenn es durchgehend mit Musik begleitet würde (wie er es bei seinem „Moloch" wollte). Aber den Kern der Wagnerschen Ausführungen in „Oper und Drama" hat er entschieden nicht verstanden. Das beweist wieder ein Brief an seine Frau, in dem er anläßlich einer projektierten Art von „Vertonung" des Moloch durch Franz Lachner in München heißt: „Es wäre doch ein großer Triumph, wenn ich dieses Stück unter Musikbegleitung der ‚Chöre' auf die Bühne brächte; es könnte sich von da an eine neue Periode datieren." (Merkwürdig korrespondierend mit vielen Stellen in Wagners Briefen in bezug auf dessen Ring des Nibelungen.) Nun aber kommt das große Mißverständnis; denn Hebbel schreibt weiter: „Wenn ich dem Richard Wagner, der das ganze Drama in Musik auflösen möchte, auch entschieden entgegentreten muß, so war ich doch längst überzeugt, daß man die Musik in denjenigen Momenten, wo eine Massenbewegung dargestellt werden soll, mit Erfolg zu Hilfe rufen kann." — Die Ansicht, Wagner habe das ganze Drama in Musik auflösen wollen, ist gänzlich falsch. Hier liegt die auffallendste Verkennung der in Wagners Kunstschriften niedergelegten Grundsätze.

Vielleicht wäre Hebbel Wagner nähergekommen, wenn man sich persönlich besser gekannt hätte. Aber auch hier waltete ein eigner Unstern. Als Wagner im November 1860 infolge der bei den Tannhäuser-Proben erlittenen Aufregungen am Nervenfieber krank lag, sprach Hebbel mit Empfehlungen von Liszt und Peter Cornelius vor. Natürlich konnte er nicht vorgelassen werden, was Wagner gar nicht wußte. Hebbel empfand aber die Ablehnung sehr übel und übertrug seinen persönlichen Groll nun noch mehr auf das Sachliche. Wagner aber, durch Freunde veranlaßt, suchte Hebbel 1861 in Wien auf. Die Unterredung soll zwei Stunden gewährt haben; aber sie blieb die einzige. Was gesprochen wurde, ist nicht bekannt geworden. Nur eine Aeußerung Wagners darüber steht fest, sie lautet: „Der verstorbene Hebbel bezeichnete mir einmal im Gespräch die eigentümliche Gemeinheit des Wiener Komikers Nestroy damit, daß eine Rose, wenn dieser daran gerochen haben würde, jedenfalls stinken müsse." Daraus wird der Aerger des Dichters über die Nestroysche Parodie seiner „Judith" ersichtlich. —

Ende 1862 dirigierte Wagner in seinen großen Wiener Konzerten zum ersten Male Stücke aus dem „Nibelungenring". Hier setzt Hebbel wieder mit heftiger Kritik der Musik ein; er schreibt (in der Hamburger Zeitschrift Orion) vom Walkürenritt: „Ich wage nicht zu entscheiden, ob die Musik mehr die Seele ergreift oder das Rückenmark schüttelt." Und weiter: es sei verwunderlich, daß Wagner Meyerbeer seine Schlittschuhbahnen und Sonnenaufgänge vorwerfe, da er selbst mit noch ganz anderen theatralischen Effekten arbeite. Er nennt den Walkürenritt eine vortreffliche Ouvertüre zum Wiener Karneval (!) „Das pfeift, zischt, klingelt, rauscht, stürmt . . . und man wundert sich nur noch, daß man beim letzten Taktstrich nicht samt dem Komponisten und dem ganzen Theater in die Luft fliegt." — Man kann es verstehen, daß Wagner dadurch gereizt wurde, doch sind persönliche Aeußerungen nicht bekannt geworden. Allerdings hatte er sich nicht mit Hebbels Nibelungen befreunden können, wie aus den Briefen von Peter Cornelius aus jener Zeit hervorgeht. Und in seinem Epilogischen Bericht zum Ring (1876) bezichtigt er seine „Nebenbuhler im Nibelungenfach", sie hätten den immerhin bedeutenden Stoff durch ihre zuvorkommende eigene Behandlung vor der Schmach bewahren wollen, daß er dem deutschen Publikum von einem Musiker vorgeführt werde! — Hierzu sei bemerkt, daß der Ring als Dichtung bereits 1853 gedruckt vorlag, allerdings nur in einer sehr kleinen Auflage für Freunde; aber es ist wohl anzunehmen, daß Hebbel die Ringdichtung aus einem solchen Exemplar kennen gelernt hat; seine „Nibelungen" erschienen erst 1862! Die bemerkenswerteste Aeußerung kritisch-literarischen Charakters aber finden wir in Wagners Aufsatz Ueber Schauspieler und Sänger (1872). Dort lesen wir das auffallende Urteil: „Man nehme Hebbels Nibelungen zur Hand. Dieses mehrteilige Stück macht uns sofort den Eindruck einer Parodie des Nibelungenliedes, ungefähr in der Weise der Blumauerschen Travestie der Aneide. Der gebildete moderne Literat scheint hier offenbar die ihm so scheinende Groteske des mittelalterlichen Gedichts durch lächerliche Uebertreibungen zu verhöhnen: seine Helden gehen hinter die Kulissen, verrichten dort eine monströse Heldentat und kommen dann auf die Bühne zurück, um in geringschätzigem Ton, wie etwa Herr von Münchhausen über seine Abenteuer, darüber zu berichten." Man mag über dies auffallende Urteil denken, wie man will; aber man wird begreifen, daß nach alledem Wagner nichts ferner lag, als Hebbels Nibelungen „zu komponieren". —

*

**Neues Theater.** Mittwoch: Don Juans letztes Abenteuer. Donnerstag: Don Carlos (Carlos: Jakob Feldhammer vom Berliner Deutschen Theater). Freitag, ½7 Uhr: Siegfried. Sonnabend: Gespenster (Oswald: Jakob Feldhammer). Sonntag, 6 Uhr: Götterdämmerung. Montag: Don Juans letztes Abenteuer. — **Altes Theater.** Mittwoch: Der Zigeunerbaron. Donnerstag: Der Graf von Luxemburg. Freitag: Die kleine Königin. Sonnabend: Nanon. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Dollarprinzessin, abends ½8 Uhr: Der Feldherrnhügel. Montag: Der Graf von Luxemburg.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um ½8 Uhr, im Alten Theater um 8 Uhr.

**Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus.** Mittwoch: Hasemanns Töchter. Donnerstag: Irrung (halbe Preise). Freitag: Der Raub der Sabinerinnen. Sonnabend: Das Leutnantsmündel (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Eine Frau ohne Bedeutung), abends ½8 Uhr: Das Leutnantsmündel. Montag: Das Leutnantsmündel. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Reiche Mädchen. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkverein H.-D. (Reiche Mädchen), abends ½8 Uhr: Reiche Mädchen. Montag: Reiche Mädchen.

**Für die Sonderaufführungen,** die vom 1. bis 12. April 1911 im Schauspielhause stattfinden werden, sind folgende Künstler gewonnen worden: Hedwig Römpler-Bleibtreu (Wien), Anna Schramm (Berlin), Agnes Sorma, Helene Fehdmer, Lucie Höflich, Else Heims (Berlin), Hedwig Gasny (Dresden), Gertrud Treßnitz (Dresden), Hertha von Hagen (München), Max Grube (Meiningen), Georg Reimers (Wien), Alfred Gerasch (Wien), Friedrich Kayßler, Alexander Moissi, Paul Wegener, Wilhelm Diegelmann, Emanuel Reicher (Berlin), Lothar Mehnert (Dresden), Paul Wiecke (Dresden), Albert Steinrück (München), Karl Wagner (Hamburg), Eduard von Winterstein, Artur Kraußneck (Berlin). —

Die Vorstellungen beginnen, wenn nichts andres angegeben, im Schauspielhaus ½8 Uhr, im Neuen Operettentheater 8 Uhr.

**Battenberg-Theater.** Mittwoch: Graf Essex. Donnerstag: Die zärtlichen Verwandten. Freitag: Flotte Weiber. Sonnabend: Die Schmetterlingsschlacht. Sonntag: Flotte Weiber.

## Notizen.

**Theobald Fischer,** der bekannte Forschungsreisende, Professor der Geographie an der Universität Marburg, ist im 66. Lebensjahre gestorben. Fischer, der sich besonders mit dem Studium der Mittelmeerländer beschäftigt hat, galt für den besten deutschen Marokkokenner. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100920/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG